Nr. 72 / 33. Jahrgang. Freitag, 26. März 1926 Einzelnummer 20 Pfennig

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig und des Stadtrats zu Groitzsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.– Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. – Durch die Post bezogen 2.– Mark ohne Bestellgeld. – Die Einzelnummer kostet 20 Pfg. Telephon Sammelnummer 72206 – **Postscheckkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72206. – **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 – Telephon 72207

Inseratenpreise: Die 10gespalt. Kolonelzeile 35 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg. Stellenangebote 10gesp. Kolonelzeile 25 Pfg. Familiennachrichten von Privaten die 10gesp. Kolonelzeile mit 50% Nachlaß. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10gesp. Kolonelzeile 40 Pfg. bei Platzvorschr. 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. – Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Keine Landtagsauflösung!

Die Krönung des Verrats.

Das Unerhörte ist Ereignis geworden! Die Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die seit dem 4. Januar 1924 gegen den Willen der sächsischen Parteigenossenschaft die sächsische Koalition eingegangen ist, hat am 25. März 1926 erneut den Willen ihrer Mandatgeber, der sächsischen Partei und zugleich dem Willen des Parteivorstandes und damit der Gesamtpartei zuwider, gegen die Auflösung des sächsischen Landtages gestimmt und dadurch dessen Auflösung verhindert. In namentlicher Abstimmung wurde der sozialdemokratische Auflösungsantrag mit 60 gegen 27 Stimmen abgelehnt, 9 Abgeordnete fehlten bei der Abstimmung. Von den Fehlenden waren im Hause anwesend: Hagen, Castan, Völkel, Göldner, Franz; sie haben sich also bei der Abstimmung gedrückt. Wirth, Köhler und Frau Wagner waren nicht im Hause, Fellisch stimmte mit den 17 Unterzeichnern des Antrags für die Auflösung, außerdem die Kommunisten. Daß Wirth und Franz nicht mit abstimmten, ist deshalb bemerkenswert, weil die beiden vorige Woche in Berlin beim Parteivorstand waren, wo sie versichert haben, daß sie auch heute noch zu den bei der Landesversammlung in Dresden getroffenen Vereinbarungen über die Landtagsauflösung stehen. Also diese beiden fehlten bei der Abstimmung.

Gegen die Landtagsauflösung stimmten von der sozialdemokratischen Fraktion: **Berger, Bethke, Frau Büttner, Drescher, Günther, Kühn, Langhorst, Schembor, Schnirch, Schurig, Strube, Winkler,** außerdem **die beiden Müller** und **Heldt.**

Für die Landtagsauflösung stimmten die Genossen: Arzt, Dennhardt, Edel, Graupe, Kautzsch, Krahner, Liebmann, Menke, Mucker, Nebrig, Dr. Sachs, Frau Schilling, Frau Schlag, Schwarz, Tempel, Frau Thümmel, Weckel, Fellisch.

Von den Bürgerlichen fehlte ein Abgeordneter, die übrigen stimmten mit den Dreiundzwanzig geschlossen gegen die Auflösung.

Die Abstimmung gegen die Auflösung bedeutet einen neuen schweren Disziplinbruch der Dreiundzwanzig; bedeutet die Auflehnung gegen den Parteivorstand und gegen den Heidelberger Beschluß. In Verbindung mit der Ablehnung der Auflösung lehnte dann auch die Fraktionsmehrheit die Anträge zur Linderung der Notleidenden ab, die von der Gesamtfraktion in Uebereinstimmung mit dem Parteivorstand und nach einstimmigem Beschluß der sächsischen Landesversammlung am 2. Februar gestellt wurden.

Bei dem Auflösungsantrag stimmten die Disziplinbrecher gegen einen Antrag, der im Auftrage des Parteivorstandes gestellt worden war.

Bei den Anträgen zur Linderung der Not stimmten die Disziplinbrecher gegen ihre eigenen Anträge, die sie mit beschlossen und mit unterschrieben hatten. Zu einer ganz besonderen Glanzleistung brachte es bei diesem Streich der Ministerpräsident Heldt. Nachdem in der Sitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion vom 31. Januar, am Tage der Landesversammlung, die Anträge mit Mehrheit angenommen worden waren, stand Heldt auf und erklärte: Ich bitte für die Minister um Zustimmung, daß wir aus bestimmten (von Heldt angeführten) Gründen die Anträge nicht zu unterschreiben brauchen. Aber ich erkläre, daß die Minister selbstverständlich diese Anträge unterstützen und für sie stimmen werden. Niemand hatte von Heldt diese Erklärung verlangt, um so mehr mußte angenommen werden, daß sie ehrlich gemeint war.

Am Donnerstag stimmte Heldt und die Minister Müller und Müller — in deren Namen Heldt am 31. Januar die feierliche Erklärung abgegeben hatten — gegen diese Anträge!

Das ist nicht heldenhaft und ob es ehrenhaft ist, kann sich jeder selbst beantworten! Dieses Verhalten ist die Krönung der Treulosigkeit gegenüber der Parteigenossenschaft, es ist die Krönung des Verrats!

Die Ablehnung des Auflösungsantrags und der anderen Anträge ist zwar für die sächsische Parteigenossenschaft eine bittere Enttäuschung, weil nach dem Landesparteitage angenommen werden konnte, daß der Sachsenkonflikt beigelegt sei, aber sie schafft wenigstens die Klarheit, die für die Partei notwendig ist. Die Disziplinbrecher begründen ihre Abstimmung mit dem Hinweis auf den Heidelberger Beschluß — wie sie ihn auslegen! Es lohnt nicht, darüber mit ihnen zu streiten. Allein die Tatsache, daß der Parteivorstand den Heidelberger Beschluß im entgegengesetzten Sinne wie die Dreiundzwanzig auslegt, beweist, wie demagogisch die Auslegung der Dreiundzwanzig ist. Geradezu kläglich war die Erklärung der Fraktionsmehrheit zur Ablehnung, in der es heißt: Die Auflösung müsse abgelehnt werden, weil das Baugesetz, das Bodensperrgesetz, das Fideikommißgesetz und eine Anzahl wichtiger Etatkapitel zu erledigen wären. Um solcher Dinge willen, die zudem längst erledigt sein konnten, nehmen es die Dreiundzwanzig auf sich, der Partei den schwersten Schaden zuzufügen! Diese Begründung ist so fadenscheinig, daß sie kein Mensch glaubt.

Für die Parteigenossenschaft kommt es jetzt auch nicht mehr darauf an, sich mit den Disziplinbrechern über die Auslegung des Heidelberger Beschlusses in feuchtlose Auseinandersetzungen einzulassen. Die Zeit zu solchen Auseinandersetzungen ist vorbei! Mit den Disziplinbrüchen vom Donnerstag haben die Dreiundzwanzig den Zusammenhang mit der Partei selbst zerschnitten. Jetzt bleibt der Parteigenossenschaft nur noch übrig, die organisatorischen Schlußfolgerungen aus dem Verhalten der Dreiundzwanzig zu ziehen und die Disziplinbrecher aus der Partei auszuschließen. Ohne viel Worte, ohne lange Auseinandersetzungen in der Parteiorganisation — nur Ausschluß nach den Bestimmungen des Parteistatuts. Mag dann der Landtag mitsamt der Regierung, die beide in Sünden am Proletariat gelebt haben, in Sünden sterben, wenn seine Wahlperiode am Ende dieses Jahres abgelaufen ist. Aus Verrat geboren, im Verrat verendet, wird diese politische Mißgeburt, die jetzt nicht sterben will, in einigen Monaten doch unter dem Fluche des Proletariats auf dem Schindanger der Geschichte verscharrt werden.

Der Kampf gegen die Fürsten.

Nach der ersten Schlacht.

Als wir unmittelbar nach Beendigung des Volksbegehrens die ersten Teilergebnisse vor uns hatten, bemerkten wir, daß mit etwa 10 Millionen Einzeichnern zu rechnen sei. Noch wagten wir nur zaghaft, diese Zahl niederzuschreiben, und nun ergibt das amtliche Endergebnis der gesamten Aktion, daß sich 12,5 Millionen Wahlberechtigte trotz allen Terrors und in aller Oeffentlichkeit gegen die Fürsten entschieden. Das ist ein politisches Ereignis, dessen Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Zunächst gingen die Organe der Fürstenknechte über das Volksbegehren mit frechen, höhnischen Bemerkungen hinweg. Durch die dauernd wachsenden Ziffern wurde ihnen allmählich das Maul gestopft. Da aber das Endergebnis alle Erwartungen übertrifft, beginnen die Organe der Byzantiner innerhalb der Republik ein wüstes Gekeife anzustimmen. Aus der Fülle der Schimpfepisteln seien hier nur drei Musterleistungen angeführt, wobei zu bemerken ist, daß sich durchaus noch nicht alle Organe von dem Schreck vor dieser Kraftleistung des Volkes erholt haben.

Die Kreuzzeitung, das Organ „Mit Gott für König und Vaterland", als dessen Gebieter der deutschnationale Graf von Westarp fungiert, ist das führende Haupt in der Front der Fürstenfreunde. Auch sie vermag den Erfolg des ersten Abstimmungsganges nicht in Zweifel zu stellen. Es ist ihr nur darum zu tun, eine Erklärung zu finden, wie sich, trotz der Initiative, die doch nur von den zwei Arbeiterparteien ausgegangen ist, und trotz der Sabotagearbeit des Landbundes, wie auch der deutschnationalen Dorfgewaltigen, noch zwei Millionen Stimmen mehr gefunden haben, als unter stärkster Wahlbeteiligung die beiden Arbeiterparteien im ersten Wahlgange der Präsidentenwahl aufzubringen vermochten. Das Organ Westarps schreibt:

„Die Volksverhetzung gegen die Fürsten hat ihre Früchte getragen. Mit skrupellosen Mitteln, Terror und verlogener Agitation ist es Sozialdemokraten und Kommunisten gelungen, mehr Unterschriften aufzubringen, als ihre Parteien bei den letzten Wahlen Stimmen erhielten. Die Zahl ist um etwa 2 000 000 überschritten. **Zweifellos ein Erfolg, der nicht weggeleugnet werden kann.** Nicht zuletzt haben die Marxisten der wirtschaftlichen Notlage durch ihren Appell an die niedrigsten menschlichen Instinkte diesen Zuwachs zu verdanken. Durch die Revolution und ihre Folgeerscheinungen ist zudem eine Verwirrung der Begriffe entstanden, die, wie sich hier gezeigt hat, noch lange nicht überwunden ist und immer verhängnisvoller zu werden droht. Neid und Mißgunst sind hoch gekommen und regieren die Straße. Autorität wird nicht mehr anerkannt, Recht und Eigentum sind fließende Begriffe geworden. Wenn auch die Mehrzahl des deutschen Volkes dem Volksbegehren ferngeblieben ist und die Enteignungsabsichten der Marxisten, wenn es zum Volksentscheid kommt, zu verhindern wissen wird, **so muß doch angesichts der hohen Zahl der Eintragungen für das Volksbegehren die ernste Mahnung an alle bürgerlichen Kreise gerichtet werden, Aufmerksamkeit und Abwehrenergie auf die Vorgänge zu konzentrieren, von denen der Enteignungskampf gegen die Fürsten nur ein Vorpostengefecht ist.**"

Die gleiche Tonart erklingt aus den Hugenbergorganen des Scherlkonzerns, die sich ebenfalls nicht zu erklären vermögen, daß dieser Angriff gegen das fürstliche Privateigentum ein Drittel der gesamten deutschen Wählerschaft zu mobilisieren vermochte. Der Tag ereifert sich in folgender Form:

„30 Prozent aller Wahlberechtigten haben also für eine Rechtsauffassung gestimmt, die den Eigentumsbegriff ableugnet und **zudem einen feigen Racheakt gegen die Fürsten** darstellt; dem politischen Instinkt des deutschen Volkes stellt dieser Volksbegehr ein vernichtendes Urteil aus. Darüber wird demnächst noch mehr zu sagen sein."

Am größten ist die ohnmächtige Wut der Hakenkreuzler, die freilich schon längst beobachten mußten, daß ihnen die Felle davongeschwommen sind, die sie während der Inflation in stinkender Gerberjauche sicher zu haben glaubten. Zwar bezeichnen sie sich prunkhaft als „Arbeiterpartei". In Wirklichkeit sind die 14 Schreihälse aus der Partei Ludendorffs, vielleicht mit Ausnahme Dr. Bests, die Interessenvertreter der zusammengebrochenen Offizierskaste von ehedem. Schon aus diesem Grunde ist selbstverständlich, daß sie beim Kampfe um die Millionen des obersten Kriegsherrn im Vordertreffen stehen. Dies um so mehr, als diesen „Arbeitervertretern" der Kampf um die Offizierspension das A und O ihres gesamten politischen Wirkens ist. Jedenfalls malt die Deutsche Zeitung, die zeitweise recht enge Beziehungen zu Karl Radek hatte, die bevorstehende Bolschewisierung mit schreienden Farben an die Wand. Sie beschwört das von der Offizierskaste in Not und Elend getriebene deutsche Volk, nun auch dem Kaiser und Herrn zur Seite zu stehen, nachdem die Offizierspensionen, dank des Spruches deutscher Gerichte, verfassungsmäßig „gesichert" sind. Das Organ der Hakenkreuzler schreibt:

„Daß mehr als 12 Millionen, also etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung Deutschlands, **der niederträchtigen roten Hetze erlegen sind, ist ein Beweis für die bedenkenlose Gemeinheit,** mit der sie betrieben wurde, für die Unwissenheit und Gewissenlosigkeit der Mitläufer aus dem nichtsozialistischen Lager. Das Ausland wird daraus seine Schlüsse ziehen, **wie weit die Bolschewisierung Deutschlands bereits fortgeschritten ist.** Der anständige Deutsche aber wird **von Scham gepackt** darüber, wie weit die Begriffe von Mein und Dein, von Recht und Unrecht im Laufe der Jahre seit 1918 **unter der einfachsten Raubgier verschüttet sind.**

Ein Umschwung in Kanton.

Spaltung der Kuomingtang.

Schanghai, 25. März. (Reuter.)

Nach Meldungen aus Kanton hat sich in der Kuomingtangpartei eine Spaltung vollzogen. Am letzten Montag war zwischen der Partei des roten Generalissimus Tschiang-Kai-Schek und den chinesischen und russischen Kommunisten ein Konflikt ausgebrochen. Tschiang-Kai-Schek soll nun einige der Streikführer und verschiedene russische Instrukteure der Kadettenschule Whampan verhaftet und weiterhin beschlossen haben, alle russischen Kommunisten aus Kanton zu vertreiben.

*

Die Meldungen, die aus Kanton kommen, lassen über den dortigen Umschwung nichts Genaueres erkennen. Wie der Londoner Berichterstatter der Vossischen Zeitung drahtet, soll die Kantonregierung sogar durch direkte Anhänger Wupeifus gestürzt worden sein. Auch die oben abgedruckte Reutermeldung ist ziemlich unklar gehalten. Soviel steht jedenfalls fest, daß in dem von der national-revolutionären Kuomingtangpartei beherrschten Kanton ein Umschwung zu verzeichnen ist, der die Gesamtlage Chinas und den Ausgang der Kämpfe um Peking und Tientsin nicht unwesentlich beeinflussen dürfte. Ob es sich um eine Machtübernahme der Kantongewalt durch Wupeifu handelt, ist noch sehr zweifelhaft. Wahrscheinlicher, und diese Deutung läßt auch die obige Reutermeldung zu, handelt es sich um eine Auseinandersetzung innerhalb der herrschenden Kuomingtangpartei selbst. In dieser Partei, die sich an den Namen Sunyatsens knüpft, und die sich großer Zuneigung Moskaus erfreut, waren schon seit längerem Gegensätze zu verzeichnen, die die Interessen der aufstrebenden jungen chinesischen Bougeoisie gegen die proletarischen, die in der Hauptsache von den chinesischen Studenten vertreten werden, auseinanderfahren ließen. So mag jetzt jener Umschwung in Kanton den endgültigen Sieg über die „Linke" der Kuomingtang gebracht haben. Dabei mag es keinesfalls als ausgeschlossen gelten, daß die jetzigen Machthaber in Kanton in ein zumindest neutrales Verhältnis zu Wupeifu geraten. Hierdurch wäre denn allerdings über das Schicksal der Fengschen Armee das Todesurteil gesprochen.

Seit dem Jahre 1918 ist mit einer Unterbrechung die von Sunyatsen eingesetzte Kantonregierung am Ruder gewesen. 1922 stürzte Wupeifu, der nach einiger Zeit Waffenfreundschaft damals mit Tschangtsolin in Kampf geriet, die Kantoner Regierung, die jedoch im Januar 1923 von Sun zurückerobert wurde. Der Kantoner Umschwung scheint auch auf den Handelskrieg zwischen Kanton und Hongkong von unmittelbarer Rückwirkung gewesen zu sein, denn nach einer Erklärung des unter englischem Einfluß stehenden Gouverneurs von Hongkong soll mit Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu rechnen sein.

Ganz deutlich sind in dem chinesischen nationalen Erwachen Klassenscheidungen zutage getreten. Rußland hat einen entscheidenden Schlag erhalten. Wupeifu wird von England und Amerika gestützt, Tschangtsolin von Japan und Fengyuhsiang von Rußland — ist es da verwunderlich, wenn, wie nach einer Nachricht eine offiziöse japanische Auslassung mitgeteilt wird, Japan „kein Interesse an einer endgültigen Entscheidung" hat? In den nächsten Tagen wird um Peking die Entscheidung fallen. Und mit dem Ende dieses Kampfes — beginnt der Kampf zwischen den Mächten. Die chinesischen Generale verkaufen sich an die, die die höchsten Preise zahlen. Wer zahlt die? —

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19260326/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Es muß Ehrensache für jeden Deutschen sein, aufklärend zu wirken und dafür zu kämpfen, daß die Dinge in das rechte Licht gerückt werden."

In dieser Tonart geht es in den rechtsbürgerlichen Blättern fort. Verschieden sind nur die Variationen. Die demokratischen Zeitungen erkennen die gewaltige Kraftleistung der unteren Volksschichten ohne weiteres an und die Zentrumspresse betrachtet das Endergebnis mit einem nassen und einem trockenen Auge. Im Grunde drehen sich alle Betrachtungen der Rechtspresse über das Ergebnis des Volksentscheides, das sie nicht zu verkleinern vermögen, um die Frage, wo wohl die zwei Millionen Stimmen hergekommen sind, die über die Zahlen der Arbeiterparteien hinaus, im ersten Gange der Präsidentenwahl aufgebracht worden sind.

Die Kreuzzeitung ist schnell bei der Hand. Natürlich sind es die verhaßten Demokraten. Sie haben seit Jahren mit den Roten Kuhhandel getrieben und nun sind ihre Wähler kurzerhand unter die Fahne der Eigentumsgegner abmarschiert. Dabei dürfte festzustellen sein, daß das Volksbegehren durch die demokratischen Wähler wohl die geringste Unterstützung gefunden hat. Mit Ausnahme vielleicht der süddeutschen Kreise Württemberg und Baden, wo aber auch starke Kaders der Zentrumspartei in das Lager der Fürstengegner abgeschwenkt sind. Und das ist wohl das wichtigste politische Ergebnis der gesamten Aktion, daß sie die Schwäche des Zentrums abermals offenbarte. Die relativ besten Erfolge haben ausgesprochen die Zentrumsdomänen in Baden und im Rheingebiet aufzuweisen gehabt. In Baden betrugen die Eintragungen nicht weniger als 184,8 Prozent der am 7. Dezember 1924 für beide Arbeiterparteien abgegebenen Stimmen. Aber auch Koblenz-Trier, dieser schwärzeste aller schwarzen Winkel Deutschlands, hat 158,3 Prozent aufgebracht. Damit stehen diese Bezirke, relativ gesehen, selbst hinter den glänzendsten Ergebnissen, die überhaupt gezeitigt wurden, nicht zurück. Das bleiben, wie wir bereits vor Wochenfrist festzustellen vermochten: Berlin, Chemnitz und Leipzig. Jedenfalls wird das Versagen des Einflusses der Zentrumspartei auf ihre Wähler von deren Organen offen und ehrlich anerkannt. Ueberhaupt zeigt die Presse des Zentrums bereits seit mehr als einem Jahre starke Anzeichen des Verfalls und das Problem Wirth war nur der schärfste Ausdruck für die Dekadenz der Partei. Die Germania ist seit vielen Monaten mit Diskussionsartikeln aller Art angefüllt, in denen erwogen wird, wie den bestehenden Schwierigkeiten in der Zentrumspartei abgeholfen werden könne, und das Berliner Organ der deutschen Klerikalen ist ehrlich genug, das Versagen der Zentrumswähler offen anzuerkennen. Es schreibt:

„Das gilt nicht zuletzt für unsere Zentrumsfraktion, deren Aufforderung, sich nicht an dem Volksbegehren zu beteiligen, stellenweise **sogar offenen Widerspruch gefunden hat.** Nur mit der Autorität der Zentrumsführung möchten wir uns auch hier beschäftigen. Die Wahlen in den letzten Jahrzehnten haben wiederholt bewiesen, daß außerhalb der Zentrumspartei die Wählermassen zwischen den übrigen Parteien stark hin und her strömen. Innerhalb des Zentrums aber eine verhältnismäßig konstante Geschlossenheit und ein hohes Disziplinbewußtsein besitzen. **Es ist offenkundig, daß dieser erfreuliche Vorzug des Zentrums beim Volksbegehren etwas von dem alten Glanz verloren hat** ..... Unsere Dissententen werden trotz ihres jetzt dokumentierten Eigenwillens deshalb nicht zu den Sozialisten oder Kommunisten übergehen, **aber sie haben einen Akt des Mißtrauens kundgetan, den man nicht übersehen soll.** Das Zentrum hat sich bisher immer zum besonderen Ruhm anrechnen können, daß es imstande war, kraft der moralischen Autorität seiner Prinzipien und seiner Führung die politisch und wirtschaftlich verschieden denkenden Geister in seinen Reihen bei jeder wichtigen Frage zusammenzuhalten. **Weshalb hat gerade beim Zentrum dieses Mal trotz der völligen Geschlossenheit seiner Presse diese traditionelle Autorität einen Mißerfolg erlitten?"**

Die Germania macht sich nicht anheischig, „diese peinliche Gewissensfrage vollgültig beantworten zu wollen". Es läge nahe, die Mittel zur Gesundung „auf dem Wege der Homöopathie" zu suchen. Aber es wird ihr nicht gelingen, diese Mittel aufzufinden, da der Gärungsprozeß in den Arbeiterschichten der Zentrumsdomänen unaufhaltsam ist.

Jedenfalls haben 32 Prozent sämtlicher Wahlberechtigten gegen die Fürsten votiert. Das ist ein Aktivum für die Republik, das nicht zu unterschätzen ist. Die Deutschnationalen mögen sagen, daß die Demokraten und das Zentrum die zusätzlichen zwei Millionen Stimmen geliefert haben. Was von den Demokraten zu sagen ist, haben wir bereits angeführt. Daß aber zum mindesten in den Großstädten hunderttausende deutschnationaler Wähler, die Opfer der Inflation, an die Einzeichnungslisten schritten, vermag keine Demagogie irgendeines nationalistischen Blattes aus der Welt zu deuteln.

In den ländlichen Gebieten mag es durch Sabotageakte aller Art gelungen sein, die Einzeichnungsaktion teilweise völlig lahmzulegen und die Tabelle, die wir am gestrigen Tage brachten, zeigt deutlich genug, daß die stark agrarisch durchsetzten Kreise die geringsten Prozentsätze aufzuzeigen haben. Dabei gilt die Feststellung allgemein, daß Bayern besonders schlecht abgeschnitten hat, daß auch die industriellen Bezirke innerhalb der weißblauen Grenzen nicht restlos ihre Schuldigkeit taten. Auch das Ruhrgebiet läßt trotz der starken Zentrumsreserven zu wünschen übrig. Selbst Magdeburg hat bedenklich versagt. Dieser Bezirk wetteiferte bei allen vergangenen Wahlen mit den drei sächsischen Kreisen, und während Sachsen mit ungefähr 46 Prozent an der Spitze aller Länder (Berlin ausgenommen) steht, hat Magdeburg diesmal nur 35,6 Prozent aufgebracht. Die Stimmenzahlen dieses Kreises gehören zu jenen zehn Bezirken, die selbst die Stimmenzahlen von 1924 nicht aufzubringen vermochten.

Uebrigens befinden sich unter den Bezirken, die diesmal eine mehr oder minder große Enttäuschung brachten, nicht wenige, die dereinst nicht genug schmähen konnten, als in Sachsen nicht alle Demokraten gegen Hindenburg in die Front gebracht werden konnten. Bayrische Parteizeitungen, aber auch sonst benachbarte, standen damals im Vordertreffen des Kampfes gegen Sachsen. Wir wollen heute nicht Gleiches mit Gleichem vergelten, bemerken aber doch, daß es damals immerhin nur gegen Hindenburg ging. Jetzt konzentrierte sich der Kampf gegen dessen Auftraggeber, die Hohenzollern und den übrigen Fürstentroß unmittelbar. Sachsen hat seine Schuldigkeit getan. Wo bleiben seine Kritikanten?

Feststellung des Endergebnisses.

Das endgültige Ergebnis des Volksbegehrens wird jetzt, gegliedert nach unteren Verwaltungsbezirken und Gemeinden, festgestellt. Diese Arbeiten sollen so beschleunigt werden, daß in den einzelnen Wahlkreisen die Einzeichnungszahl spätestens am 8. April amtlich festgestellt ist. Hierauf wird der Reichswahlausschuß das amtliche Endergebnis für das ganze Reich prüfen. Mit der Veröffentlichung dieses endgültigen amtlichen Ergebnisses kann etwa für den 11. April gerechnet werden. Im Reichswahlausschuß sind die 6 größten Parteien des Reichstages vertreten durch Abg. Dittmann (Soz.), Abg. Dietrich-Preußlau (Dtn.), Regierungsrat Dr. Klöcker (Ztr.), Pieck (Komm.), Garnich (D. Vp.) und Professor Dr. Danicke (Völk.). Den Vorsitz im Reichswahlausschuß hat der Reichswahlleiter Professor Dr. Wagemann.

Das Steuerkompromiß.

Erwerbslosenfürsorge. — Friedensmiete. — Salzsteuer.

Nachdem gestern morgen der Steuerausschuß des Reichstages seine Verhandlungen fortgeführt hatte, wurden am Nachmittag auf Wunsch der Regierungsparteien interfraktionelle Verhandlungen angebahnt, an denen auch Vertreter der Sozialdemokratischen Partei beteiligt waren. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen teilt der Soz. Pressedienst folgendes mit:

Die Besprechungen hatten zum Ergebnis, daß den sozialdemokratischen Forderungen in wichtigen Punkten entsprochen wurde. Die sozialdemokratische Fraktion hatte gefordert, daß die Unterstützungsdauer für die Erwerbslosen um 13 Wochen verlängert wird und die bereits Ausgesteuerten wieder in die Erwerbslosenfürsorge eingegliedert werden. Sie verlangte ferner, daß eine allgemeine Ermäßigung der Vermögenssteuer infolge des Fortfalls der Veranlagung für das Jahr 1926 nicht eintritt. Außerdem sollte die Begrenzung der Friedensmiete auf 100 Prozent bis zum 1. April 1927 verlängert werden. Schließlich forderte sie eine Ermäßigung der Zuckersteuer und die Beseitigung der Kleinverbrauchssteuern.

Die sozialdemokratischen Forderungen zur Erwerbslosenfürsorge wurden anerkannt. Infolgedessen soll die Unterstützungsdauer um 13 Wochen verlängert werden; die bereits Ausgesteuerten sollen wieder die Unterstützungsberechtigung erlangen. Gleichzeitig wird die Verlängerung der bisherigen Unterstützungssätze einschließlich der Kurzarbeiterunterstützung, die bis 1. Mai 1926 begrenzt sind, durchgesetzt.

In bezug auf die Mietssteuer wurde folgender Antrag als Aenderung des Finanzausgleichsgesetzes beschlossen: Die Miete von 100 v. H. der Friedensmiete darf bis zum 31. März 1927 nicht überschritten werden. Ausnahmen sind nur zulässig soweit die Festsetzung einer höheren Miete erforderlich ist, um die in dem § 20 Absatz 3,4 vorgesehenen Zuweisungsbeträge sicherzustellen. Soweit die Miete für die Zeit nach dem 1. April 1926 bereits höher festgesetzt ist oder die im § 20 Absatz 3,4 vorgesehenen Zuweisungsbeträge bereits überschritten sind, bleiben die getroffenen Bestimmungen unberührt.

Praktisch ist damit erreicht, daß für alle Länder, die die Friedensmiete noch nicht erreicht haben, ein Ueberschreiten der Friedensmiete bis zum 31. März 1927 ausgeschlossen ist.

In bezug auf die Vermögenssteuer wurde erreicht, daß das Mindestaufkommen entsprechend dem Voranschlag gesetzlich auf 400 Millionen Mark für das Jahr 1926 festgesetzt ist. Eine allgemeine Senkung ist damit verhindert worden.

Die Weinsteuer wird aufgehoben, die Biersteuer bis zum 1. Januar 1927 hinausgeschoben. Die Sektsteuer in Form einer Banderolensteuer wird vom 1. Juli 1926 an eingeführt.

Die Salzsteuer wird vom 1. April 1926 ab, also mit sofortiger Wirkung, aufgehoben. Vor allem aber ist bedeutsam, daß eine Ermäßigung der Zuckersteuer gesichert ist.

Da die Zuckersteuer eine verpfändete Steuer ist, muß das auf dem Wege geschehen, daß ein Ausgleich dafür durch die Erhöhung der Branntweinsteuer erzielt wird. Beides soll bis zum 1. Oktober 1926 durchgeführt sein, so daß auch Widerstände des Reparationsagenten, dem der Ertrag der Zuckersteuer verpfändet ist, vermieden werden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stimmte in einer Abendsitzung diesem Ergebnis der Verhandlungen zu, so daß die Verabschiedung des Steuerkompromisses jetzt gesichert ist. Die TU. teilt mit daß auch die Wirtschaftliche Vereinigung dem Kompromiß zugestimmt habe.

SPD. **Berlin,** 26. März. (Radio.)

Der Steuerausschuß des Reichstages beschäftigte sich in einer Nachtsitzung vom Donnerstagabend bis nach Mitternacht mit der endgültigen Gestaltung des Steuerkompromisses. Zunächst beschäftigte man sich mit dem deutschnationalen Antrag, die Umsatzsteuer nicht zu senken, dafür jedoch die Mietzinssteuer herabzusetzen, und zwar um 3 Prozent für den Vermieter und 3 Prozent für die Mieter.

Der Abgeordnete Keil wies darauf hin daß dieser Antrag überhaupt nicht durchgeführt werden könne. Statt des deutschnationalen Antrags wurde der Antrag Hertz-Keil, die Friedensmiete bis zum 31. März 1927 nicht zu überschreiten, zum Mittelpunkt der Aussprache. Die Volksparteiler erklärten sich bereit, für diesen sozialdemokratischen Antrag einzutreten, der bei der Abstimmung auch unter Ablehnung kommunistischer und deutschnationaler Gegenanträge unter Zustimmung der Kommunisten Annahme fand.

Unter Ablehnung aller weiteren Anträge wurde die Senkung der Umsatzsteuer auf 0,75 Prozent beschlossen. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer wurde gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Der Ablehnung verfiel auch ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, der die allgemeine Befreiung der Lebensmittel von der Umsatzsteuer verlangte. Für Luxussteuer wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der besagt, daß die Herabsetzung der Umsatzsteuer und die Beseitigung der Luxussteuer ein Recht auf entsprechende Preisherabsetzung einschließt und daß entgegenstehende geschäftliche Vereinbarungen nichtig sind. Die Aufhebung der Luxussteuer wurde beschlossen.

Die Fusionssteuer wurde nach eingehender Beratung in der Fassung des ersten Steuerkompromisses angenommen.

Der Ausschuß setzt seine Beratungen am Freitagmorgen 9 Uhr fort.

Auslandsstimmen zum Volksbegehren.

Der Nieuwe Rotterd. Courant (liberal): „Diese Stimmenzahl ist eine überraschend starke Kundgebung republikanischer und demokratischer Empfindungen der Wähler, denen die Regierung Rechnung tragen muß."

Der Telegraaf (Holland, liberal): „Mehr als die Veranstalter des Volksbegehrens selber geglaubt haben — die Fürsten werden den März 1926 schwarz anstreichen."

Der Daily Herald (Britische Arbeiterpartei): „Zusammengeschweißt in einen Block der Schaffenden gegen Herrschsucht der Genießenden rufen die jungen Republikaner „Nichts!"

Im Daily Chronicle (England, liberal) steht die bezeichnende Ueberschrift über dem Berliner Resultat: „Das Ende der Kaiserresidenz!"

Der Standaard (Brüssel, katholisch-demokratisch): „Dieses demokratische Deutschland verheißt friedfertige Nachbarschaft ohne Machtgelüste."

Das Peuple (Brüssel, sozialistisch): „Die Sache der deutschen Genossen war so gut, daß sie vom Volk auf den Schild erhoben und zur siegreichen Volkssache gemacht wurde."

Die Volonte (Paris, republ.-sozialistisch): „Ein gewaltiger Ruck in der Gestaltung der deutschen Republik, der Briand das Vertrauen Frankreichs bekundete."

Der Démocrate (Schweiz): „Die Fürsten sind vom Volk geschlagen. Das Volk bekennt sich zur Republik."

Im Dovere (radikal, einem italienisch geschriebenen Schweizerblatt) heißt es: „Die deutsche Republik hat ein kräftiges Lebenszeichen von sich gegeben."

Die Ostschweiz (katholisch): „Die Parteidämme sind von einem Hochwasser überflutet worden. Der Volkssouverän war nicht nur ungnädig gegenüber den gewesenen Fürsten — er hat auch deutlich zu erkennen gegeben, daß er über Parteidekrete hinweg seinen eigenen Willen bekundet."

Der New York Herald (Pariser Ausgabe) schreibt von einem „landslide", einem „politischen Erdrutsch", der in den Vereinigten Staaten den Glauben an die republikanischen Kräfte Deutschlands bestärkt.

Interessantes aus dem Femeausschuß.

SPD. **Berlin,** 26. März (Radio).

Im Femeausschuß des preußischen Landtages erstattete am Donnerstagabend Abgeordneter Riedel einen Bericht über die Geschäftsbücher der Firma Stier, mit der Oberleutnant Schulz wegen Kleiderlieferungen für die Schwarze Reichswehr in Geschäftsverbindung stand. Merkwürdigerweise konnte trotz allen Suchens das Hauptkontokorrent nicht aufgefunden werden. In einem Privatkontor des Hauptmanns Stier sind jedoch in der Zeit vom 20. Juni 1923 bis zum Januar 1924 Belastungen für verschiedene Personen, darunter für v. Pannwitz, Oppermann, Ebersbach, Schmiedeberg und unter dem 4. August eine Belastung für Klapproth. Der Berichterstatter erklärte, er habe die Ueberzeugung gewinnen müssen, **daß noch ein weiteres Buch existiere, das aber nicht aufzufinden sei.** Abgeordneter Obuch (Kommunist) teilte mit, er habe durch Einblick in die Kartothek auch den Namen Techow, der bei der Ermordung Rathenaus eine Rolle spielte, entdeckt. Feldwebel Stein könne bezeugen, daß die Firma Stier nicht nur an die Kompanie von Pannwitz, sondern auch an das Bataillon Benn, dem Stein angehörte, schenkungsweise grüne Uniformen geliefert habe.

Als sich im Verlauf der Aussprache der Abgeordnete Eichhoff (Deutsche Volkspartei) zu der Bemerkung versteigt, **Oberleutnant Schulz habe ihm recht gut gefallen,** weil er Leute nicht nennen wollte, zu denen er einwandfreie Beziehungen hatte, weil er glaubte, es würde dann ein Makel an ihnen haften bleiben erklärt Abgeordneter Riedel, Schulz wird seine Gründe gehabt haben. Als zwei wichtige Gründe nennt Riedel: 1. Es ist mir zuverlässig mitgeteilt worden, daß **bei Schulz die Photographie einer bekannten politischen Persönlichkeit mit einer sehr freundschaftlichen Widmung gefunden worden** ist, 2. daß an gewissen Besprechungen im Sommer 1923, über die Schulz selbst ausgesagt hat, **eine sehr bekannte Persönlichkeit des öffentlichen Lebens mindestens einmal teilgenommen hat,** deren Namensnennung bei allen das lebhafteste Erstaunen hervorrufen würde. Als Abgeordneter Eichhoff versichert, daß eine Photographie mit einer Widmung garnichts beweise, ruft ihm unter großer Heiterkeit Abgeordneter Heilmann (Sozialdemokrat) zu, es war ja keine Photographie von Stresemann!

Neue Mordpläne?

Ein Mitglied der Organisation C. verhaftet.

SPD. **Breslau,** 25. März.

Auf dem Bahnhof Oderfurt bei Mährisch-Ostrau (Tschechoslowakei) soll nach einer Meldung aus Oderberg **ein Reichsdeutscher verhaftet** worden sein, auf den die Polizei wegen seines aufgeregten Benehmens bei dem Ueberschreiten der Grenze aufmerksam wurde. Er hatte keinen Paß und erklärte bei seinem Verhör, daß er **Mitglied einer deutschen rechtsradikalen Organisation** und in dieser ausgelost worden sei, **auf den Reichsinnenminister Dr. Külz ein Revolverattentat auszuführen.** Da er vor diesem Auftrag zurückgeschreckt sei und infolgedessen die Feme zu befürchten gehabt habe, sei er über die Grenze geflohen. Einzelheiten über die sofort eingeleitete Untersuchung fehlen noch.

*

Nach einer weiteren Meldung stammt der verhaftete rechtsradikale Attentäter, von dem noch nicht feststeht, ob das Attentat, zu dem er ausgelost worden sein soll, dem deutschen oder dem preußischen Innenminister gelten sollte, aus Breslau, heißt Friedrich Gruschczyg und ist 26 Jahre alt. Nach weiteren Meldungen soll C. Mitglied der berüchtigten Mordorganisation Consul sein.

Aus der bayrischen Republik.

SPD. Vor dem Schwurgericht in Bayreuth ist dieser Tage ein eigenartiger Rechtsstreit zum Abschluß gelangt. Als am 28. Februar vorigen Jahres die Trauerkunde von dem Tode des Reichspräsidenten Ebert durch die Lande eilte, kündigte der Oberbürgermeister von Bayreuth einen Nachruf für den Verstorbenen an. **Die 15 schwarzweißroten Stadtratsmitglieder** hinderten ihn jedoch daran und **zwangen** ihn, trotzdem die bayerische Regierung die Trauerbeflaggung in den Landesfarben angeordnet hatte, **die Fahnen wieder einzuziehen.** Unser Bayreuther Parteiblatt übte an dieser Handlungsweise die gebührende Kritik. Die Antwort der 15 Stadtratsmitglieder war eine Offizialklage. Ein Jahr später stand die Sache endlich zur Verhandlung. Das Gericht billigte den beklagten Redakteuren die Wahrung berechtigter Interessen zu und verurteilte sie lediglich wegen formaler Beleidigung **zu 200 Mk. bzw. 400 Mk. Geldstrafe.**

*

Nach der Münchener Zeitung soll der Plan der bayerischen Staatsregierung zur Vereinfachung der Staatsverwaltung, der gegenwärtig der Begutachtung der Regierungsparteien unterliegt, wenn möglich noch vor Ostern zur Durchführung gelangen. Der Plan sieht unter anderm die Reduzierung der gegenwärtigen 8 Ministerien auf 6 vor, sowie ferner die Beseitigung von zwei Kreisregierungen.

Die Papierlieferanten der Frankenfälscher in München.

SPD. **München,** 25. März.

In der ungarischen Frankenfälscheraffäre wird neuerdings bekannt, daß der Sekretär des Prinzen Windischgrätz, Raba, ebenso der Graf Teleki und zwei weitere Vertrauensleute des Prinzen namens Görö und Retai **wiederholt bei dem Kartographischen Institut in München vorgesprochen** und wegen **Papierlieferung** zur Herstellung von angeblichen Reliefkarten verhandelt haben. Tatsächlich wurde auch diesem Institut solches Papier nach Budapest geliefert. Diese Tatsachen wurden auch von den vor kurzem in München weilenden französischen Persönlichkeiten festgestellt. Sie haben entgegen den amtlichen Dementis in der Affäre selbständige Untersuchungen in München vorgenommen.

Die Finanzlage in Preußen.

Nach Mitteilungen des amtlichen preußischen Pressedienstes belaufen sich die Gesamteinnahmen Preußens vom 1. bis 28. Februar 1926 auf 208,2 Mill. Mark, die Gesamtausgaben für den gleichen Zeitraum auf 217,3 Mill. Mark. Für den Monat Februar 1926 ergibt sich mithin ein Defizit von 9,1 Mill. Mark. Die Gesamteinnahmen des preußischen Staates in der Zeit vom 1. April 1925 bis 28. Februar 1926 betrugen 2 161,8 Mill. Mark, die Gesamtausgaben für den gleichen Zeitabschnitt 2305,4 Mill. Mark. Für die Zeit vom 1. April 1925 bis 28. Februar 1926 ergibt sich mithin ein Defizit von 140,6 Mill. Mark. Die schwebenden Schulden des preußischen Staates belaufen sich Ende Februar 1926 in Schatzanweisungen auf 108,3 Mill. Mark.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19260326/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Streifzüge durch das Aufwertungsrecht.

* Das Aufwertungsgesetz vom 16. Juli 1925 hat infolge seines oft unsozialen Inhalts die Erbitterung weitester Kreise erregt. Dadurch schon ist es eines der politisch interessantesten Gesetze der letzten Jahre geworden. Unabhängig davon hat es aber wegen seiner wirtschaftlichen Rückwirkungen und wegen seines juristischen Inhalts eine ungeheure Literatur veranlaßt, die unter allen nur denkbaren Gesichtspunkten den Inhalt des Gesetzes immer wieder unter Kritik stellen. Eine besondere Rolle hat dabei immer die Frage gespielt, ob die Vorschriften durchgängig mit der Reichsverfassung vereinbar seien. Umstritten war das insbesondere auch hinsichtlich der Vorschriften über die Aufwertung von Hypotheken und sonstigen unter die §§ 62 und 63 fallenden Ansprüchen. Das Reichsgericht hat nun vor kurzer Zeit diese Frage endgültig in einer — in der Zeitschrift „Das Recht" 1925, S. 774 veröffentlichten — Entscheidung dahin entschieden, daß die Vorschriften nicht gegen die Verfassung verstießen, also rechtsgültig seien.

Nicht uninteressant ist eine Entscheidung des preußischen Kammergerichts, wonach bei Ansprüchen aus Reichsbanknoten Aufwertung **nicht** verlangt werden kann. Die Literatur hat sich dieser Auffassung angeschlossen.

Nach der neueren Rechtsprechung des Reichsgerichts besteht die Notwendigkeit der Aufwertung nicht bloß bei gegenseitigen Verträgen — d. h. bei solchen, in denen **beide** Partner sich zu einer Leistung verpflichten —, sondern auch bei einseitigen Schuldverhältnissen, wo nur der eine Teil zu einer Leistung verpflichtet ist. So hat das Reichsgericht das Aufwertungsverlangen auch bei Darlehen für begründet erklärt (Band 107/78 der offiziellen Entscheidungssammlung). In einer weiteren Entscheidung, die in „Gruchots Beiträgen zur Erläuterung des Deutschen Rechts", 1925, S. 65 veröffentlicht ist, erklärt das Reichsgericht, daß das Aufwertungsverlangen auch dann begründet sei, wenn es sich um ein „Spekulationsgeschäft" handelt, um ein sogenanntes „gewagtes Geschäft", wo derjenige, der das Geschäft eingeht, bewußt **allein** die wirtschaftlichen Folgen des Wagnisses tragen will. Hier ist nach dem Urteil des Reichsgerichts nach Treu und Glauben anzunehmen, daß er aber nur diejenigen Folgen tragen will, die er glaubt ihrem Ausmaße nach überblicken zu können. Die Folgen der ihrem Ausmaße nach seinerzeit völlig unübersehbaren Geldentwertung dagegen trägt er nicht allein, sie werden vielmehr von beiden Teilen getragen. Das Aufwertungsverlangen ist daher grundsätzlich berechtigt.

In einer Entscheidung vom 16. Oktober 1925 hat dann das Reichsgericht sich mit der Frage auseinandergesetzt, ob sich die sogen. „Schiedsgerichtsklauseln" auch auf die etwaigen Aufwertungsansprüche beziehen oder nicht. Mit Rücksicht auf die Schwerfälligkeit und politische Einstellung der deutschen Justiz wird bekanntlich sehr oft — insbesondere bei Verträgen, die auf längere Zeit abschlossen werden — vereinbart, daß alle Streitigkeiten über Ansprüche aus dem Vertrage durch ein Schiedsgericht erledigt werden sollen. Das Reichsgericht erklärt dazu, daß dies auch auf etwaige Aufwertungsansprüche Bezug habe, gleichviel ob sie nun als reine Aufwertungsansprüche oder als Ansprüche auf Ersatz von Verzugsschaden geltend gemacht würden. Denn es handle sich auch in einem solchen Falle um eine aus dem Vertrage herzuleitende Verpflichtung.

Viel Aufsehen haben die Entscheidungen des Reichsgerichts verursacht, die sich mit der Frage der „Rechtskraft" von Urteilen gegenüber Aufwertungsansprüchen beschäftigen. Wenn ein Urteil nicht mehr mit einem Rechtsmittel angefochten werden kann — also mit Berufung, Beschwerde oder Revision — so ist es „rechtskräftig" geworden, d. h. die in dem Urteil behandelte Streitfrage kann zwischen den Parteien und ihren Rechtsnachfolgern nicht wieder aufgeworfen und etwa anders entschieden werden. Alle Einwendungen gegen den nunmehr richterlich festgestellten Anspruch sind dann erledigt. Von dieser Grundauffassung über die Endgültigkeit rechtskräftiger Urteile ist das Reichsgericht in Aufwertungssachen aber ganz allgemein abgewichen. In einer Entscheidung vom 9. 10. 1925 (veröffentlicht in der Zeitschrift „Das Recht", 1925, S. 782) führt das Gericht hierzu aus: Wenn der Gläubiger nach der Rechtskraft eines auf eine Papiermarksumme lautenden Urteils mit Rücksicht auf die Geldentwertung weitere Ansprüche gegen den Schuldner erhebt, so stehen dem Schuldner gegen den schon rechtskräftig festgestellten Anspruch noch einmal alle Einwendungen offen. Das entspricht der Rechtsprechung des Reichsgerichts, wie sie in mehreren Entscheidungen der offiziellen Entscheidungssammlung (Band 109 und 110) zum Ausdruck gekommen ist. Der Schuldner kann also z. B. nochmals verlangen, nachzuweisen, daß der rechtskräftig feststellte Anspruch nicht bestand. Dies gilt auch dann, wenn der Gläubiger wegen angeblicher unpünktlicher Erfüllung der Hauptverbindlichkeit Verzugsschadenersatz fordert und dabei den Schadenanspruch mit Rücksicht auf die Geldentwertung bemißt. Anders liegt es aber, wenn die Summe, auf deren Bezahlung das frühere Urteil lautete, nicht rechtzeitig gezahlt wird und der Gläubiger nunmehr im Hinblick auf die inzwischen eingetretene Geldentwertung die Urteilssumme zuzüglich des Aufwertungsbetrages verlangt. In einem solchen Fall können Einwendungen gegen den schon früher rechtskräftig festgestellten Anspruch selbst nicht mehr in dem neuen Prozeß geltend gemacht werden.

Das Aufwertungsgesetz wirkt nach § 67 bekanntlich auf die Zeit bis zum 15. 6. 1922 zurück. Diese Schutzvorschrift gilt aber nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Königsberg vom 15. 10. 1925 (veröffentlicht in der „Rechtsprechung in Aufwertungssachen" 1926 S. 37) nur zu Gunsten, nicht zu Lasten des Gläubigers. Ein Vergleich zwischen den unmittelbar Beteiligten über die Aufwertung, welcher Bedingungen enthält, die für den Gläubiger günstiger sind, als das Gesetz selbst — so daß er also auf Grund des Vergleichs höhere Aufwertungsbeträge enthält —, ist rechtsgültig, selbst wenn er in der Rückwirkungszeit (15. 6. 1922, 14. 2. 1924) abgeschlossen ist.

Eine sehr interessante Entscheidung hat das Oberlandesgericht München am 29. 10. 25 gefällt (veröffentlicht in der „Rechtsprechung für Aufwertungssachen", 1926, S. 49). Ein Grundstückseigentümer hatte im April 1923 beim Verkauf seines Grundstücks die Zusage gemacht, eine auf dem Grundstück eingetragene Hypothek zur Löschung zu bringen. Im September 1923 hatte er diese Zusage nochmals bestätigt. Der Prozeß drehte sich um die Frage, ob er dem Käufer gegenüber verpflichtet sei, die durch die Gesetzgebung der Folgezeit vorgeschriebene Aufwertung zu tragen. Das Oberlandesgericht hat diese Frage verneint.

Schließlich sei noch ein Urteil des Reichsgerichts vom 30. November 1925 erwähnt, das die Frage der Konkurrenz der Befugnisse der Gerichte und der Aufwertungsstellen behandelt. Danach bedeutete die im § 69 des Aufwertungsgesetzes der Aufwertungsstelle verliehene ausschließliche Befugnis, über die Höhe der Aufwertung zu entscheiden, nicht etwa, daß es den Parteien versagt sein solle, die Entscheidung auch über die Höhe der Aufwertung dem ordentlichen Gericht zu übertragen. Es liegt dann weder eine Unzuständigkeit des Gerichts, noch eine Unzulässigkeit des Rechtsweges vor. Das angerufene ordentliche Gericht muß aber gemäß § 148 der Zivilprozeßordnung die Verhandlung aussetzen, bis gemäß § 75 des Aufwertungsgesetzes eine rechtskräftige Entscheidung der Aufwertungsstelle ergangen ist. Und an die ist dann das Gericht gebunden.

Kommunistische Angriffe gegen Toller.

Der Ost-Expreß meldet aus Moskau: Nachdem Ernst Toller in Moskau zunächst sehr ehrenvoll empfangen und auch in der Sowjetpresse wiederholt als Dichter wie als Politiker **gefeiert** worden war, bringt die **Prawda** jetzt überraschenderweise einen **heftigen Angriff** gegen ihn, dessen Verfasser der deutsche Kommunist Paul **Werner** ist. In diesem mit der Aufschrift „Die Wahrheit über Toller" versehenen Artikel wird in sehr brüoker Sprache gesagt, daß „der phrasendreschende Phantast" Toller seinerzeit in Bayern nur die Karikatur einer Räterepublik gegründet hätte, die schon nach acht Tagen dank seiner unfähigen Leitung zusammenbrach. Darauf erst sei die eigentliche Münchener Räteregierung durch echte Kommunisten gegründet worden, die dann aber von Toller **verraten** worden sei: ohne jede Vollmacht dazu habe er mit den „Weißen" Verhandlungen angeknüpft, er habe ferner durch Rückzugsbefehle die Kämpfer der roten Front in Verwirrung gebracht und zuletzt im Münchener Sowjet einen offenen Kampf gegen die wahrhaften Kommunisten geführt. Die Redaktion der Prawda fügt diesem Artikel von sich aus die Bemerkung hinzu: sie müsse sich vor ihrem Leserkreise **entschuldigen**, weil sie, ohne den „wahren Toller" näher zu kennen, ein falsches Bild von diesem Pseudorevolutionär entworfen hätte.

Ein trübes Kapitel.

Von Oskar **Edel**, M. d. L.

I.

Es ist ein Jammer mit der sächsischen Koalition! Wenn sie einmal einen Schritt nach vorn geschoben worden ist, weicht sie bei der nächsten Gelegenheit wieder zwei Schritte zurück. Dafür ist die Amnestiefrage ein schlagendes Beispiel.

Schon beim Zusammentritt des Landtages nach den Sommerferien im vorigen Jahre habe ich in der sozialdemokratischen Fraktion Anträge eingebracht, die auf eine Erweiterung der völlig unzulänglichen Notverordnung der Regierung abzielten. Diese Notverordnung übertrug lediglich Bestimmungen der Reichsamnestie, die im wesentlichen auf eine Befreiung der Rechtsverbrecher zugeschnitten war, auf Sachsen. Andre Länder, vornehmlich Preußen, die bürgerliche Parlamentsmehrheiten haben, sind weiter gegangen. Und wenn auch die in diesen Ländern beschlossenen Amnestiegesetze keineswegs voll befriedigten, zeigten sie doch nicht die Einseitigkeit der Notverordnung der sächsischen Regierung.

Unter Hinweis auf die Regelung in Preußen und die Auffassung der juristischen Sachverständigen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion setzte sich der Parteivorstand für die in der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Erweiterungsanträge zur Notverordnung der sächsischen Regierung ein. Die Anträge bezweckten, da die Notverordnung einseitig politische Verfehlungen begünstigte, die sich gegen den Bestand der Republik richteten, daß die Amnestie erstreckt wurde auf Widerstand gegen die Staatsgewalt, Amtsnötigung, Aufruhr und Auflauf, Haus- und Landfriedensbruch, Landzwang, Beleidigung, einfache und gefährliche Körperverletzung, Amtsanmaßung und Nötigung. Ferner sollten amnestiert werden Straftaten, die in mittelbarem oder unmittelbarem Zusammenhange mit der wirtschaftlichen oder politischen Erregung des Inflationsjahres 1923 begangen worden waren. Nach langen Verhandlungen stimmte die Mehrheit der Fraktion auf Veranlassung des Parteivorstandes dem ersten Teil des Antrags in der Form eines Amnestiegesetzes zu, und später wurde der zweite Teil des Antrages als Entschließungsantrag eingebracht. Der Justizminister erhob Protest. Seine Ausführungen im Landtag gipfelten in derselben Beweisführung, die seit zwei Jahren bekannt ist. Es gibt in Sachsen nichts zu amnestieren, und das Notwendige geschieht auf dem Wege der Einzelbegnadigung. Damals wurde die Behauptung aufgestellt, Bünger habe erklärt, das sozialdemokratische Amnestiegesetz gehe nur über seine Leiche. Er hat bestritten, sich so geäußert zu haben. Aber der weitere Gang der Dinge berechtigt zu der gegenteiligen Annahme.

Obgleich sich die Regierung darüber klar sein mußte, daß eine schnelle Erledigung des Amnestie-Gesetzentwurfs notwendig war, wenn er nicht seinen Zweck zum guten Teil verfehlen sollte, dauerte es doch 4 Wochen, bis sie den Entwurf dem Landtag verschlechtert zurückgab.

Diese Verschlechterung des Gesetzentwurfs war aber nur möglich, weil das Gesamtkabinett, das in seiner Mehrheit aus Sozialdemokraten besteht, dem verschlechterten Gesetzentwurf des Justizministeriums zustimmte.

Nun wäre es darauf angekommen, wenigstens diesen Gesetzentwurf eingehend zu prüfen und zu verbessern. Aber obwohl es bestimmt verlangt worden ist, wurde keine Besprechung der Amnestievorlage innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion erzielt. Deshalb mußte im Rechtsausschuß, dem die Vorlage nach einer kurzen Beratung im Plenum überwiesen worden war, der Versuch einer Verbesserung unzulänglicher Bestimmungen gemacht werden.

Im Ausschuß ist von unserem Redner darauf hingewiesen worden, wie bedauerlich die Verzögerung der Gesetzesarbeit gerade in der Amnestiefrage ist. Denn zumal dann, wenn sie sich auf einen bestimmten Zeitraum bezieht, hat eine Amnestie nur noch einen bedingten Wert, die dann endlich verabschiedet wird, wenn fast niemand mehr eine Strafe zu verbüßen hat.

Unter diesen Umständen müßte wenigstens Wert darauf gelegt werden, durch klare Bestimmungen jede willkürliche Auslegung des Gesetzes zu verhindern. Wenn aber auch nach der Annahme des Amnestiegesetzes die Begnadigung eine reine Ermessensfrage bleibt, dann ist dem Verlangen nicht Rechnung getragen, allgemein diejenigen zu amnestieren, die auf Grund einer bestimmten Situation in die Maschen der Gesetze gerieten. Im Regierungsentwurf sind zwar die Paragraphen übernommen worden, die der sozialdemokratische Amnestiegesetzentwurf enthielt, doch sollen die Strafverfahren nur niedergeschlagen werden, soweit sie durch oder bei öffentlichen Kundgebungen im politischen oder wirtschaftlichen Kampfe begangen worden sind, und die wegen Zuwiderhandlungen gegen die § 185 bis 187 StGB. (Beleidigungen), soweit sie durch oder bei öffentlichen Kundgebungen im politischen oder wirtschaftlichen Kampfe begangen worden sind, die politische oder wirtschaftliche Betätigung des Verletzten zum Gegenstand haben und aus der Form und den begleitenden Umständen sich nicht die Absicht der Ehrabschneidung ergibt. Diese Kautschuksätze öffnen der Willkür Tür und Angel; und besonders, was über die Absicht der Ehrabschneidung gesagt ist, gibt auf Grund der Erfahrungen zu stärksten Bedenken Anlaß. Deswegen wurde beantragt, dem betreffenden Absatz folgende Fassung zu geben:

„Unter derselben Voraussetzung werden niedergeschlagen die bei Gerichten oder Staatsanwaltschaften anhängigen Strafverfahren

a) wegen Zuwiderhandlungen gegen die § 110, 111, 113—116, 123—125, 132, 223, 223a, 240 des Strafgesetzbuchs, soweit sie im politischen oder wirtschaftlichen Kampfe begangen sind,

b) wegen Zuwiderhandlungen gegen die § 185—187 des Strafgesetzbuchs, soweit sie im politischen oder wirtschaftlichen Kampfe begangen sind oder die Betätigung des Verletzten im öffentlichen Leben zum Gegenstand haben,

c) wegen Straftaten, die mit einer der unter a und b genannten Zuwiderhandlungen in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhange stehen.

Die Erweiterung der Paragraphen (die § 110 und 111 sind eingefügt) fand Annahme. Im übrigen wurden die Abänderungsvorschläge in Einzelabstimmung abgelehnt. Besonders die Ablehnung unter Punkt c ist außerordentlich bedauerlich und engherzig.

Auch bei den Bestimmungen des Regierungsentwurfs, die die Ausnahmen von der Niederschlagung und dem Straferlaß festlegten, ist eine starke Verschlechterung selbst noch über das Reichsamnestiegesetz und die sächsische Notverordnung hinaus angefügt worden, und zwar dadurch, daß von der Niederschlagung und dem Straferlaß diejenigen Personen ausgeschlossen sein sollen, welche

„in den Fällen des § 2 Abs. 2 durch ihr Verhalten den Tod eines Menschen, eine erhebliche Körperverletzung oder eine erhebliche Gesundheitsschädigung verursacht haben oder vor Begehung der Tat schon zweimal wegen eines Verbrechens oder eines vorsätzlichen Vergehens zum Tode oder zu erheblichen Freiheitsstrafen verurteilt worden waren und nach den Umständen der Tat in Verbindung mit den früheren Taten als für die öffentliche Sicherheit gefährliche Gewohnheitsverbrecher erscheinen.

Der Justizminister hat immer den Standpunkt vertreten, daß in solchen Fällen, wie bei einem Landfriedensbruch, bei denen eine erhebliche Körperverletzung vorgekommen ist, eine Begnadigung nicht verantwortet werden könne. Das hat zu großen Ungerechtigkeiten geführt. Oftmals wurde vom Gericht irgend jemand, der sich bemüht hatte, Ausschreitungen vorzubeugen und Demonstranten zu beruhigen, als Rädelsführer angesehen. Er, aber auch die sogenannten Mitläufer verdienen nach der Auffassung des Justizministeriums dann keine Gnade, wenn etwa hinter ihrem Rücken von einem Dritten, selbst wenn dieser Dritte nicht feststellbar war, eine Körperverletzung verursacht worden ist. Daher ist beantragt worden, die Worte im Abs. 4 des § 5 „in den Fällen des § 2 Abs. 2" bis „verursacht haben oder" zu streichen und im übrigen zwischen „gefährliche" und „Gewohnheitsverbrecher" das Wort „nichtpolitische" einzufügen, um dadurch zu verhüten, daß politische Vorstrafen zum Anlaß einer Ausschließung vom Straferlaß gemacht werden können. Aber die Abänderungsanträge wurden im Ausschuß abgelehnt.

Kämpfe der Arbeiterschaft in Australien.

Im Verlaufe des Jahres 1925 ist es der Australischen Arbeiterpartei, die bereits in drei von den sechs Gliedstaaten des Bundesstaates Australien die Mehrheit im Parlament besaß, gelungen, in zwei weiteren Staaten, Neu-Südwales und Tasmania, die Herrschaft zu erlangen, so daß nunmehr **fünf** von den 6 Gliedstaaten eine **Arbeiterregierung** aufweisen. Auf diese Erfolge gestützt, konnte die Arbeiterschaft trotz der bürgerlichen Mehrheit des Unionsparlamentes am 12. Februar die **gesetzliche Einführung der 44-Stundenwoche erzwingen.** Diese Arbeitszeitbestimmung hat Geltung für **alle** Lohnarbeiter, also auch für die Landwirtschaft, das Kleingewerbe und die Angestellten, mit alleiniger Ausnahme der Polizeiangestellten.

Diese Erfolge der Arbeiterschaft haben unter der Bourgeoisie Australiens lebhafte Besorgnis hervorgerufen und zur Gründung einer **faszistischen Bewegung** geführt, die von London aus organisiert wurde. Die australischen Gewerkschaften haben bereits ihre Gegenmaßnahmen getroffen und die Faszisten wissen lassen, daß ihnen mit allen Mitteln entgegengetreten werden würde, wenn sie es wagen sollten, in die Oeffentlichkeit zu treten.

*

Nach der gesetzlichen Einführung der 44-Stundenwoche in **Neu-Süd-Wales** ging die Labour-Majorität daran, das undemokratische System der Gesetzgebung zu reformieren. Neben dem durch Wahl gebildeten gesetzgebenden Körperschaft besteht in diesem Staate noch ein **Oberhaus**, das sich ausschließlich aus ernannten Mitgliedern zusammensetzt und das Bollwerk der besitzenden Klasse darstellt. Bei der ersten Lesung wurde das Gesetz, das die Abschaffung des Oberhauses zum Gegenstand hat, mit 45 gegen 43 Stimmen angenommen. Vor der zweiten Lesung machte sich aber auch in den Reihen der Labour-Abgeordneten Widerstand gegen diese Maßnahme geltend, so daß die Vertagung der zweiten Lesung beschlossen werden mußte, um vorerst durch interne Parteiverhandlungen eine einheitliche Stellungnahme der Arbeiterpartei zu dem Regierungsvorschlag herzustellen.

Die Pläne der rumänischen Reaktion.

Aus **Bukarest** wird dem Soz. Pressedienst berichtet: Am 27. März wird das rumänische Parlament aufgelöst. Anfang oder Mitte Mai muß die Regierung Bratianu gehen. Ende Mai finden Neuwahlen statt. Trotz dieser innerpolitisch gespannten Lage wird nach außen große Ruhe in den maßgebenden politischen Kreisen zur Schau getragen. Dabei haben die Gemeindewahlen deutlich gezeigt, daß die Wähler in ihrer Mehrheit für die Parteien der bürgerlichen Opposition sind. Wäre Rumänien wirklich ein parlamentarisch regiertes Land, dann müßte diese bisherige Opposition unbedingt ans Ruder kommen. Tatsächlich geht das **zähe Ringen um einen Systemwechsel**; es gilt, der bürgerlichen Revolution in Rumänien den ersten Sieg zu erringen, den ersten Schritt von der Oligarchie zur Demokratie zu tun. Dieser Kampf spielt sich, wie das in Rumänien so üblich ist, einstweilen in einem Intrigen- und **Ränkespiel am Hofe** ab. Eine große Rolle spielt dabei die Person des abgedankten Kronprinzen **Karol**. Die einen empfehlen dem König als Mittel gegen die Opposition die Rückkehr des entthronten Faszisten, die andern, unter Führung des Generals **Averescu**, wollen ihn unbedingt fern von Rumänien halten. Alle möglichen Pläne werden im Kreise der Hofkamarilla geschmiedet, aber niemand denkt einstweilen daran, dem Willen des Volkes zu entsprechen.

Die **Liberalen** suchen sich durch ein neues Wahlgesetz zu behaupten. Der Wille der Wähler soll dadurch verfälscht werden, daß der **relativen Mehrheit** der abgegebenen **Stimmen** die **absolute** Mehrheit der **Mandate** (mindestens 70 Prozent) gesichert wird. Auf diese Weise hofft man, auch nach dem Ausfall der Gemeindewahlen die oligarchische Diktatur für mehrere Jahre gesetzlich verankern zu können. Eine Beamten- oder Generalsregierung — man nennt vor allem Averescu — soll mit diesem Wahlgesetz die Wahlen durchführen. Gegenüber der gärenden Stimmung der Massen in den Dörfern und den Proletariervierteln der Städte droht man jetzt schon mit Terror von oben. Eine Armee von Gendarmen und Polizeibeamten wird bereitgehalten, um die „Ordnung" zu schützen. Ob der feingeschmiedete Plan gelingt, muß die nahe Zukunft lehren.

*

TU. **Bukarest**, 26. März.

Die Kammer nahm am Donnerstag als letztes Gesetz ihrer Wahlperiode das **neue Wahlgesetz** an. — Das Stimmrecht für **Frauen** wurde **abgelehnt**.

Die 61 **Präfekten** Rumäniens haben gestern ihre **Demissionen eingereicht**, die wegen des bevorstehenden Regierungswechsels auch genehmigt wurden. Heute findet der letzte Ministerrat statt. Im Anschluß daran wird das Gesamtkabinett vom König empfangen werden.

Abgelehnter Mißtrauensantrag im preußischen Landtag.

TU. **Berlin**, 25. März.

Im preußischen Landtag wurde heute in namentlicher Abstimmung das **kommunistische Mißtrauensvotum** gegen das preußische Staatsministerium mit 196 gegen 183 Stimmen der Rechten und der Kommunisten **abgelehnt**.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Georg Fuchs, Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Hugo Setzpfand in Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Wetter- und Mode- **Mäntel** im Spezial-Geschäft **Anacker** Neumarkt 3
in Loden — Gummi — Oelbatist — modernen Stoffen
Wetterfeste **Sport- u. Reisekleidung** Windjacken

Der Stadtauflage unserer heutigen Nummer liegt ein Prospekt der **Orientalischen Tabak- und Zigarettenfabrik „Penidze"**, Inh.: Hugo Ziegs, G. m. b. H., Dresden, (Salem-Zigaretten), bei.

Für die Abonnenten des Ost- und Südostbezirks liegt ein Prospekt vom **Kaufhaus Gebr. Bergmann**, L.-Volkmarsdorf, Eisenbahnstraße 84 (Ecke Kirchstraße), bei.

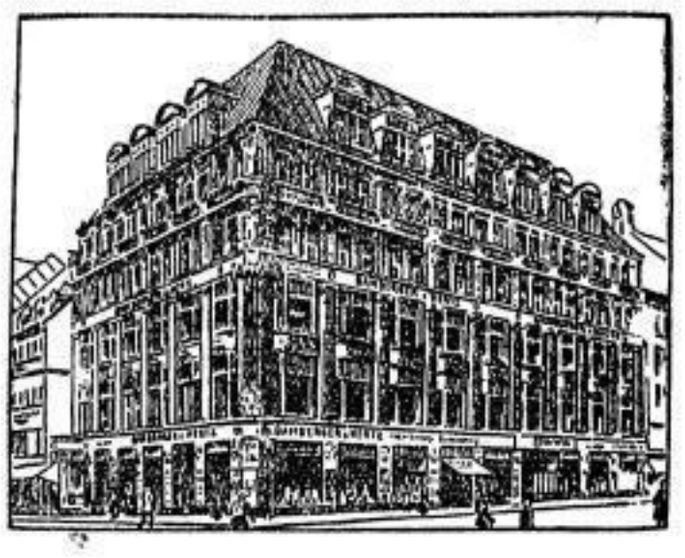
Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19260326/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die neuen Frühjahrs-Modelle

aller Abteilungen treffen jetzt täglich ein.

Unsere fertige Herren-Kleidung befriedigt auch den anspruchsvollsten Kunden. Die Gründe hierfür sind die hochwertige Arbeit, der flotte Sitz und die Qualität aller Stoffe und Zutaten.



Wir machen es unseren Angestellten zur besonderen Pflicht und erinnern sie fortgesetzt daran, jeden Kunden — auch wenn er nur eine Kleinigkeit kauft — so zu bedienen, daß er vollbefriedigt unser Haus verläßt.

Unsere Haupt-Preislagen für
Frühjahrs-Anzüge
Mk. 48.– 58.– 68.– 82.–
Extrafeine Qualitäten:
Mk. 97.- 115.- 135.- bis 180.-

Herren- und Knaben-Kleidung
Sport- und Loden-Kleidung
Schneiderei / Livreen.

Unsere Haupt-Preislagen für
Frühjahrs-Mäntel
Mk. 48.– 58.– 68.– 75.–
Extrafeine Qualitäten:
Mk. 97.- 115.- 135.- bis 195.-

Wir bitten um unverbindliche Besichtigung.

Bamberger & Hertz

Leipzig — Augustusplatz

Familiennachrichten.

Otto. Heinz

Die Geburt eines strammen Republikaners beehren sich hocherfreut anzuzeigen

Otto Hergett und Frau
geb. **Koch**
L.-Lindenau, Siemeringstr. 17, III. r

Zu Ostern Kalbsbraten amtl. vollw. gest. 5 kg Kolli 5.50, Keule 6.50 ℳ Nachn., H. Kropat, Schl. a. 1884, Pokraken, Ostp.

Telephonisch können Inserate nicht angenommen werden Expedition der Leipz. Volkszeitung.

Nach längerem Leiden, jedoch unerwartet, verschied Mittwoch abend im 52. Lebensjahre mein lieber guter Mann, unser treusorgender Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder und Schwager, der Werkmeister

Otto Grimm

Leipzig-Stötteritz, Eichstädtstraße 3, II.
In tiefer Trauer
Martha Grimm geb. Kühne.

Die Beerdigung findet Montag, den 29. März, vorm. 1/2 11 Uhr, auf dem Trinitatisfriedhof statt.

sind
„W.E.Z.-Zauberschatz-Sortimente"
10 Stück zu Mark 1.–, 1.50 und 2.–

Dieselben bringen den Raucher in den Genuß wirklicher Vorteile, welche an Zauberei grenzen.
Außerdem Riesenauswahl in edelsten Fabrikaten.
Filialen in allen Stadtteilen. Kenntlich durch Anschrift.

W.E.Z.-Tabakhaus GmbH.
Leipzig, Tröndlinring 1
Größtes Spezialhaus Mitteldeutschlands.

Für Ostern ein Diplomrad
20.– ℳ bei Mitnahme und 5 Raten à 20.–
In 2 Monaten 10 Prozent

Beste Markenausstattung
zweijährige Garantie
Conti-Reifen
Torpedo-Freilauf.

Schmidt
Fahrradgroßhandlung Barfußgasse 15

Zum Feste!
Schuhe
im
Konkurs-Ausverkauf
soweit Vorrat
beste Qualitäten
Damen-Lack- und Wildleder-Schuhe 11.50 Mk.
Turnschuhe
alles zu bill. Preisen
Kaiserstr. 5

Auf Kredit
Damen-Garderobe
mit kleiner Anzahlung
Scherbel
Katharinenstr. 20.

Ich bringe diese Woche, wie seit über 15 Jahren
bekannt gut u. billig

Kinderstiefel schwarz, kräftig . . . . . Gr. 22/24 nur	**2.45**
Rindbox-Kinderstiefel gute Qualität . . . . . Gr. 31/35 5.95, 27/30 nur	**5.45**
Burschenstiefel kräftige Ausführung . . . . . Gr. 36/39 nur	**6.90**
Damen-Halbschuhe in **Lack** und **Wildleder** als auch **feinfarbige Chevreaux**, in grau, braun, beige, haselnuß und anderen mod. Farben, alles L. XV.-Absatz . . . . . von	**10.90** an
Herrenhalbschuhe und -Stiefel bekannt gutes Fabrikat, in schwarz und braun, darunter auch mit Einsatz, alles Rahmenarbeit . . . . von	**12.50** an

Zur Konfirmation reiche Auswahl in
Halbschuhen u. Stiefeln für Mädchen u. Knaben

Schuhwarenhaus
Nur Windmühlenstr. 1–5 **M. Fried** Nur Windmühlenstr. 1–5

Beachten Sie bitte meine 4 Schaufenster u. 2 Schaukästen

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig.

Unsere Aktionäre werden hiermit zu der am **Dienstag, dem 20. April 1926, mittags 12 Uhr,** im Sitzungssaale unserer Bank, Leipzig, Richard-Wagner-Strasse 1, stattfindenden **siebzigsten ordentlichen Generalversammlung** eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlegung des Geschäftsberichts und des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1925 und Beschlussfassung über Genehmigung des Rechnungsabschlusses.
2. Beschlussfassung über die in Vorschlag gebrachte Verwendung des Reingewinnes.
3. Erteilung der Entlastung an den Vorstand und den Aufsichtsrat der Gesellschaft.
4. Wahlen in den Aufsichtsrat.
5. Satzungsänderung: Streichung des § 33.

Die Ausübung des Stimmrechts ist davon abhängig, daß die Aktien spätestens am 17. April 1926 zu diesem Zwecke hinterlegt werden:

bei uns in Leipzig oder bei einer unserer Niederlassungen,
bei der Direktion der Disconto-Gesellschaft in Berlin, Bielefeld, Braunschweig, Bremen, Breslau, Chemnitz, Dessau, Dresden, Elberfeld, Essen-Ruhr, Frankfurt a. M., Halle a. S., Hannover, Königsberg i. Pr., Lübeck, Magdeburg, Meiningen, München, Naumburg, Nürnberg, Stettin, Stuttgart,
bei der Amsterdamschen Crediet-Maatschappij in Amsterdam,
bei der Anhalt-Dessauischen Landesbank in Dessau,
bei dem Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer & Comp. in Düsseldorf, Barmen, Bielefeld, Bonn, Dortmund, Essen-Ruhr, Frankfurt a. M., Köln, Osnabrück,
bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank in München und Nürnberg,
bei der Braunschweigischen Bank und Kreditanstalt A.-G. in Braunschweig,
bei der Norddeutschen Bank in Hamburg, Hamburg,
bei der Oesterreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe in Wien,
bei dem A. Schaaffhausenschen Bankverein A.-G. in Köln, Crefeld, Düsseldorf und Aachen,
bei der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G. in Mannheim,
bei dem Bankhaus Altenburg & Lindemann in Naumburg a. S.,
bei dem Bankhaus S. Bleichröder in Berlin W 8,
bei dem Bankhause Hardy & Co., G. m. b. H., Berlin W 56,
bei dem Bankhaus Simon Hirschland in Essen-Ruhr,
bei dem Bankhaus Johann Liebieg & Comp. in Wien,
bei dem Bankhaus L. Wolfrum & Co. in Aussig (Elbe).

Bezüglich der Hinterlegung bei einem Notar wird auf die Vorschrift in § 8 Abs. 4 der Satzung verwiesen.

Die über die Hinterlegung ausgestellten Bescheinigungen dienen als Einlaßkarten zur Generalversammlung.

Leipzig, den 23. März 1926

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt.
Petersen. Dr. Schoen.

Freireligiöse Gemeinde
Bezirk Norden
Sonnabend, den 27. März, abends 1/2 8 Uhr, im **Nickau-Ausschank**
Mitglieder-Versammlung
Vortrag Peter:
Die freigeistige Bewegung in Deutschland.

Reformbetten-Rockstroh
Spez.-Etagengeschäft
Inselstr. 5, III.
Prima Qualitäten
Reichh. Musterlag.

Die Reichspost der Republik.

Unerbauliches aus dem Reiche Stingls.

Berlin, 25 März 1926.

Die Sitzung wird um 12¼ Uhr eröffnet.

Ein von fast allen Parteien beantragter Gesetzentwurf zur Ergänzung des **Besoldungsgesetzes**, wonach die Einreihung von Orten oder Ortsteilen in das **Ortsklassenverzeichnis** im Falle von Neuaufstellungen des Verzeichnisses durch den Reichsfinanzminister erfolgt, nach Maßgabe von Grundsätzen, die vom Reichsrat und einem Ausschuß des Reichstags festgelegt werden und nach denen das Ortsklassenverzeichnis bis spätestens zum 1. April 1928 neu aufzustellen ist, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Ein Gesetzentwurf, nach dem die Länder, Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften den Wohnungsgeldzuschuß und die Ortsklasseneinteilung für ihre Beamten und Lehrer nicht günstiger regeln dürfen, als es für die Reichsbeamten gleicher Besoldungsgruppen und gleicher Dienstaltersstufen an demselben Orte geschieht, wird in erster und zweiter Lesung verabschiedet.

Ein Gesetzentwurf zur **Abänderung des Gesetzes zum Schutze der Republik** bestimmt, daß die Strafsachen, die bisher beim Staatsgerichtshof verhandelt wurden, vom 1. April 1926 ab den zuständigen Gerichten zu überweisen sind, geht an den Rechtsausschuß.

Der Gesetzentwurf über die patentamtlichen Gebühren wird in allen drei Lesungen debattelos angenommen.

Ein Gesetzentwurf, wonach zur Forderung des Kleinwohnungsbaues 200 Millionen Mark im Wege des Kredits flüssig gemacht werden sollen, wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen verabschiedet.

Der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Entwurf eines **Sperrgesetzes für die Fürstenstreitsachen** wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Der Einspruch des völkischen Abg. Stöhr gegen einen ihm erteilten Ordnungsruf wird gegen die Völkischen und Kommunisten abgelehnt.

Nach der Erledigung eines Restes des Verkehrsetats folgt die 2. Beratung des **Haushalts des Reichspostministeriums und der Reichsdruckerei.**

Reichspostminister Dr. Stingl.

Die Reichspost will Helferin und Förderin sein für Wirtschaft und Verkehr. Mein Wirtschaftserlaß vom vorigen Jahre hat Anerkennung und Förderung durch Wirtschaft und Personal gefunden. Unser Ziel ist der großzügige Ausbau aller Verkehrseinrichtungen und die Schaffung aller nur irgend möglichen und finanziell tragbaren Verkehrserleichterungen. Im Mai soll eine besondere Wirtschaftstagung im Reichspostministerium stattfinden. Für die Wirtschaftsgebährung der Post sind unsere Leitsätze: Beweglichkeit und Anpassung auf allen Gebieten, offener Blick für die berechtigten Bedürfnisse der Wirtschaft, umfassende Auswertung für die Postwirtschaft, entschlossenes Handeln. Los vom Schema! Weg mit den Auswüchsen des Bureaukratismus in innerer Auffassung wie in äußerer Form! Die Reichspost stehe nicht im Dienst einzelner Parteien, Konfessionen oder Wirtschaftsrichtungen, sondern arbeite für die Volksgesamtheit. Das gelte auch für die Personalpolitik. Hier müsse für Auswahl, Beschäftigung und Beförderung ausschlaggebend sein; Befähigung, Tüchtigkeit, Zuverlässigkeit, Ehrlichkeit, Treue zu Volk und Reich. Das Postpersonal verdiene für seine pflichteifrige Tätigkeit Dank und Anerkennung. Es solle alles geschehen, um die Arbeitsbedingungen günstig zu gestalten. Für Wohnungsfürsorge, Tuberkulose-Bekämpfung und für sonstige Wohlfahrtseinrichtungen seien erhebliche Mittel ausgeworfen worden. (Beifall.)

Abg. Seppel (Soz.).

Dem Personal müsse der besondere Dank für die Pflichttreue ausgesprochen werden, die es der Reichspost und dem Volke gewidmet hat. In den letzten Monaten ist mit den Kräften des Personals geradezu Raubbau getrieben worden. Das gilt besonders für die Brief- und Paketzusteller. Der Redner zeigt an einem Beispiel, zu welchen Verhältnissen das vielgerühmte Scharze-System geführt hat. Gegen die damit verbundenen übertriebenen Maßnahmen müssen wir uns auf das allerschärfste wenden. Mit Sparmaßnahmen im Betriebe sind wir einverstanden, aber es darf kein Raubbau auf Kosten des Personals getrieben werden. Wir erheben Einspruch dagegen, daß durch die psychotechnische Prüfung für norddeutsche Beamte eine Ausnahmestellung geschaffen wird. Bei Erkrankungen von Beamten sind die unteren Besoldungsgruppen die Leidtragenden, weil für sie eine Vertretung nicht erfolgt.

Die Unterstützungsmittel sind zwar in diesem Jahre bedeutend erhöht worden, aber sie reichen noch nicht aus, und ihre Verteilung erfolgt ganz einseitig. Gegen die Auffassung, daß die unteren Besoldungsgruppen durch ihre Zugehörigkeit zur Krankenkasse nicht bedürftig seien, muß ich mich aufs schärfste verwahren. Leider sind die im vorigen Jahre gemachten Zusicherungen, daß in diesem Jahre die unteren Gruppen besser berücksichtigt werden sollen, nicht erfüllt worden. Die unteren Beamten klagen darüber ebenso, wie die höheren. Insbesondere die unteren Besoldungsgruppen haben die Auffassung, daß Sie (zum Minister) ihnen gegenüber ein Rabenvater sind. (Hört, hört! bei den Soz.) Bei der ungeheuren Ausnützung des Personals hätte man erwarten müssen, daß Sie auch den unteren Gruppen mehr Entgegenkommen zeigen würden. Der Minister hat im Hauptausschuß bestätigt, **daß er ein Gegner des Achtstundentages und des langen Urlaubs ist.** Er ist schon zweimal gefragt worden, wo die angeblichen Unterschreitungen des Achtstundentages stattgefunden haben, er hat darauf nicht geantwortet, ich frage ihn heute zum dritten Male danach. Das soziale Empfinden des Ministers drückt sich sehr eigenartig in einem Rundschreiben aus, wonach Urlaubsübertragungen während der Sommerferien durch 3 Stunden wöchentliche Mehrarbeit ausgeglichen werden sollen. Dagegen müssen wir uns auf das allerschärfste verwahren. Es ist mir unverständlich, wie man im Sommer verlangen kann, daß ein Besteller sein Revier noch vergrößern und mehr Dienststunden machen soll. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Ich hätte gewünscht, daß bei der Ernennung von leitenden Beamten auch die Treue zu Volk und Reich verlangt wird, sonst könnte man nämlich glauben, daß ein königlich bayrischer Minister seine Auswahl nicht nach republikanischen Gesichtspunkten trifft.

Der Abteilungsdirigent in Berlin, Weberstedt, der Bruder des Putschistenmajors Weberstedt, ist zum Präsidenten in Kiel befördert worden, derselbe Weberstedt, der beim Kapp-Putsch mit dem Stahlhelm die Diensträume betrat und sofort die Ueberwachung der demokratischen und sozialdemokratischen Parteibureaus und ihrer Zeitungen anberaumt hat. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Untersuchung ergab, daß er eine telephonische Anordnung des Generalkommandos ausgeführt hat. Aufrechte Beamte, die sich als Republikaner bekennen, werden nicht befördert. Der Grundsatz, daß die Verwaltung nicht politisiert werden soll, wird befolgt, soweit es **sich um Republikaner handelt.** Aber nicht, wenn es sich um Putschisten und Angehörige der Rechtsverbände handelt. In Bochum gab es einen Aushelfer,

der mit Wehrwolf-Abzeichen und Totenkopf einige Wochen lang in die Diensträume und auf den Bestellgang gegangen ist.

Als er von Republikanern aufgefordert wurde, die Abzeichen abzulegen, sagte er wörtlich: „Melden Sie das nur ruhig meiner vorgesetzten Behörde, der Postdirektion; besonders der Herr Postminister wird sich sogar darüber sehr freuen." Statt daß man aber diese Angelegenheit eingehend prüft, sucht der betreffende Referent im Ministerium jetzt nach dem Schuldigen, **der die Mitteilung gemacht hat.** In Baden ist ein Postinspektor mit 3 Mark Geldstrafe belegt worden, weil er einem Posthelfer ein Schreiben an den Abg. Steinkopf angefertigt hat. Das sind geradezu unerhörte Zustände. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wie verhält man sich aber, wenn es sich um republikanische Beamte handelt? Ein Anhänger des Zentrums hatte sich bei der Präsidentenwahl für das Reichsbanner eingesetzt. Auf eine Beschwerde des Stahlhelms und des deutschen Offizierbundes, wonach der betreffende Beamte den dörflichen Frieden störe, schickte die Oberpostdirektion sofort einen Bevollmächtigten durch das ganze Dorf, um Feststellungen zu machen. Die ganze Sache ist wie das Hornberger Schießen verlaufen und der Postdirektor, der die Untersuchung leitete, sagte zu dem Beamten, er nehme an, daß er davon keinerlei Gebrauch machen werde.

Herr Minister, Sie können sich nur dann das Vertrauen der Beamten erwerben, wenn Sie sie gleichmäßig behandeln. Ich glaube, der Worte sind genug gewechselt, lassen Sie nun endlich auch einmal Taten sehen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. **Bruhn** (Dtl.) wünscht eine bessere Postzustellung auf dem Lande. Auch die Festsetzung der Fernsprechstunden in den Landbezirken müßte mehr auf die Bedürfnisse der Teilnehmer Rücksicht nehmen.

Abg. **Allekotte** (Ztr.) begrüßt den Gesetzentwurf, der die Vergrößerung der Reichspostverwaltung um zwei Reichstagsabgeordnete vorsieht. Der Reichstag sei verpflichtet, die Rechte der Beamten wahrzunehmen und in der Tat habe der Beamtenausschuß dauernd eine große Arbeit zu erledigen.

Abg. **Morath** (D. Vp.) hält es für wünschenswert, daß die Ablieferungen der Post an das Reich dauernd durch Gesetz festgelegt werden. Die Post sollte ihren Anleihebedarf auf dem Auslandsmarkt zu decken suchen, die Postscheckgelder dürften dazu nicht in Anspruch genommen werden.

Abg. **Torgler** (Komm.) widerspricht der Auffassung, daß sich die Verhältnisse bei der Reichspost schon wesentlich gebessert hätten. So sei das Fernsprechwesen noch immer eine Einrichtung wesentlich für reichere Leute. Der Kraftpostverkehr müsse ausgebaut werden. Außerordentlich viel zu wünschen lassen noch die Personalpolitik übrig.

Abg. **Naschig** (Dem.) führt Klage darüber, daß die Postbestellung noch immer sehr mangelhaft sei. Es wäre zweckmäßig, den Ankunftsstempel, der vor einigen Jahren abgeschafft wurde, wieder zu verwenden.

Abg. **Henning** (Völk.) bringt Einzelwünsche für die Beförderungsverhältnisse bei der Post vor.

Abg. Steinkopf (Soz.).

Das Reich hat einen Anspruch darauf, aus seinem Kapital eine angemessene Verzinsung zu fordern. Wir möchten dem Minister den guten Rat geben, sich möglichst bald einen tüchtigen Finanzmann zu beschaffen. Er hat zwar gute Bureaukraten um sich, aber von finanziellen Fragen findet man bei ihnen keinen blassen Schimmer. Wir sind der Ansicht, daß man einen Uebergang zwischen kurzfristigen und langfristigen Anleihen durch die Ausgabe von Postkassen-Anweisungen schaffen kann. Der Reichspostminister ist der einzige von den Ministern in der demokratischen Republik, bei dem eine eigentliche Kontrollinstanz fehlt. Jetzt weiß man gar nicht, ob man überhaupt noch eine Kritik an der Postverwaltung üben darf. Der Reichstag könnte zwar dem Minister das Gehalt verweigern, sonst hat er ihm aber nichts zu sagen. Seit Jahren haben wir schon eine einheitliche Reichspost. Aber die Post in Bayern und Württemberg ist so partikularistisch, daß man dort von eigenen Verwaltungen sprechen kann. Von einem Verwachsensein mit der deutschen Reichspost ist dort nichts zu merken. Bisher haben wir uns vergeblich bemüht, diese Zustände zu beseitigen. Der Minister bemüht sich leider nicht, die Rechte des Reiches in der notwendigen Weise zu wahren. Der Redner wendet sich zum Schluß gegen den Widerhall, den die Rede des Reichsinnenministers Külz über die Pflichten der Beamten bei den höheren Postbeamten gefunden hat. Er verliest eine Aeußerung aus ihrem Organ, die sich gegen die Auffassung wendet, als ob die Beamten sich rückhaltlos auf den Boden des republikanischen Staates stellen müßten und verlangt vom Minister, daß er auf die Unverschämtheit der höheren Beamten die verdiente Antwort gibt.

Abg. **Harmony** (Dntl.) unterstützt eine Entschließung des Ausschusses, wonach diesen Mitgliedern die Niederschriften über die Verhandlungen des Postverwaltungsrats zugängig gemacht werden sollen.

Abg. Passehl (Soz.).

Die Ueberschüsse von 11 Mill. Mark, die der Rundfunk ergibt, stammen zu einem erheblichen Teile aus den Kreisen der minderbemittelten Bevölkerung. Aus dieser Tatsache müßten die Folgerungen gezogen werden. Der Redner fragt den Minister, ob er bei der Umorganisation der Funkgesellschaften der Reichspost den bestimmenden Einfluß gesichert habe, um dadurch einmal dem Reich höhere Ueberschüsse aus dem Rundfunk zu verschaffen und die Programme in kultureller Beziehung zu beeinflussen. Die Geschäftsführer und einzelne Leiter der Rundfunkgesellschaften haben heute Bezüge, die die Ministergehälter erreichen, ja sie sogar übersteigen. Dagegen gibt es bei ihnen noch Angestellte, die unter den sonst in ihren Berufen üblichen Bezügen entlohnt werden.

Reichspostminister Dr. Stingl.

Er behauptet, daß der Dienstplan nicht so ungünstig sei, wie es hier dargestellt würde. So betrage die durchschnittliche Dienstzeit im Reich nach Abzug der Pausen 42—43 Stunden. Beim Rundfunk müßten die Wünsche der gesamten Bevölkerung erfüllt werden, die Wünsche einzelner Parteien oder Organisationen könnten nicht berücksichtigt werden. Die Programme des Rundfunks sollen vor allem in kultureller Beziehung ausgebaut werden. Die Leiter der Rundfunkgesellschaften erhalten, soweit er unterrichtet sei, nur die üblichen Gehälter. Mit der Herabsetzung der Gebühren habe man bisher keine günstigen Erfahrungen erzielt.

Außer den Inflationsländern hatten nur noch Amerika und Deutschland das alte Briefporto. Der Brief koste, wie vor dem Kriege, nur 10 Pfg., dabei seien alle Produkte und Rohmaterialien erheblich im Preise gestiegen. Große Heiterkeit entsteht, als der Minister die Erörterung von Beschwerden über Bayern mit der Bemerkung beginnt: „Bayern, ich bitte um Entschuldigung, wenn

Die richtige Mittelpreislage

in Anzügen und Mänteln pflegen wir ganz besonders. Mehr denn je müssen Sie in der heutigen Zeit darauf achten, daß Sie für den denkbar niedrigsten Preis das denkbar Beste kaufen.

Moderne Herren-Anzüge
in neuen ein- und zweireihigen Formen, aus eleganten Cheviot-, Gabardine- und Kammgarnstoffen, mustergültiger Sitz, beste Verarbeitung 29.- 39.- 49.- 59.- bis 98.-

Neue Übergangs-Mäntel
zweireihig mit Rückengurt und Quetschfalte in modernen glatten Stoffen, Gabardine, Whipcord und Covercoat 39.- 45.- 59.- 65.- bis 98.-

Solide Sport-Anzüge
in starkem Cheviot, Cord, Whipcord und Gabardine, moderne Formen, teilweise mit zwei Hosen 39.- 49.- 59.- 69.- bis 98.-

Herren-Hüte
Wollfilz moderne Farben 6.50 5.60
Wollfilz neueste Formen 7.50 6.90
Wollfilz mod. Kleppränder 9.50 8.60
Haarfilz in vielen Farben 13.50 11.50

Herren-Wäsche
Oberhemden mit 1 steif. u. 1 weichen Kragen 6.50 4.90
Oberhemden mit 2 Krag. neueste Karos 8.90 7.50
Oberhemden weiß mit Umschlage-Manch. 8.60 6.90
Oberhemden weiß mit guten Ripseinsätzen 10.50 8.90

Hollenkamp
Leipzig, Brühl 28-32

ich diesen Ausdruck in den Mund nehme." Die Beschwerden des Abg. Steinkopf über den bayrischen und württembergischen Partikularismus seien unbegründet. Die Postgebäude in Bayern hätten bei festlichen Gelegenheiten schwarzrotgold geflaggt. (Stürmischer Widerspruch links.) Der Minister erklärt, er habe selbst am Volkstrauertag die schwarzrotgoldene Fahne halbmast an der Münchner Hauptpost gesehen. Zu dem vom Abg. Seppel angebrachten Fall des Kappisten Weberstedt sagt der Minister: Es widerstrebe ihm, Personalverhältnisse im Reichstag zur Sprache zu bringen. Es sei nicht vorgemerkt, welcher Partei ein Beamter angehöre. Weberstedt sei befördert worden, weil er den dienstlichen Anforderungen entsprochen habe. Der Minister sprach die Hoffnung aus, daß es im nächsten Jahre gelingen werde, mehr für Breslau zu tun. Der Abg. Seppel habe nicht das Recht, ihn so anzugreifen, wie er das heute getan habe. **Es könne nicht geduldet werden, daß ein untergeordneter Beamter einen Vorgesetzten in der Oeffentlichkeit herabsetze.** (Da sich diese Bemerkungen gegen den Abg. Seppel, der Postbeamter in Breslau ist, zu richten scheinen, entsteht auf der Linken lebhafte Unruhe, während die Rechte dem Minister beipflichtet.) Abg. Seppel möge nur immer darauf loswettern, er bleibe immer im rechten Geleise. (Bravo!)

Abg. **Lucke** (Wirtschaftl. Vgg.) wünscht eine bessere Bezahlung der Nachtarbeit der Postbeamten.

Damit schließt die Aussprache. — Der Haushalt des Reichspostministeriums wird nach den Beschlüssen des Hauptausschusses verabschiedet. —

Gegen 7½ Uhr vertagt sich das Haus auf Freitagmittag 12 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Haushaltsberatung. Außerdem einige kleinere Vorlagen.

Der Auflösungsantrag im Landtage.

178. Landtagssitzung, Donnerstag, 25. März, nachmittags 1 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Innenminister **Müller** eine Erklärung über **Massenerkrankungen von Polizeibeamten** beim Besuch des Reichspräsidenten zur Leipziger Messe. Eine Anzahl Polizeibeamter hat Darmkatarrh bekommen; gewissenhafte Untersuchung; die Speisen sind nicht verdorben. Weitere Untersuchung mit dem Resultat, den Speisen war ein Abführmittel zugesetzt. — Ob eine strafbare Handlung aus politischen Motiven vorliegt, wird untersucht. — Dazu nimmt der Innenminister vor dem Landtage zu einer feierlichen Erklärung das Wort!

Der Auflösungsantrag.

Hierauf schlug Präsident **Winkler** vor, den Auflösungsantrag Arzt und Genossen an fünfter Stelle zu behandeln. — **Bethke** stellte den Antrag, den Auflösungsantrag als Punkt 1 der Tagesordnung in Beratung zu nehmen. Genosse **Edel** beantragte, den Auflösungsantrag als Punkt 7, also nach Erledigung der Anträge zur Erwerbslosenfürsorge zu behandeln, da das größte sachliche Interesse bestehe, daß der Landtag noch vor seiner Auflösung oder Vertagung hierzu Stellung nehme. Außerdem beantragte Edel, den Bericht des Rechtsausschusses zu den Amnestieanträgen ebenfalls noch auf die heutige Tagesordnung zu setzen.

Der Präsident bemerkte dazu, daß nach dem Beschluß des Vorstandes die Amnestiefrage in der ersten Sitzung nach Ostern, am 15. April, zur Beratung kommen soll.

Die Mehrheit des Hauses entschied sich für den Antrag Bethke. Demnach kommt der Auflösungsantrag an erster Stelle zur Behandlung.

Gegen den weiteren Antrag Edel, die Amnestiefrage ebenfalls noch heute zu behandeln, erhob Abg. **Blüher** (D. Vp.) Widerspruch. Infolgedessen konnte nach der Geschäftsordnung diesem Antrage nicht entsprochen werden.

Genosse Liebmann

begründet den Antrag. Meine Freunde aus der sozialdemokratischen Fraktion haben den Antrag auf Auflösung des Landtages gestellt, weil wir der Auffassung sind, daß der Landtag durch die Beschlüsse, die in der letzten Zeit in den Ausschüssen gefaßt worden sind, und durch die Anträge, wie wir sie heute unter Punkt 6 der Tagesordnung zu behandeln haben, den Beweis geliefert hat, daß er die Aufgaben, die er in der Zeit der bittersten Not weiter Massen der Bevölkerung zu erfüllen hat, nicht erfüllen kann.

Durch das, was in den Ausschüssen mit den sozialdemokratischen Anträgen zur Linderung der Not gemacht worden ist, ist

der Zweck der Anträge vereitelt

worden. Die Ausschüsse haben bei ihren Beratungen die Anträge so verwässert, wie es Herr Blüher bei der ersten Beratung angekündigt hat. Er hat gesagt, wir wollen sehen, daß wir aus diesen Anträgen etwas Vernünftiges machen. Was dabei herausgekommen ist, ist das, was man erwarten mußte, wenn der Führer der Deutschen Volkspartei etwas vernünftig nennt. Es ist das nämlich vernünftig im Interesse der besitzenden Klasse geworden, es ist aber nicht vernünftig in dem Sinne, wie wir ihn aufgefaßt haben, daß bei den Anträgen wirklich eine tatkräftige Hilfe für die Arbeiterschaft, für die Erwerbslosen usw. herauskommen sollte.

Ich glaube, es ist nicht notwendig, über die entsetzliche Not der Arbeitslosen, der Kurzarbeiter und all derer, die durch die Einlegung von Feierschichten durch die Teuerung und dergleichen mehr in eine solche Situation gekommen sind, daß sie kaum noch das Notwendigste haben, um das nackte Leben zu fristen, zu sprechen. Das sind die Folgen der kapitalistischen Ausbeutungspolitik, die im Reiche betrieben worden ist. Das sind die Folgen des Kurses, den die Deutsche Volkspartei im Reiche diktiert hat, die Folgen des Rechtskurses, der sich in ihrer unendlichen Menge von Steuern im Reiche ausgewirkt hat und die breite Masse der Bevölkerung belastet. Was wir in der Reichspolitik sehen, ist nichts weiter als eine skrupellose Ausnutzung der politischen Macht zur Bereicherung der besitzenden Klassen und zur restlosen Aufbürdung der Staatslasten auf die breite Masse der Bevölkerung, und die Not und alle die Dinge, die sich nachher ausgewirkt haben, sind eine unmittelbare Folge dieser verhängnisvollen Reichspolitik.

Unser Streben war es, weil wir im Landtage ja immerhin eine proletarische Mehrheit haben, eine Mehrheit von Arbeitervertretern, wenigstens in Sachsen, soweit die Landesselbständigkeit es ermöglicht,

der verhängnisvollen Reichspolitik dadurch einigermaßen entgegenzuwirken, daß wir von Landeswegen aus Mitteln des Landes für die Opfer dieser Wirtschaftspolitik des Reiches soviel als möglich tun wollten, um eine Linderung dieser Not zu erzielen.

Das war der Zweck unsrer Anträge, die wir am 2. Februar gestellt haben, und daher sind wir auch damals den kommunistischen Anträgen entgegengetreten, die erneut eine sofortige Auflösung des Landtages durchführen wollten. Wir wollen erst, daß die Mittel, die von Landes wegen flüssig gemacht werden können, auch tatsächlich zur Linderung der Not der Besitzlosen und in Not Geratenen flüssig gemacht werden. Das war unsere Einstellung bei der Ablehnung des kommunistischen Antrages, von der wir ausgingen.

Es hat sich nun tatsächlich herausgestellt, wie ich das schon hervorgehoben habe, daß bei den Ausschußberatungen die Richtlinien verfolgt worden sind, die Herr Blüher als die Grundlage für die Beratungen gegeben hat, was nämlich dabei herausgekommen, sind keine Ausgaben, die aus Landesmitteln bestritten werden. Ja, wenn man allerdings als Erfolg buchen will, daß die 757 000 Mark, die man hätte sparen wollen vom vorigen Jahre, nicht gespart worden sind, wenn das ein Erfolg sein soll, so muß man sagen, daß uns das insgesamt an unserem Urteil über den Landtag gar nicht irre zu machen vermag. (Sehr richtig! links.)

Der Landtag hat mit diesen Ausschußbeschlüssen mit der Tatsache, daß er sich entschieden hat, nichts für die Erwerbslosen zu tun nach unsern Anträgen, sich selber das Urteil gesprochen, er hat keine Existenzberechtigung mehr

(Lebhafte Zustimmung links), und ebenso die Regierung, die ja hergetreten ist und bei der ersten Beratung unserer Anträge die Richtung angegeben hat, in welcher Weise diese Anträge verhandelt werden sollen, indem sie erklärt hat: Wir haben kein Geld. Die Regierung hat hier alles aufgezählt, was in der Richtung unsrer Anträge geschehen soll. Wir wußten schon, was im Etat vorgesehen ist, und wenn inzwischen die Summen erhöht worden sind dadurch, daß das Reich bestimmte Summen, an denen auch Sachsen einen Anteil hat, für den Wohnungsbau usw. zur Verfügung gestellt hat, so ändert das selbstverständlich nichts an unserer Entscheidung über das, was wir über die Ausschußbeschlüsse zu sagen haben, denn gerade darauf kam es uns an, daß der Landtag von sich aus, aus Landesmitteln selber dazu beitragen solle, die Not zu lindern.

Nicht nur der Landtag, sondern

auch die Regierung hat sich als unfähig erwiesen, ihre Aufgabe, in dieser Zeit der bittersten Not weiten Kreisen zu helfen, zu erfüllen.

Ebenso wie hier im Landtag von den bürgerlichen Parteien unter Führung des Abg. Blüher und des Ministers Dr. Dehne dargelegt worden ist, daß man Mittel für diese Zwecke nicht zur Verfügung habe, ebenso hat die Regierung auf der anderen Seite bewiesen, wofür sie in Wirklichkeit Mittel hat. In dem gleichen Atemzug, in dem der Herr Finanzminister hergetreten ist und gesagt hat: wir haben kein Geld, in der gleichen Situation sind im Landtag eine Menge Steuervorlagen gebracht worden, deren Kern darauf hinausläuft,

den Besitzenden riesige Steuererleichterungen

zukommen zu lassen. Das ist auch wiederum nichts anderes als die Uebernahme der Reichspolitik auf die sächsische Politik.

In den neuen Steuervorlagen ist eine riesenhafte Steuererleichterung für die Besitzenden enthalten. (Zuruf b. d. D. Vp: Ausgeschlossen!) Die Gewerbesteuer hat im Jahre 1924 erbracht 29,8 Millionen, und jetzt sollen nach der Gewerbesteuervorlage 15 Millionen erbracht werden. Dabei steht es so, daß in der Vorlage vorgesehen ist, den Kreis der Steuerpflichtigen zu erweitern. Merkwürdigerweise werden die Leute zur Gewerbesteuer herangezogen, die bisher in der Steuergesetzgebung frei waren. Dafür wird aber die Landwirtschaft von der Gewerbesteuer freigelassen. Der Erfolg davon ist: man holt die Konsumvereine, die Arbeiter zur Steuer heran, man holt die selbständigen Berufe, die bisher in dem Umfange nicht zur Steuer herangezogen wurden, zur Steuer heran, man holt die Gemeinde- und Staatsbetriebe zur Steuer heran und erreicht damit, daß insgesamt 15 Millionen Ertrag bei der Gewerbesteuer erzielt werden, d. h., man verzichtet auf den Einzug von 14,9 Millionen, d. h. von ungefähr der Hälfte der Gewerbesteuer, und zwar in einem Augenblick, wo man den Kreis erweitert. Hier, wo es sich darum handelt, Geld für die Linderung der Not der Aermsten des Volkes zu schaffen, sagt man: wir haben kein Geld.

Dasselbe Schauspiel ergibt sich bei der Grundsteuer. (Oho! rechts.) Die Berechnung der Grundsteuer läuft darauf hinaus, daß im Jahre 1924 nach dem jetzt geltenden Satz 10 Millionen 600 000 Mark Grundsteuer eingegangen sind. Nach der jetzigen Vorlage sollen 10 Millionen Grundsteuer erbracht werden. (Zuruf rechts: 25 Millionen!) Nach Ihrer Berechnung! (Zuruf rechts: Das steht in der Vorlage!) In der Vorlage sind 10 Millionen berechnet. Dazu kommt noch, daß man neben der Erweiterung des Kreises der Steuerpflichtigen durch die freien Berufe die Landwirtschaft nicht zur Gewerbesteuer heranziehen will, daß die Landwirtschaft also das, was sie ohnehin bei der Grundsteuer zu wenig zahlt, bei der Gewerbesteuer noch geschenkt bekommt.

Obendrein wird ihr auch in der Vorlage über die Aufhebung der Zugtiersteuer ein Teil der Steuern geschenkt. Zusammengefaßt kann man auch sagen: die Regierung hat nicht nur gezeigt, daß sie nicht daran denkt, der Not der Erwerbslosen zu steuern, daß sie ihrer besten Aufgabe in dieser fürchterlichen Situation nicht gerecht wird, obwohl wir im Landtag eine Mehrheit von Arbeitervertretern haben; und in Verbindung mit dieser Tatsache und mit dem Steuerbündel, das hier vorgelegt worden ist, ergibt sich, daß tatsächlich

dieser Landtag, obwohl er eine Mehrheit von Arbeitervertretern hat, nichts weiter als eine Mehrheit zur Wahrung der Interessen der Bürgerlichen

ist. Angesichts dieser Tatsache haben wir ein dringendes Interesse daran, das Volk zur Entscheidung über das Wirken dieses Landtags aufzurufen, und deshalb verlangen wir die Auflösung des Landtags.

Wir wollen damit auch

die politische Klarheit

schaffen, die endlich in Sachsen notwendig ist; wir wollen Klarheit schaffen, die sich schon aus der Tatsache ergibt, daß wir hier im Landtage jahrelang eine Regierungsmehrheit und eine Regierung selbst haben, die von weiten Kreisen der Bevölkerung nicht des Vertrauens gewürdigt wird.

Es wird jetzt die höchste Zeit, den Landtag aufzulösen; und da der Landtag ohnehin in diesem Jahre zu Ende gehen muß und alle die Herren, die sich so tapfer an ihre Spitze geklammert haben, in diesem Jahre herausgehoben werden, aus dem Grunde soll mit dem grausamen Spiel jetzt ein Ende gemacht werden. Das Volk soll die Möglichkeit haben, über das, was der Landtag in dieser Situation nicht getan hat, Gericht zu halten und ein Urteil zu fällen. Wir sind überzeugt, daß das, was dieser Landtag nicht mehr leisten wird und kann, in einem neuen Landtag ganz glatt für die Interessen der breiten Massen der Bevölkerung und für das gesamte Sachsenvolk in der Weise, wie wir es auffassen, erfüllt wird.

Aus dem Grunde haben wir diesen Antrag auf Auflösung gestellt. Wir verlangen auch, daß dieser Antrag in Schlußberatung genommen wird, und daß er keine weitere Verzögerung erfährt. Wir wollen nicht, daß dieses Täuschungsmanöver vor dem Lande aufgespielt wird. Wir wollen eine klipp und klare politische Entscheidung, wir wollen die Landtagsauflösung! (Bravo! bei den Linkssoz.)

Der Kommunist **Böttcher** benutzte die Gelegenheit zu einer regelrechten Attacke gegen die Sozialdemokratie, die aber durchaus nichts Neues brachte. Er wies darauf hin, daß bei einer Zugrundelegung der Ziffern des Volksbegehrens Landtagsneuwahlen 58 sozialistische und kommunistische und nur 38 bürgerliche Abgeordnete ergeben würden. Er griff dann die Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an, von der er behauptete, daß sie die Politik der Dreiundzwanzig sei. Die Rede Liebmanns sei der Versuch gewesen, die Arbeiterschaft über die wahre Lage in der Sozialdemokratie hinwegzutäuschen, wie überhaupt die linkssozialdemokratischen Führer in Sachsen ein Doppelspiel trieben.

Bethke gab folgende Erklärung ab:

„Der sozialdemokratische Reichsparteitag in Heidelberg hat in der Frage der Landtagsauflösung klar und eindeutig entschieden, daß die Auflösung des Landtags nur aus politischen Gründen erfolgen dürfe. Ein politischer Grund, der eine Auflösung rechtfertigen könnte, liegt nicht vor. (Hört, hört! links)

Sodann hat ein Redner der Fraktionsminderheit in der Sitzung des Landtags vom 5. Februar auf die Forderung der Kommunisten, den Landtag sofort aufzulösen, erklärt, daß es eine Frivolität wäre, wolle man im Hinblick besonders der Wohnungslosen dem Willen der KPD. stattgeben, bevor der Landtag die Wohnungsfrage gelöst habe. Eine solche Lösung muß erst erfolgen.

Endlich hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion einmütig beschlossen, vor der Auflösung des Landtags eine Anzahl Gesetze, darunter das Baugesetz, das Bodensperrgesetz, das Fideikommißgesetz, sowie bestimmte eine Anzahl für die Arbeiterklasse wichtige Etatskapitel zu verabschieden. Alle diese Gesetze sowie einige Etatskapitel harren jedoch noch ihrer Erledigung. Aus all diesen Gründen wird die Fraktionsmehrheit gegen den Antrag auf Auflösung stimmen."

Genosse **Liebmann** erklärte in seinem Schlußwort: Wenn das alles, was Bethke aufgezählt habe, noch zur Erledigung kommen solle, so sei es möglich, daß es selbst bei Beendigung der Legislaturperiode, weil noch immer Arbeitsreste vorhanden sind, noch nicht zur Auflösung kommt. Wir erblicken den politischen Grund für die Landtagsauflösung darin, daß Landtag und Regierung bewiesen haben, daß sie nicht daran denken, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung in dieser Zeit schwerster Not wahrzunehmen. Dann rechnete Liebmann noch gebührend mit dem kommunistischen Sprecher ab.

An der Abstimmung nahmen 87 Abgeordnete teil. Davon stimmten mit ja 27, mit nein 60. Der Auflösungsantrag ist also abgelehnt.

Darauf wurde in die Erledigung der übrigen Tagesordnung eingetreten. Zunächst wurden verschiedene Haushaltkapitel verab-

Ich unterhalte in Berlin einen eigenen Betrieb zwecks Herstellung von Herren-, Burschen- und Jünglings-Konfektion. Der Zweck der Selbstverarbeitung ist unbedingt nicht die Erzielung eines größeren Nutzens, vielmehr die

Verbilligung der Ware für den Verbraucher

Die von mir angefertigte Konfektion (nur die Preislagen von Mk. 33.— aufwärts) ist in Meister- und Gesellenarbeit hergestellt, daher der unvergleichlich gute Sitz und die modernen Großstadtformen. Trotz dieser für den Verbraucher unschätzbaren Vorteile stehen meine Preise in Konkurrenz mit den niedrigsten im ganzen Reiche. Die Unabhängigkeit von den Fabrikanten ermöglicht mir die Unterhaltung eines überaus großen Lagers. Die Auswahl — auch für schlanke oder starke bzw. untersetzte Figuren — ist demzufolge überraschend groß.

Herren-Mäntel .... Mk. 19.– 23.– 31.– 39.– 46.– 49.– 54.– 59.– 63.– 69.– 76.– 83.– 89.– 98.–
Herren-Anzüge .... Mk. 15.– 24.– 33.– 39.– 47.– 53.– 59.– 64.– 73.– 78.– 85.– 89.– bis 110.–
Konfirmanden-Anzüge ..... Mk. 15.– 23.– 27.– 31.– 35.– 39.– 42.– 45.– 49.– 53.– 59.–

Herren-Hosen .. Mk. 2.90 bis Mk. 24.–
Leder-Jacken .. Mk. 59.– bis Mk. 106.–
Gummimäntel .. Mk. 19.– bis Mk. 59.–
Jünglings-Anzüge Mk. 11.50 bis Mk. 39.–
Knaben-Anzüge Mk. 3.75 bis Mk. 24.–
Herr.-Wind-Jacken Mk. 8.75 bis Mk. 24.–
Leibchen-Hosen .. Mk. 1.30 bis Mk. 7.–
Knie-Hosen .... Mk. 2.40 bis Mk 9.50
Chauffeur-Anzüge Mk. 47.– bis Mk. 96.–

Echt Continental
Leipzig, Roßplatz 1

Friedrich Treumann

Im Hotel „Grüner Baum"
neben der Markthalle.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19260326/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

schiedet. Das Gehalt des Finanzministers wurde gegen die Stimmen der Linkssozialisten und Kommunisten bewilligt.

Den wichtigsten Beratungsgegenstand bildete der Ausschußbericht über die Anträge Böttcher (Komm.), Arzt (Soz.) und Kuntzsch (Dnat. Vp.) zur

Bekämpfung der Erwerbslosennot.

Der Ausschuß beantragte, sich damit einverstanden zu erklären, daß Kapitel 36 A Titel 11 des Staatshaushaltplanes um 16 Millionen Mark überschritten wird. Was sonst noch vorgeschlagen wurde, waren verhältnismäßig geringfügige Erhöhungen der Einstellungen bei einigen andern Kapiteln, und die Ermächtigung für die Regierung, die Gelder schon vor Beginn des Haushaltjahres 1926 auszugeben. Weiter wurde beantragt, den Antrag Arzt durch die gefaßten Beschlüsse für erledigt zu erklären und den Antrag Böttcher abzulehnen.

Ein Minderheitsantrag Weckel-Schilling

erstrebte die Annahme des Antrags Arzt, wonach die Regierung ersucht wird,

a) zur Linderung der Not der Erwerbslosen den Gemeinden zehn Millionen Reichsmark für Notstandsarbeiten zur Verfügung zu stellen. Die Verteilung der Mittel an die Gemeinden erfolgt nach der Erwerbslosenzahl vom 15. Januar 1926;

b) zur Unterstützung der durch die allgemeine Wirtschaftskrise in Not Geratenen gleichfalls die Summe von zehn Millionen Reichsmark zur Verfügung zu stellen.

Die Kommunisten hatten ebenfalls einen Minderheitsantrag eingebracht, der ihrem früheren Antrag entsprach.

Genosse Dennhardt

als Berichterstatter stellte fest, daß die Regierung im günstigsten Falle 5 Millionen Mark im Etat eingestellte Mittel im Sinne unseres Antrages verwendet. Aus dem Staatsvermögen, wie wir es beantragt haben, wird nur 1 Million anstatt der geforderten 20 Millionen verwendet.

Der Mitberichterstatter **Blüher** (D. Vp.) wollte glauben machen, daß der Ausschußantrag ein praktisches Mehr gegenüber den Anträgen Arzt und Böttcher bringe, die nichts weiter als Agitationsanträge gewesen seien.

Dann sprach **Lieberasch** über eine Stunde, wobei er wieder einmal die Sozialdemokratie vernichtete und mit der Tribüne liebäugelte. Als Lieberasch geredet hat, wurden von kommunistischen Tribünenbesuchern Droh- und Schimpfworte in den Saal hinuntergerufen. Da keine Ruhe eintrat, ordnete Vizepräsident **Dr. Hübschmann** eine kurze Unterbrechung der Sitzung zwecks Räumung der Tribünen an.

Genosse Weckel

wandte sich in scharfer Weise gegen Lieberasch, dessen Rede zu 99 Prozent im Kampf gegen die Sozialdemokratie eingestellt gewesen sei. Im Ausschuß sei nichts davon zu bemerken, daß die Interessen der Erwerbslosen von den Kommunisten anders vertreten werden, als von den Sozialdemokraten. Der Skandal auf der Tribüne sei eine bestellte Arbeit gewesen. Herr Blüher habe seinerzeit erklärt, aus den Anträgen etwas Vernünftiges machen zu wollen. Wenn man sich aber daraufhin die Ausschußanträge ansieht, so ergäbe sich, daß die wichtigsten Punkte nichts weiter sind als Titel aus dem Etat. Was sonst noch angeführt wird, ist nichts weiter als Formalität. Am Schlusse seiner Ausführungen trat Weckel nochmals dafür ein, daß außerhalb der von Blüher beantragten Mittel noch weitere 20 Millionen Mark bereitgestellt werden.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wurden alle Minderheitsanträge abgelehnt und darauf die Ausschußanträge angenommen.

Die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit hat geschlossen gegen die Anträge der sozialdemokratischen Landesversammlung gestimmt.

Zugestimmt wurde dem Entschließungsantrag Point.

Für die Fertigstellung der Eisenbahn Wurzen—Eilenburg wurde nach der Vorlage ein Darlehen von drei Millionen Mark bewilligt.

Endlich wurde auch noch die Vorlage auf Uebernahme einer anteiligen Garantie des sächsischen Staates für Ausfuhrgeschäfte nach Rußland verabschiedet. Bezeichnenderweise stimmten die Kommunisten dagegen.

Die nächste Sitzung findet nach Ostern, am 15. April, statt.

Aus der Umgebung.

Werbeveranstaltungen der Sozialistischen Arbeiter-Jugend.

Taucha. Sonnabend, 27. März, ½8 Uhr abends, im Löwen.
Lindenthal. Sonntag, 28. März, 7 Uhr abends.

Wir ersuchen unsere Leser und Parteigenossen recht zahlreich mit ihren schulentlassenen Söhnen und Töchtern zu erscheinen.

Gautzsch, Oetzsch-Markkleeberg, Gaschwitz, Großdeuben, Pödel und Zöbigker. Die Jugendweihe findet am Sonntag, 28. März, nachmittags ½2 Uhr, im Saale der Linde in Oetzsch statt. Die Beteiligten treffen sich pünktlich an den bestimmten Orten.

Oetzsch-Gautzsch-Zöbigker. Eine am 13. März 1926 stattgefundene außerordentliche Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit der Krise in der GPF. Einstimmig wurde der **Austritt aus der GPF.** und Anschluß an den Bund sozialistischer Freidenker beschlossen.

Rötha. Die Jugendweihe findet Sonntag, den 28. März, 10 Uhr vormittags im Gasthof Drei Rosen statt. Abends 7 Uhr findet daselbst eine Nachfeier statt. Hierzu werden die Eltern sowie alle Genossen freundlichst eingeladen.

Quasnitz. Die Jugendweihe für Quasnitz-Lützschena findet Sonntag, den 28. März, vormittags 10 Uhr, in der Turnhalle statt. Die Kinder treffen sich ½10 Uhr in der Schule Quasnitz.

Kunzhain. Aus dem Gemeindeparlament. Das Kollegium nahm Kenntnis davon, daß der Rechtsanwalt Hahnemann-Leipzig es ablehnt, auf eine Herabsetzung der Gebühren der Schiedsgerichtssache mit der Energie-A.-G. einzugehen. Die Hundesteuer wird 1926/27 auf 9 Mk. pro Hund festgesetzt. — In den Steuerausschuß des 21. Steuerbezirks werden vorgeschlagen: für Landwirtschaft und Hausbesitz Voigt und Plaare, für Industrie und Gewerbe Pauli und Drogeriebesitzer Müller, als Vertreter der Beamten und Arbeiter Oberlehrer Siegmund und Otto Pfefferkorn. Dieser Vorschlag wurde mit 6 Stimmen der Bürgerlichen gegen die 5 Stimmen der Linken angenommen. Der Vorschlag unsrer Genossen fand keine Beachtung. An Stelle des ausgeschiedenen Herrn Heil wurde Oswald Heinold (KPD.) in den Wegebau-, Schul- und Wohlfahrtsausschuß gewählt. Da Landwirt H. Arnold das Amt des stellvertretenden Standesbeamten nicht annimmt, wird die Erledigung dieser Sache vertagt. Die Durchberatung des Haushaltplans 1926/27 wird zurückgestellt. Der Bau und die Frage der Finanzierung eines Wohnhauses wird dem Finanzausschuß überwiesen. Wegen des Kaufs einer Kiesgrube soll mit den Barthmuschen Erben in Verbindung getreten werden.

bs. **Lieberwolkwitz.** Gemeindeverordnetensitzung. Ein Dringlichkeitsantrag fordert einmütigen Protest bei der sächsischen Regierung gegen die geplante Neuregelung der Mietzinssteuer, die den Gemeinden unter 5000 Einwohnern das freie Verfügungsrecht über die am Orte aufgebrachte Mietzinssteuer nehmen soll. Einstimmig stimmt man dem Protest zu. Weiterhin wird gefordert, daß es notwendig wäre, die ganze Mietzinssteuer zu Bauzwecken zu verwenden. — Eine Revision der Gemeindekasse ergab die vollständige Ordnung derselben. Aus der Wahl zum Steuerausschuß gehen hervor die Herren Opitz, Martin, Gebser und Aug. Scheibe. Der Finanzausschuß schlägt eine Regelung der Finanzierung der Siedlerbauten vor, die in ihrer Aufstellung eine große Last für die Siedler bedeutet. Im Ansehen der zur Zeit schwierigen Finanzverhältnisse bringt die sozialdemokratische Fraktion zum Ausdruck, daß sie vorläufig mit dieser Regelung einverstanden ist, eine endgültige Stellungnahme sich jedoch bei vollständiger Fertigstellung des Projekts vorbehält. In der Debatte über die Siedler muß man allgemein anerkennen, daß sich diese ehrlich und redlich geplagt haben, um sich und damit auch der Gemeinde gesunden Wohnraum zu erstellen. Das sollte ihnen nicht vergessen werden. Einstimmig wird dem Vorschlage beigetreten. — Als Notstandsarbeiten sind in Aussicht genommen mehrere Straßenbauten, doch erfordern dieselben noch einige Vorarbeiten zu ihrer Finanzierung. — Nun kam ein für die Sozialdemokratie unmöglicher Antrag aus bürgerlichen Kreisen zur Behandlung, der forderte, die Gemeindehäuser zu verkaufen, um mit dem Erlös neue zu bauen. Unsre feste Ueberzeugung ging dahin, daß heute aus dem Erlös eines Hausverkaufs auf keinen Fall ein gleiches mit denselben Wohnräumen zu erstellen ist; die Gemeinde würde dabei sicher großen Schaden leiden. Alle Redekünste der bürgerlichen Seite konnten nicht verfangen. Acht Stimmen der Linken bereiteten dem Antrage ein stilles Ende. — Einer Straßenumbenennung in der Bahnhofstraße stimmte man zu. — Die Vergebung der Gemeindearbeiten erfolgt nach den Vorschlägen des Bauausschusses.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

mm. **Taucha.** Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich auf dem Wege von Seegeritz nach Merkwitz. Das dem Kohlenhändler Rost in Taucha gehörige Geschirr wurde von einem Kraftwagen überholt; dadurch scheuten die Pferde und gingen durch. Der Geschirrführer geriet unter die Räder. Erst nach einer Stunde wurde der Bedauernswerte in schwerverletztem Zustande aufgefunden.

Taucha. Leichenfund. Auf dem Bahnkörper in der Nähe der chemischen Fabrik wurde am Donnerstag die Leiche einer Frau aufgefunden. Die Unbekannte war ungefähr 55 Jahre alt, 1,70 Meter groß. Die Kleidung dieser Frau bestand aus dunkelbraunem Mantel und ebensolchem Kleid, schwarzen Halbschuhen und ungezeichneter Unterwäsche.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Textilindustriellen gegen den Achtstundentag.

Auf einer Tagung des Arbeitgeberverbandes der Sächsischen Textilindustrie wurde gegen die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens und die gesetzliche Festlegung des Achtstundentags Front gemacht. Die sächsischen Textilindustriellen gehören bekanntlich mit zu den schärfsten Gegnern der achtstündigen Arbeitszeit und wollen durch ihre Stellungnahme einen Druck auf die Regierung ausüben, damit nach der Londoner Konferenz der Arbeitsminister das Washingtoner Abkommen nicht ratifiziert wird. Sie haben deshalb folgende Entschließung angenommen:

„Die Textilindustriellen Sachsens und der ostthüringischen Spinnereien und Färbereien sehen in einer erneuten reichsgesetzlichen Festlegung des Achtstundentags eine große Gefahr für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands. Das Verlangen unserer führenden ehemaligen Kriegsgegner, uns auf diese Arbeitszeit international zu binden, entbehrt jeder Berechtigung und steht unmittelbar im Widerspruch zu den Dawes-Verpflichtungen und deren Erfüllungsmöglichkeiten. Der Verband steht daher nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Ratifikation durch Deutschland nicht erfolgen darf. Weiter kommt hinzu, daß die Vereinigten Staaten dem internationalen Arbeitsamt überhaupt nicht angehören und deren Industrie die Uebernahme des Washingtoner Arbeitszeitabkommens mit großer Entschiedenheit ablehnt. Eine internationale Bindung in den Arbeitsmethoden würde die Gefahr einer Abschnürung des deutschen Exports vergrößern; der Verband glaubt auch nicht, daß Deutschland eine Erleichterung nach Art. 11 zugestanden erhalten würde, zumal auch die deutschen freien Gewerkschaften erfahrungsgemäß für die genaue Einhaltung der Arbeitszeit besorgt sein werden. Die Hauptversammlung fordert daher die Reichsregierung auf, eine Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens abzulehnen."

Es ist großer Unsinn, wenn die Textilindustriellen behaupten, daß die internationale Regelung der Arbeitszeit im Widerspruch stehe mit den Dawes-Verpflichtungen. Eine solche internationale Regelung kann Deutschland in der Erfüllung seiner Reparationsverpflichtungen in keiner Weise hinderlich sein, zumal nicht nur die Arbeitszeit in den anderen führenden Industrieländern, mindestens die gleiche sein soll, sondern auch dort die Löhne um das Mehrfache höher als in Deutschland sind. Wenn die Textilindustriellen in ihrer Entschließung sich darauf berufen, daß die Vereinigten Staaten die Uebernahme des Washingtoner Arbeitszeitabkommens ablehnten, so kann daraus nicht geschlußfolgert werden, daß deshalb die amerikanische Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger sei, denn gerade in Amerika überschreitet die Arbeitszeit im allgemeinen nicht die des Achtstundentags und die Löhne sind um das Vier- und Fünffache höher als in Deutschland. Von einer Abschnürung des deutschen Exports kann also keine Rede sein. Die Textilindustriellen übersehen auch, daß viel entscheidender für eine bessere Beschäftigung der Textilindustrie ein aufnahmefähiger Innenmarkt und eine Senkung der Preise ist. Die Ausdehnung des Innenmarktes kann aber nur durch die gesteigerte Kaufkraft der deutschen Konsumenten erreicht werden, wozu vor allem die Erhöhung der Löhne und Gehälter notwendig ist. Gegen nominelle Lohnerhöhung haben sich aber die Textilindustriellen auf ihrer Tagung gewendet. Der Unternehmersyndikus Dr. Bellmann hat die Lohnpolitik der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände verteidigt, sich gegen die Lohnpolitik und das Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften gewendet und die Behauptung aufgestellt, daß der Reallohn der Textilarbeiter durchschnittlich um 10—13 Prozent gegenüber 1913/14 gestiegen sei. Wir können augenblicklich nicht nachprüfen, ob diese Angaben stimmen. Wenn sie aber richtig sein sollten, dann sind sie eine Verurteilung der Textilindustriellen, die vor dem Kriege z. T. der Textilarbeiterschaft Löhne weit unter dem notwendigen Existenzminimum gezahlt haben.

Aus dem Geschäftsbericht, den der Unternehmersyndikus Dr. Bellmann auf der Chemnitzer Tagung der Textilindustriellen erstattete, erfährt man, daß dem Verband 1400 Firmen mit rund 200 000 Arbeitern angehören. Der Unternehmersyndikus sagte zur Lohnpolitik, daß die Erfahrungen nach dem „Leistungsprinzip" drängten und nominelle Lohnerhöhungen verneinten. Das bedeutet, daß die Textilindustriellen bei den kommenden Lohnverhandlungen — bekanntlich haben die Unternehmer der Textilindustrie bereits Tarifkündigungen ausgesprochen — bemüht sein werden, Lohnerhöhungen zu verhindern und Leistungslöhne durchzudrücken. Herr Dr. Bellmann glaubte auch versichern zu müssen, daß der Arbeitgeberverband der sächsischen Textilindustrie keine Kampforganisation sei. Nicht nur die Chemnitzer Tagung der Textilindustriellen, sondern auch die ganze Vergangenheit des Unternehmerverbandes und seine Haltung gegenüber der Arbeiterschaft beweist das Gegenteil. Die Textilarbeiter aber mögen rüsten, denn schwere Kämpfe nicht nur um die Löhne und die Arbeitszeit, sondern auch um die Erhaltung der kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen stehen ihnen bevor.

Rückgang der Erwerbslosigkeit.

SPD. Auf Grund der im Reichsarbeitsministerium eingelaufenen Berichte der Landesarbeitsämter über die Arbeitslosigkeit ist festzustellen, daß durchschnittlich ein Rückgang der Erwerbslosigkeit um 5 v. H. in der vergangenen Berichtswoche eingetreten ist. Der Rückgang ist besonders stark in den östlichen Gebieten und Bayern, während Westdeutschland teilweise noch Erhöhungen aufweist.

Freigewerkschaftlicher Sieg bei den sächsischen Betriebskrankenkassenwahlen.

Mitte März fanden im Reichsbahndirektionsbezirk Dresden die Wahlen zum Ausschuß der Betriebskrankenkassen statt. Neben der freigewerkschaftlichen Liste des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands waren diesmal noch 3 gegnerische Listen eingebracht worden, und zwar eine der christlichen Gewerkschaft (GDE.), eine des sogenannten Industrieverbandes (Kommunisten) und eine Liste der Verwaltungsgewerkschaft (ZGDR.).

Trotz aller Anstrengungen der 3 gegnerischen Listen gelang es, die freigewerkschaftliche Liste auf der ganzen Linie zum Siege zu führen, indem die Liste des Einheitsverbandes 19861 Stimmen erhielt und darauf 36 Sitze im Ausschuß der Betriebskrankenkasse entfielen. Die christliche Liste erhielt 2360 Stimmen und 4 Mandate. Auf die kommunistische Liste entfielen nur 1640 Stimmen und 3 Mandate. Auf die der verwaltungsfreundschaftlichen Liste (ZGDR.) entfielen nur 510 Stimmen, aber kein Mandat. Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands wird

Braun u. blond

Die große Mode

Unsere Osterschlager:

Für Damen:

Blond Satin-Spangenschuhe, hochmodern, auch in grau und schwarz 6.90

Braun echt Chevreau-Spangenschuh, sehr gefällig ausgeführt 7.90

Braune Spangenschuhe, echt Boxkalf, moderne Paiform . . 12.90

Blond Ia Chevr.-Spangenschuh, der beliebte Modeschuh 14.50

Für Herren:

Brauner Halbschuh, echt Rindbox, äußerst elegant 15.50 13.50

Brauner Halbschuh, mit feinfarbig und grau Nubuk-Einsatz 18.50 16.50

Brauner Schnürstiefel, echt Boxkalf, hochfein 12.90

Brauner Schnürstiefel, mit sandfarbig Nubuk-Einsatz sehr vornehm 22.50

Braun R.-Chevreau-Zugschuh, 4-facher Spangendurchbruch, L.-XV.-Absatz . 12.50

Blond Ia Chevreau-Zugschuh, 4-facher Spangendurchbruch, echter L.-XV.-Abs. 16.50

Strümpfe zur Farbe des Schuhes passend, alle Nuancen sehr billig am Lager

Brauner Herren-Halbschuh, echt Boxkalf, weiß gedoppelt 12.50

Schuhfabrik Conrad Tack & Cie. A.-G. Burg b. M.

Verkaufsstelle Conrad Tack & Cie., G. m. b. H.
Leipzig
nur Hainstraße 16/18.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19260326/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

durch seine 36 Mandate auch die 6 Sitze des Vorstandes besetzen, denn es dürfte kaum anzunehmen sein, daß sich die Kommunisten mit den Christen zu einer Fraktion vereinigen. Im Interesse der Gesamtkollegenschaft läge es vielmehr, wenn die 3 Vertreter des Industrieverbandes es auch endlich einsehen würden, daß sie zur Einheit der Eisenbahner gehören und endlich mit ihren Sonderlisten Schluß machen würden. Gegenüber den jetzigen unwürdigen Methoden in der Personal- und Lohnpolitik, die die Reichsbahn-Gesellschaft anzuwenden beliebt, kann nur die gewerkschaftliche Einheit der Eisenbahner eine Wendung zur gegebenen Zeit bringen. Eisenbahner, fahrt so fort! Schmiedet euch zu einer Einheit zusammen, dann werdet ihr eines Tages eurem hartnäckigem Unternehmer ein Paroli bieten.

Entlassung von Betriebsräten bei Betriebsstillegungen.

Eine grundsätzliche Entscheidung des Reichsgerichts.

SPD. Eine für Betriebsratsmitglieder wichtige Entscheidung hat das Reichsgericht gefällt. Von einer Firma bei Hannover wurde Mitte Mai 1924 dem Korrespondenten für Auslandsverkehr und Betriebsratsmitglied gekündigt. Gleichzeitig wurde dem größten Teil der Arbeiter und Angestellten am 30. Juni gekündigt mit der Begründung, daß eine Stillegung des Betriebes beabsichtigt werde. Die Zustimmung des Betriebsrats wurde nicht eingeholt. Da eine Betriebsstillegung weder beabsichtigt war noch erfolgte, verlangte das gemaßregelte Betriebsratsmitglied die Fortzahlung seines Gehalts von monatlich 230 Mark, bis zur Erlangung einer neuen Stellung. Das Landgericht Hannover wies die Klage ab; das Oberlandesgericht Celle erkannte einen Anspruch auf Gehaltszahlung bis Ende Juni 1925 an, während das Reichsgericht die Beklagte in vollem Umfange verurteilte. Die Entscheidungsgründe hierzu sind folgende: Der Arbeitgeber ist nach § 96 Betriebsrätegesetz bei Kündigung eines Mitgliedes der Betriebsvertretung von deren Zustimmung entbunden, wenn er seinen Betrieb stillegt und infolgedessen Betriebsratsmitglieder entläßt und entlassen muß. Von einer Betriebsstillegung nach Sinn und Geist des Gesetzes kann aber nur dann die Rede sein, wenn diese ihren Grund und ihre Rechtfertigung darin findet, daß der Unternehmer die **Erzeugung von Sachwerten** für eine wirtschaftlich **nicht unerhebliche Zeitspanne einstellt** und damit die Erreichung des Betriebs- und Gemeinschaftszweckes unmöglich macht. Unter die Ausnahmevorschriften kann es aber schlechterdings nicht fallen, wenn der Unternehmer sämtliche Arbeiter entläßt, um nach wenigen Tagen den Betrieb mit einem Teil der bisherigen Arbeiter oder mit anderen wieder aufzunehmen. Damit wäre der Umgehung des Gesetzes Tür und Tor geöffnet und in den rechts- und sozialpolitischen Schutz der Arbeitnehmer gegen willkürliche Kündigungen eine sachlich nicht gerechtfertigte Bresche geschlagen. Eine derartige Bevorzugung des Arbeitgebers und Hintanstellung der Interessen der wirtschaftlich schwächeren Arbeitnehmer hat der Gesetzgeber sicher nicht gewollt. Im gegebenen Falle kann von einer Betriebsstillegung im Rechtssinne nicht die Rede sein, sondern nur von einer **Betriebsunterbrechung, einer die Aufhebung des Kündigungsschutzes nicht rechtfertigenden Arbeitspause.** Möglich ist, daß die vorzeitige schnelle Wiedereröffnung eines Betriebes infolge einer nicht vorhergesehenen plötzlichen Aenderung der Verhältnisse erfolgt. Das kommt aber vorliegend nicht in Betracht. Es war von vornherein nur eine **vorübergehende Schließung des Betriebes** auf etwa acht Tage gedacht; es war **der Versuch, die berechtigten Umstellungsmaßnahmen** zur Vermeidung aller, insbesondere der aus dem Betriebsrätegesetz sich ergebenden Schwierigkeiten und zur Wahrung völliger Handlungsfreiheit der Firma **in das Gewand einer Stillegung zu kleiden.**

Ein Notschrei der Zivilmusiker.

Einem großen Teil von Zivilmusikern wird die Erwerbsmöglichkeit durch die nebengewerbliche Musiktätigkeit der Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten (ehemalige Militärmusiker) genommen. Die Reichsregierung hat zwar am 19. September 1923 Richtlinien über Musikausübung durch Beamte herausgegeben, nach denen eine gewerbliche Musiktätigkeit von Beamten nur mit besonderer Genehmigung des vorgesetzten Reichsministeriums zulässig ist, aber die Musiktätigkeit der Beamten wächst sich nach Feststellungen des deutschen Musikerverbandes ins Uferlose aus, weil die untergeordneten Behörden oft nicht wissen, was unter gewerblicher Nebenbeschäftigung zu verstehen ist. Der Deutsche Musiker-Verband hat in einer soeben erschienenen Broschüre Material über die Musiktätigkeit von Beamten aus seinen Akten zusammengestellt. Daraus geht hervor, daß viele Beamte trotz ihres Gehalts durch nebengewerbliche Musiktätigkeit den Berufsmusikern die Arbeit wegnehmen und sie erwerbslos machen. Diese beamteten Doppelverdiener üben ohne Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit unter den Zivilberufsmusikern in der Freizeit gegen Entgelt in Cafés, Kinos, Konzert- und Tanzsälen eine umfangreiche Musiktätigkeit aus. Diese ehemaligen Militärmusiker haben nicht nur eine Sonderstellung während ihrer Militärdienstzeit eingenommen, sie glauben auch ein Sonderrecht in punkto gewerblicher Nebenbeschäftigung gegenüber den anderen Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten zu besitzen. Während der zwölf- und oft noch mehrjährigen Militärdienstzeit haben die Militärmusiker durch ihre gewerbliche Musiktätigkeit das Vielfache der sonstigen Löhnung verdient, und denselben Vorteil möchten sie auch unbeschränkt als Beamte durch ihre musikgewerbliche Nebenbeschäftigung erzielen.

Pflicht des Reiches, der Länder und Gemeindeverwaltungen ist es, gegen die Doppelverdiener aus Beamtenkreisen, die zur Erwerbslosigkeit der Berufsmusiker beitragen, einzuschreiten und durch klare Richtlinien die gewerbliche Musiktätigkeit dieser Beamten zu unterbinden.

Das Grubenunglück bei Dortmund.

Der Bergbau erfordert Jahr für Jahr, Monat für Monat, ja Tag für Tag eine große Anzahl von Opfern. Das bereits gestern kurz gemeldete Unglück hat nach Berichten des amtlichen preußischen **Pressedienstes sechs Bergleuten das Leben gekostet und dreizehn wurden schwer verletzt.** 18 Bergleute erlitten leichtere Verletzungen. Die von andern Stellen gegebenen Feststellungen weichen hiervon ab. So berichtet Wolffs Telegraphen-Bureau, **daß von 32 Verletzten die Hälfte schwere Beinbrüche und Rückenverletzungen erlitten haben** und daß im weiteren auch Bergleute **schwere Kopfverletzungen** davontrugen. Nach einer Meldung der Tel.-Union ist auch die Zahl der Todesopfer weit größer, als der eingangs erwähnte Bericht des amtlichen preußischen Pressedienstes angibt. Nach den Angaben der Tel.-Union sind **zwölf Bergleute bei dem Unglück zu Tode gekommen.** Wir bringen diese Meldung mit Vorbehalt. Sie ist zwar jünger, als die übrigen und die amtlichen Feststellungen sind auch oft sehr weit hinter der Zeit zurück. Aber in diesem Falle will uns scheinen, daß auch die ersten amtlichen Berichte in ihren Ziffernangaben kaum so weit hinter den Tatsachen zurückbleiben konnten.

Ueber die Ursachen des Unglücks erfahren wir von der Bochumer Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes, daß wegen Absatzmangel gefeiert wurde und aus diesem Grunde am Donnerstag nur die Morgenschicht einfuhr, während die aufwärtsfahrenden Förderkörbe leer gingen. Der Schacht ist 750 Meter tief und zwischen der 7. und 8. Sohle durch eine Sicherheitsbühne abgedeckt. Auf diese ist der Förderkorb aufgestoßen. Der Unglückskorb hatte drei Etagen, die obere für 20 Mann, die mittlere und untere für je 10 Mann Höchstleistung. Die genaue Zahl der Einfahrenden konnte noch nicht festgestellt werden.

Beim Hinabsausen des Förderkorbes wurden aus der Schachtwand Steine herausgerissen. Beim Aufschlagen auf die Schutzvorrichtung fielen Gesteinsmassen von oben herab und drückten die oberste Etage des Förderkorbes zum großen Teil ein. Hierbei haben die Bergleute nach Wolffs Bureau schwere Kopfverletzungen erlitten. Die unterste Etage ist zusammengedrückt. Durch die Wucht, mit der der Förderkorb auf die Sicherheitsbühne aufgesetzt wurde, ist die untere Etage geknickt worden. Die Fangvorrichtung hat gut funktioniert, konnte aber das Unglück nicht verhüten. Ob ein Förderseil gerissen ist, oder ob die Fördermaschine versagt hat, oder worauf sonst der Unfall zurückzuführen ist, darüber ist in den amtlichen Berichten nichts bestimmtes gesagt. Die Mitteilung der Dortmunder Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes sagt, daß eins der beiden Förderseile erst neu eingezogen wurde, das andre dagegen älter war. Der amtliche Bericht weiß nur festzustellen, daß der Förderkorb gegen die Seilscheibe gezogen wurde. Die Vossische Zeitung dagegen berichtet, darüber hinaus, daß hierbei die Königsstange, die die Verbindung zwischen dem Seil und dem Förderkorb bildet, gebrochen sei.

Im Laufe des Donnerstagabend sind bei dem Bergarbeiterverband Beileidskundgebungen der Bergarbeiter-Internationale und des französischen und holländischen Bergarbeiterverbandes eingetroffen. Die öffentlichen Gebäude in Oberhausen haben Halbmast gehißt. Vor der polizeilich abgesperrten Zeche staut sich eine große Menschenmenge, wobei sich unter den Angehörigen der Opfer des Unglücks ergreifende Szenen abspielten. Ein Vertreter der Staatsanwaltschaft Duisburg ist auf der Unglückszeche erschienen.

Der preußische Ministerpräsident Braun hat der Guten Hoffnungshütte in Oberhausen und dem Betriebsausschuß der Zeche Oberhausen im Namen der preußischen Staatsregierung das Beileid zu dem schweren Grubenunglück ausgedrückt, verbunden mit dem Wunsche auf baldige Genesung der Verletzten. Ebenso hat der Reichspräsident ein Beileidstelegramm abgesandt.

Von Nah und Fern.

Neunzig Menschen verbrannt.

TU. Moskau, 25. März. Im Kreise Sluzk wurden durch ein Feuer, das auf mehrere Dörfer übergriff, etwa 80 Bauernhäuser vernichtet. 90 Menschen und eine große Menge Vieh sind dabei ums Leben gekommen. Maßnahmen zur Unterstützung der betroffenen Bauernfamilien sind eingeleitet worden. Der Gesamtschaden wird auf eine halbe Million Rubel geschätzt.

Mit dem Auto durch die Wand.

Prüm (Eifel), 25. März. Heute nachmittag rannte hier ein Lastauto gegen die Mauer eines Hauses, durchbrach diese und stieß gegen die Wand des Nachbarhauses. Das Lastauto wurde durch herabstürzende Gesteinmassen begraben. Eine der beiden in dem Auto befindlichen Personen war sofort tot; die andere wurde schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht, wo sie hoffnungslos daniederliegt.

Blutige Tragödien.

Am Mittwochabend gab ein 22 Jahre alter amerikanischer Student in Berlin in einem Auto auf eine 22 Jahre alte aus Detroit stammende Tänzerin einen Schuß ab und brachte sich dann selbst einen **Kopfschuß** bei. **Er starb kurz nach seiner Einlieferung** in das Krankenhaus. Die Tänzerin ist heute vormittag **ihren Verletzungen erlegen.** — Nach den bisherigen Ermittlungen ist der Student Eggers, der vor einigen Tagen in Danzig tot aufgefunden wurde, **einem Duell ohne Zeugen zum Opfer gefallen.**

Von Operationen und medizinischen Experimenten.

Das Stockholmer Sabbatberg-Hospital hat einen „singenden Chirurgen". Wenigstens wird der Chefarzt dieses Instituts, Dr. Samuel Hybbinette weit und breit als singender Chirurg bezeichnet. Nicht nur deshalb, weil er im Besitz einer schönen Tenorstimme ist und bei Gesangswettbewerben zahlreiche Preise davongetragen hat, sondern weil er bei seinen Krankenbesuchen die Patienten durch den Vortrag von Opern-Arien zu erfreuen pflegt und mit besonderer Vorliebe vor Patienten singt, die vor einer Operation stehen. Ja, es wird sogar behauptet, daß er seine Vorträge noch im Operationssaal fortzusetzen pflegt. Dr. Hybbinette glaubt, daß er dadurch am besten die Furcht des Patienten vor der Operation bekämpft, und ist der Ansicht, daß der Gesang dazu beiträgt, die Nerven seiner Patienten zu stärken. Daß diese Annahme viel für sich hat, beweist die große Zahl der Glückwunschschreiben, die ihm zu seinem dieser Tage stattgefundenen 50. Geburtstage von dem Heer seiner Patienten zugegangen sind.

Die „Methode" Dr. Hybbinettes fällt in den Kreis der Versuche, von denen mit Sicherheit angenommen werden kann, daß sie keine schädigenden Wirkungen haben. Aber die ärztliche Praxis greift auch zu Mitteln, deren Anwendung für den Patienten oft sehr gewagt sind. In den letzten Wochen wurde in einem Berliner Krankenhause ein Experiment gemacht, dessen Verlauf Ueberraschungen über Ueberraschungen brachte. Ein kräftiger junger Mann von 22 Jahren, der plötzlich von Grippe und Schwindsucht befallen worden war, wurde von seinen Angehörigen auf die Tuberkulosestation in das Krankenhaus Bethanien gebracht. Hier setzte zunächst ein starker Kräfteverfall ein; nach einigen Wochen erlebten die Angehörigen des Kranken jedoch ein förmliches Wunder: der tuberkulöse, halbverfallene junge Mensch blühte plötzlich wieder auf und nahm innerhalb weniger Wochen nicht weniger als 60 Pfund an Körpergewicht zu. Was war geschehen? Man hatte ein neues Mittel, das in Dänemark erfundene „Sanochrysin", bei ihm zur Anwendung gebracht, ein kürzlich erfundenes Goldpräparat, das dem Patienten eingespritzt wurde. Das Fieber war allerdings noch nicht restlos verschwunden, so daß der Kranke zur Vervollständigung der Heilung nach der Lungenheilstätte Beelitz geschickt werden mußte. Hier ging anfangs alles gut, aber eines Tages standen die Aerzte der Anstalt vor einem neuen Wunder: der Patient war mit einemmal am ganzen Körper gelähmt. Er wurde schleunigst in die Charité abgeschoben, wo er nach einigen Tagen verstarb. Der Fall hat den alten Streit, ob man mit Kranken medizinisch „experimentieren" darf, wieder in den Vordergrund gerückt. Der junge Mann hat zwar seine Einwilligung zu dem Experiment erteilt, trotzdem ist es fraglich, ob dieser Grenzfall zwischen strafrechtlicher Verantwortlichkeit und medizinischer Forschung nicht doch noch die Gerichte beschäftigen wird. Damit soll nicht gesagt sein, daß ohne die Anwendung des Sanochrysin der Kranke länger gelebt hätte. Die Grippe hat sich schon in vielen Fällen als eine außerordentlich tückische Krankheit erwiesen. Auch Lähmungen sind in dem Gefolge der Nachwirkungen dieser Krankheit des öfteren aufgetreten. Noch häufiger sind die Todesfälle. Trotz alledem muß es allerdings bekämpft werden, Mensch als Versuchsobjekte zu benutzen, in Fällen, wo es um Tod und Leben geht.

Preiswerte Frühjahrs-Angebote

Die Anfertigung unserer Herren- und Knabenkleidung in eigener großer Kleiderfabrik in Berlin garantiert bei sorgfältig ausgewählten Stoffen
richtigen Schnitt — guten Sitz — prima Verarbeitung — billigste Preise

Herren-Anzüge

Sakko einreihig, moderne Formen . . . . . 36.00 — 33.00
Sakko aus guten modernen Stoffen . . . . . 53.00 — 46.00
Sakko ein- und zweireihig, gute Qual. und Verarbeitung 69.00 — 59.00
Sakko erprobte Qual., mod. Formen und Muster, Ersatz für Maß . . . 103.00 96.00 — 76.00

Sport-Kleidung

Sport-Anzug Homespun, gute Verarbeitung . . . . . 36.00 — 28.00
Sport-Anzug mit 2 Hosen . . . . . 63.00 — 53.00
Gummi-Mäntel gute Gummierung, mit Stoffbezug 19.50 — 16.50

Herren-Mäntel

Mod. Mäntel aus gemusterten Stoffen, lange Form 59.00 — 43.00
Eleg. Mäntel moderne Formen, aus Gabardine . . . 89.00 — 73.00
Sport-Paletots Covercoat, kurze, gesteppte Form 63.00 — 49.00
Marengo-Paletots gute Stoffe u. Verarbeit. 86.00 78.00 — 59.00

Gebr. Manes Leipzig Reichsstr. 11

Das Haus für gute Herren- und Knabenkleidung

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 26. März.

Krokuswiesen.

Bald werden einige Wiesen unserer sächsischen Heimat in dem alpinen Schmucke von Tausenden von Krokusblüten prangen. Liebt man diese Pflanzen schon in den Vorgärten, so steht man doch ehrfürchtig, wenn man die Massenpracht an den in Sachsen bekannten Standorten zu Gesicht bekommt. Dem Dresdner am bekanntesten sind die Rasenflächen des Moritzburger Schloßparkes, die alljährlich von vielen Ausflüglern besucht werden. Daneben bestehen aber gleichschöne in Langenwolmsdorf und Stürza bei Stolpen. Bei weitem übertroffen werden diese Standorte von dem großartigen Vorkommen bei Drebach im Wolkensteiner Bezirk im mittleren Erzgebirge. Große Wiesenflächen sind hier mit den violetten, am Grunde dunkleren Blüten bedeckt. In holder Schönheit öffnen sie ihre Blumenkelche der Frühlingssonne entgegen, erschauern aber bei den rauhen, den Regen peitschenden Stürmen und schließen dann ihre Blütenblätter, um die zarten Staubbeutel und Narben im Innern zu schützen. In Wirklichkeit treten diese aber zum Zwecke der Fortpflanzung kaum in Tätigkeit. Die großen Blütenflächen sind wohl vielmehr durch ungeschlechtliche Fortpflanzung entstanden. Die Knollen werden teils absichtlich an andere Stellen verpflanzt, teils aber geschah die Verbreitung unabsichtlich durch das Aufstoßen der Maulwürfe und nachträglichen Transport durch Eggen oder Regengüsse.

Der Bestand der Krokuswiesen erscheint gesichert; außerdem hat sich bei Drebach der dortige Erzgebirgszweigverein der Wiesen angenommen und läßt sie unter geldlicher Beihilfe des Heimatschutzes bewachen. Man sieht an dem Beispiele der Krokuswiesen einmal deutlich, welche ästhetischen Werte die Natur uns zu bieten vermag, wenn man sie einmal in ihrer ganzen Pracht sich ungestört entfalten läßt. Welche uns jetzt ganz verloren gegangenen Reize würde sie wohl wieder entfalten, wenn der Gedanke des unbedingten Naturschutzes Allgemeingut aller würde, wenn auch die nun bald erscheinenden Schlüsselblumen einmal dort blieben, wo sie hingehören, nämlich auf der Wiese zur Freude aller!

Ursprünglich sind die Krokusstandorte nicht; sie gehen alle auf gelegentliche Anpflanzung zurück. Verwandt mit dem Krokus ist der im Herbste blühende Safran, der dem Orient entstammt. In Spanien, Frankreich und Niederösterreich wird dieser im großen gebaut, da seine gelben Narben zur Gewinnung des bekannten schönen Farbstoffes dienen. Allerdings gehören zu einem Pfund Safran die Narben von 40 000 Blüten.

Der wohlfahrtspflegerische Gehalt des neuen Strafgesetzbuches.

Ueber dieses Thema sprach Genosse Ministerialrat Dr. Hans Maier-Dresden vor einer vom Ortsausschuß für Arbeiterwohlfahrt veranstalteten öffentlichen Versammlung und zahlreichen geladenen Gästen im vollbesetzten Saale des Städtischen Kaufhauses. Ausgehend von einer Würdigung der vorbereitenden Verdienste des Strafrechtslehrers von List charakterisierte der Referent überaus feinsinnig die Wandlungen strafrechtlicher Grundsätze von der mittelalterlichen Ausstoßung des Straffälligen, dem Nur-Rachegedanken, bis zum Vordringen der von der sozialen Idee getragenen Forderungen fürsorgerischer und erzieherischer Art. Statt Vogelfreiheit des Straffälligen und dauerndem Ausschluß aus der Gemeinschaft fordert die Reformidee Arbeit an dem Rechtsbrecher mit dem Ziel seiner Wiedereingliederung in die Gemeinschaft, seiner Resozialisierung. So treten in dem Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch erstmalig wohlfahrtspflegerische Gedanken mit denen des Strafrechts in enge Verbindung.

Bei der hier ansetzenden Betrachtung der durch Strafe geschützten Rechtsgüter beschäftigte sich der Referent, in Kürze das ganze Problem aufrollend, zunächst mit der vielumstrittenen Frage des § 218 (Abtreibung). Auch das neue StGB. hat noch keine befriedigende Lösung gefunden. Der Referent weist überzeugend einseitige und äußerliche Anschauungen zurück und rührt an das Kernproblem: Mindert die Strafe die Zahl der Abtreibungen? Das erscheint zweifelhaft. Strafe aber nährt das Kurpfuschertum, Freiheitsstrafe der Mutter kann für die Familie schädigender wirken, als die Abtreibung an sich. Nicht ohne Bedeutung für das Strafrecht blieben die neueren erbbiologischen Erkenntnisse: Unfruchtbarmachung ist nur mit Willen des Betroffenen straffrei, Tötung lebensunwerten Lebens dagegen nicht freigegeben. Den sozialhygienischen Forderungen entsprechen die schwere Bestrafung jeder wissentlichen Uebertragung von Geschlechtskrankheiten, die allgemeine Heraufsetzung des Mädchenschutzalters, die bei den Erziehern und Lehrern anvertrauten Mädchen sogar bis zum 21. Jahre geht. Neu ist auch der Schutz der im Arbeitsverhältnis stehenden Frau vor geschlechtlichen Attentaten des Arbeitgebers unter Ausnützung des Abhängigkeitsverhältnisses (Arbeitgeberparagraph). Der Referent stellt hier die Forderung, das vorläufig nur der leicht beeinflußbaren angegriffenen Frau zustehende Anzeigerecht auch auf die Erziehungsberechtigten auszudehnen. (Beifall.) Betrunkenheit, selbst leichter Rauschzustand, werden nicht mehr Strafausschließungsgründe sein. Verkauf, sogar Schenkung von alkoholischen und nikotinhaltigen Genußmitteln an Jugendliche unter 16 Jahren wird bestraft. Säumige Nährpflicht des Vaters wird mit Gefängnis bestraft, über die Ausdehnung auf den unehelichen Vater bestehen noch Unklarheiten.

Die Kritik der Art und Gestaltung der Strafe führt den Referenten zur energischen Ablehnung der Todesstrafe als des Rückfalls in den mittelalterlich-atavistischen, nur instinktmäßigen und brutalsten Racheakt der Gemeinschaft. Die restlichen Freiheitsstrafen müssen durch fürsorgerische und erzieherische ergänzt werden. Bei Geldstrafen fordert der Entwurf Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse, von denen der Referent darüber hinaus Anwendbarkeit als Revisionsgrund fordert. Die überall anwendbaren mildernden Umstände erregen Bedenken. Einerseits ist eine beliebige Ausdehnung der richterlichen Ermessens-Freiheit möglich, anderseits bringen aber zu strenge richterliche Bindungen leicht Härten. Die Lösung sieht der Referent in der Erziehung des Richterstandes zum richtigen Gebrauch des Ermessens.

Wohlfahrtspflegerische Gedanken treten am deutlichsten hervor bei den Bestimmungen über bedingten Straferlaß, über Bewährungsfrist, bei allen Maßnahmen zur Sicherung und Besserung mit dem Zwecke der sozialen Willensumbiegung (Sicherheitsverwahrung, Schutzaufsicht u. a.). Statt der im Entwurf verunglückten Behandlung der „kleinen Kriminalität" (Bettler-, Landstreicher-, Dirnentum) fordert der Referent deren Herausnahme aus dem Strafgesetzbuch und Regelung durch Reichsverwahrungsgesetz. Nur Maßnahmen zur Sicherung und Besserung können hier Erfolg versprechen.

In allem aber ist mehr Gewicht auf die Vorbeugung zu legen. Das ermöglicht erst der Einbau sozialfürsorgerischer und pädagogischer Maßnahmen in Strafrecht und Strafvollzug. Finanzielle Bedenken vermögen unsere Forderung nicht umzustoßen, im Gegenteil: 150 Millionen Mark kostet Deutschland jährlich der Strafvollzug, der Wirtschaftsverlust der Inhaftierten ist mindestens mit annähernd 50 Millionen dazu zu rechnen. Wieviel jahrelanges schlimmes Elend könnte gestillt werden, wenn von diesen Summen Mittel zur Vorbeugung, vor dem Herabsinken ins „Lumpenproletariat" u. a. verwendet würden, ganz abgesehen von der jeder Strafe innewohnenden inneren Ungerechtigkeit.

Mit dem Goethe-Wort: „Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt ihr ihn der Pein!!" klang der Vortrag aus in einem Aufruf an die Gemeinschaft, in der Erkenntnis ihrer eigenen Mitschuld mit der innerlichen und äußerlichen Resozialisierung des Rechtsbrechers wertvollere Arbeit zu leisten, als es jede Strafe für sich allein vermag, und damit die eigne Schuld einzulösen. In der Verwirklichung dieses Aufrufes muß und wird unsre Mitarbeit am neuen Strafgesetzbuch liegen. Es nahm kein Wunder, daß dem weitumfassenden und tiefschürfenden Referat, das mit großem Beifall aufgenommen wurde, keine Auseinandersetzungen folgten. Der einzige Diskussionsredner, Dr. Beck, bestätigte nur aus seinen praktischen Erfahrungen in der Gefangenenfürsorge die Auffassungen des Referenten. Dem Ortsausschuß für Arbeiterwohlfahrt gebührt für diese hervorragende, außerordentlich lehrreiche Veranstaltung besonderer Dank. St.

Wirkungslose Kündigung.

Herr O. Meißner, Rohrleitungsbau, Zentralheizungen, gesundheits-tech. Anlagen, Leipzig-Connewitz, Scheffelstr. 27, hat in seiner Eigenschaft als Hauswirt einigen seiner Mieter folgenden Ukas zugesandt:

„Hiermit kündige ich das zwischen uns bestehende Mietsverhältnis zum 30. September d. J. Diese Kündigung erfolgt lediglich zum Zwecke, für den Fall der Aufhebung der Zwangswirtschaft eine Verlängerung des Mietsverhältnisses gemäß § 2 des Mietsvertrages zu verhindern. Sie hat zur Folge, daß das Mietsverhältnis sich auf unbestimmte Zeit verlängert und in Zukunft gemäß § 565 BGB. gekündigt werden kann.

Leipzig, den 22. März 1926.

Stempel. Unterschrift. Otto Meißner, Leipzig, Scheffelstr. 27."

Es ist den Mietern gekündigt worden, die einen Prozeß gegen Herrn Meißner angestrengt hatten und den der Hauswirt verloren hat. Seine Kündigung ist natürlich wirkungslos. Wenn heute ein Hauswirt einen Mieter aus seinem Hause bringen will, so muß er schon schwerwiegende Gründe haben. (Das Gesetz zählt sie auf!) Der Hausbesitzer muß in jedem Falle eine Räumungsklage anstrengen, und das Gericht muß den Mieter zur Räumung verurteilen. Und die Räumung kann erst erfolgen, wenn dem Mieter ein Ersatzraum gestellt wird. Eine solche Aktion liegt hier nicht vor. Herr Meißner kündigt nur, um nach der Aufhebung der Zwangswirtschaft diese Mieter recht bald los zu werden. Doch diese Zwangswirtschaft wird so leicht nicht fallen. Sie kann nicht beseitigt werden; was den Mietern bevorstehen würde, wenn sich die Hauswirte hemmungslos austoben könnten, ersieht man aus dem Kündigungsschreiben des Herrn Meißner.

Es klingt ein Lied aus aller Zeit.

Man schreibt uns: In den Schullesebüchern wird unsern Kindern von Zeiten erzählt, in denen sich der Reisende wegen der schlechten Beschaffenheit der Wege oft in Lebensgefahr befand. Spaziergänge erstreckten sich nur auf die Stadtwälle und bis zum nächsten Vorwerk. Diese schöne, alte Zeit scheint unser hoher Rat in den städtischen Waldungen wieder erstehen lassen zu wollen. Sämtliche Fußwege rechts der Linienstraße sind seit Kriegsbeginn nicht ausgebessert worden. In den ausgetretenen Stellen stehen wochenlang die Wassertümpel, alles vermorastet. Durch die Holzschläge, die seit über drei Jahren erfolgen, passieren diese Wege schwer beladene Holzgeschirre. Sie hinterlassen in den weichen Humusboden fußtiefe Fahrtrinnen, die selbst bei eintretender Trockenheit noch schlamm- und wassergefüllt sind. Dabei sollen über den liegende Bäume außer Betracht bleiben. Ich verweise auf den sogenannten Blümleinsteg und die in diesen einmündenden Nebenwege. Einer dieser Wege hat bereits schon wegen zu schlechter Beschaffenheit Absperrung finden müssen. Der nach Großzschocher entlang des Flutkanales führende Fußweg ist durch Witterungsverhältnisse derart abschüssig geworden, daß die Fußgänger bei Regenwetter gezwungen sind, die nassen Flutrinnen-Wiesen benützen zu müssen.

Der zwischen der sogenannten schwarzen Brücke und der weißen Brücke rechts der Linienstraße abgehende ca. 600 Meter lange und 1½ bis 2 Meter breite Verbindungsfußweg nach Großzschocher wird seit über Jahresfrist von Kutsch- und Lastgeschirren des Rittergutspächters zu Großzschocher befahren.

Bei Eintritt der wärmeren Jahreszeit ab April bis mit Oktober wird nun dieser Fußweg täglich auch noch von hunderten von Radfahrern und zu Dutzenden von berittenen Zivilpersonen benützt. Wo bleibt da der für Fußgänger vorgesehene Weg? Nach Angaben der Polizei-Aufsichts-Organe bleiben Anzeigen erfolglos. Beim Passieren der Geschirre, Radfahrer und Berittenen ist der Fußgänger gezwungen, außerhalb des gebahnten Weges in den Wald zu treten. Soll dieser Verbindungsfußweg nach Großzschocher Freigabe für allen Verkehr finden, so ist er mindestens entsprechend auszugestalten. Sache des Rates der Stadt dürfte es sein, für eine Besserung baldigst zu sorgen. Fast auf allen anderen Fußwegen hat man jetzt Tafeln anbringen lassen mit der Bezeichnung „Nur für Fußgänger", „Für Radfahrer verboten", „Für allen Reit- und Fahrverkehr gesperrt" usw., aber gerade dieser schmale Verbindungsfußweg macht hiervon eine unrühmliche Ausnahme.

Ist dies vielleicht mit Rücksicht auf die Rittergutsverwaltung zu Großzschocher unterblieben?

Mehrere Fußgänger, welche gezwungen sind, täglich diesen Verbindungsweg benützen zu müssen.

Im Hotel Astoria.

Ein zweiundzwanzigjähriges Muttersöhnchen aus den sogenannten besseren Kreisen vermochte in kein richtiges Verhältnis zur Welt zu gelangen, nachdem sein Vater im Kriege getötet war und seine Mutter infolge der Inflation immer mehr verarmte.

Als einziges Kind seiner stockbürgerlichen Eltern war er maßlos verzogen worden, und man hatte ihm jene Ueberheblichkeit eingeimpft, die den Menschen im Arbeitskittel verachten läßt und jene Aeußerlichkeit in allen Dingen herbeiführt, die ein Kennzeichen der kapitalistischen Zivilisation ist.

Das Bübchen fühlte sich nur glücklich, wenn es geschniegelt und gebügelt den feinen noblen Herrn spielen konnte. Der glänzende Schein war alles. Plötzlich stand dem Jüngelchen nicht mehr so viel Geld zur Verfügung; jetzt hieß es eigentlich arbeiten. Das war aber eines Mannes seines Standes nicht würdig. Das ist doch gar nicht fair. Was sollte denn da nur die Lissy denken, oder gar jener eingebildete Fatzke, der „von" Barth, dessen Vater irgend eine unnütze Hofcharge in der mecklenburgischen Residenz gespielt hatte und dessen Familie immer noch von dem Glanz des Duodezfürstentums zehrte. Nein, hier mußten standesgemäße Wege beschritten werden. Man ergriff einfach den einträglichen Beruf eines Hochstaplers. Die Manieren hatte man ja den Freikorpsoffizieren glücklich abgeguckt, und was noch fehlte, ersetzte eine genügend große Portion Frechheit. Leider wurde man verschiedene Male erwischt und — o wie peinlich — sogar von — äh — republikanischen Gerichten verurteilt.

Jetzt saß diese nützliche Frucht bürgerlicher Erziehung wieder einmal auf der Anklagebank vor dem Leipziger Amtsgericht, mit einer unschuldsvollen Miene, als ob der Platz doch nur den Proletariern vorbehalten sei. Ja, man hat eben auch sein Klassenbewußtsein.

Der junge Hochstapler wollte die Frühjahrsmesse 1926 zu einem Coup benutzen. Ende Februar kam er auf dem Hauptbahnhofe mit einer Rückfahrkarte nach Kottbus und 13 Mark an. Ohne Besinnen begab er sich in das teuerste und vornehmste Hotel Astoria. Als Hochstapler, der sein Handwerk schon ganz gut gelernt hatte, mietete er gleich drei Räume. Diese Flucht von 3 Zimmern kostete pro Nacht 60 Mark! Dann ließ er nach einem Mietauto telephonieren, das er 14 Tage lang benutzen wollte, und schließlich rief er selbst einen Juwelier an, bei dem er angeblich große Einkäufe zu tätigen hatte. Als er aber mit seiner Aktenmappe, anderes Gepäck hatte er gar nicht, das Hotel verlassen wollte, da von ihm Vorausbezahlung der 60 Mark verlangt wurde, verhaftete man ihn. Der Staatsanwalt wollte den hoffnungsvollen jungen Mann acht Monate ins Gefängnis stecken, doch verurteilte ihn das Gericht zu 4 Monaten Gefängnis. Ein Monat der Untersuchungshaft wird ihm angerechnet, der Haftbefehl aufgehoben. Diese Rücksicht vermißt man bei proletarischen Angeklagten, die aus Not straffällig werden, meistens!!

„Bevorzugt vordringlich".

Zu unserem am 13. März 1926 veröffentlichten Artikel „Sieben Menschen auf 8,6 Quadratmetern" wird uns vom Wohnungspflegamt geschrieben: Der in Frage kommende Untermieter H. hat sich am 7. Oktober 1924 beim Wohnungsnachweis zur Wohnungsliste gemeldet und ist bereits unterm 23. Oktober 1924 in die Vordringlichkeitsliste aufgenommen worden. Es wurde ihm anheim gegeben, sich um eine Wohnung zu bemühen, die vom Wohnungsnachweis an Tafel I angeboten wird. Auf erneute Vorstellungen H.s wurde am 27. Februar 1925 beschlossen, H. bevorzugt vordringlich unterzubringen. Es wurden ihm nacheinander sechs Wohnungen schriftlich angeboten. Am 24. November 1925 beantragte H. Zwangszuweisung für die Wohnung Merseburger Str. 116, Erdg. r. Da ihm während des Zuweisungsverfahrens am 20. Dezember 1925 Zwillinge geboren worden waren, trug das Wohnungsschiedsamt Bedenken, einen Zwangsmietvertrag für die nur aus Stube, Kammer und Küche bestehende Wohnung festzusetzen. Deshalb hat sich das Wohnungspflegamt bereit erklärt, H. schnellstens eine 3-Zimmerwohnung nachzuweisen, worauf H. seinen Antrag zurücknahm. Vom 27. Januar 1926 an wurden ihm wieder 4 Wohnungen an die Hand gegeben. Bei zwei dieser Wohnungen hat er auf Zwangszuweisung verzichtet. Wegen der zuletzt nachgewiesenen Wohnung Albertiner Straße 92, I verhandelt er noch mit dem Hausbesitzer wegen Erteilung der Zustimmung zum Beziehen der Wohnung. Das Wohnungspflegamt ist also nach Kräften bemüht, H. baldigst eine eigene Wohnung zuzuweisen."

Diese Schilderung des Wohnungspflegamts spricht für sich selbst. Der Mieter sollte „bevorzugt vordringlich" untergebracht werden. Aber in einem Jahre ist das nicht gelungen. So groß ist die Wohnungsnot. Damit vergleiche man die Bemühungen des Rats, die „Wohnungsnot" des Herrn Stadtbaurat zu „lindern".

Genossenschaften und Reichsgesundheitswoche.

Im April dieses Jahres findet in Deutschland eine Reichsgesundheitswoche statt. Vorstand und Ausschuß des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine sind der Auffassung, daß die Konsumgenossenschaften die Bestrebung, hygienische Aufklärung zu verbreiten, nach Möglichkeit unterstützen sollen. Die Konsumvereine lassen sich in ihrer Tätigkeit von dem Grundsatze leiten, den Verbrauchern einwandfreie, unverfälschte, gesunde Waren zu vermitteln und in hygienisch mustergültigen Betrieben herzustellen. Die Erzeugnisse der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion und die durch die Konsumvereine vermittelten Waren entsprechen den Anforderungen der Gesundheitswissenschaft. In der Reichsgesundheitswoche sollen die Vereine diese Waren der Oeffentlichkeit in geeigneter Weise zeigen. Durch den Hinweis auf konsumgenossenschaftliche Tätigkeit kann hygienischer Anschauungsunterricht erteilt und der mit der Reichsgesundheitswoche verfolgte Zweck gefördert werden. Alle dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften werden aufgefordert, sich entsprechend zu betätigen.

Beim Aufspringen auf die Straßenbahn tödlich verunglückt.

Ein tödlicher Unfall, herbeigeführt durch das Aufspringen auf einen Straßenbahnwagen während der Fahrt. Am 25. März, nachts 1 Uhr, versuchte vor dem Hauptbahnhofe eine 43jährige Gastwirtsehefrau aus der Bayrischen Straße während der Fahrt auf die hintere Plattform eines Motorwagens aufzuspringen. Dabei glitt sie aus, kam zu Fall und geriet mit den Beinen unter die Räder des Anhängewagens. Beide Unterschenkel wurden ihr fast abgefahren. Man brachte die Verunglückte zunächst nach der Sanitätswache im Hauptbahnhofe und von dort mit dem Krankenwagen nach dem Krankenhaus St. Jakob, wo sie kurze Zeit darauf an Verblutung gestorben ist.

Selbstmordversuch eines Siebzehnjährigen. Ein 17 Jahre alter Kaufmannslehrling versuchte gestern in der Nähe des Germaniabades sich zu erschießen. Er mußte schwer verletzt nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht werden. Soweit sich der Zustand des Verletzten beurteilen läßt, besteht keine Lebensgefahr. Ueber die Beweggründe der Tat ist sicheres noch nicht zu sagen, doch darf angenommen werden, daß sie mit seiner Zugehörigkeit zum Wehrwolf in Verbindung steht und irregeleitetes Ehrgefühl dabei eine Rolle spielen.

Die Kleidung der Straßenbahner. Von der Straßenbahndirektion wird uns geschrieben: „Nachdem die Bekleidungsordnung der Stadt Leipzig auch auf die uniformierten Angestellten der Straßenbahn (nicht der Schaffner, Wagenführer usw.) ausgedehnt worden ist, tragen diese jetzt erstmalig die gleiche Uniform der übrigen städtischen Beamten und Angestellten. Das Aufsichts- und Kontrollpersonal trägt an der Mütze über dem Schild mit Stadtwappen zur besonderen Kennzeichnung noch ein geflügeltes Rad oder gebündelten Blitz oder Zirkel. Das gleiche Kennzeichen ist am Stehkragen bzw. auf den Kragenspiegeln der Umlegekragen der Joppen angebracht. Da die bisherigen Bekleidungsstücke noch etwa 3 Jahre aufgetragen werden dürfen, so tritt die neue Uniform zunächst nur Sonn- und Festtags in Erscheinung."

Freigabe von Schnellzügen zur Benutzung mit Sonntagsrückfahrkarten. Vom 27. März 1926 an werden unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs die Schnellzüge D 83, D 131, und D 24 (Abfahrt in Leipzig Hbf. 2,05, 6,15 und 10,11 Uhr Richtung Dresden und Hof) zur Benutzung mit Sonntagsrückfahrkarten zweiter und dritter Klasse gegen Bezahlung des tarifmäßigen Schnellzugzuschlags für die Dauer des gegenwärtig geltenden Winterfahrplans freigegeben.

Die Osterferien finden vom 27. März bis 10. April statt, die Pfingstferien, wie bereits gemeldet, vom 22. bis 29. Mai, die Sommerferien vom 10. Juli bis 16. August, die Herbstferien vom 24. September bis 2. Oktober und die Weihnachtsferien vom 23. Dezember d. J. bis 6. Januar 1927.

Am Lehrgang zur Ausbildung von Säuglingspflegerinnen, der Ostern 1926 in den städtischen Krippen beginnt, können noch einige Schülerinnen teilnehmen. Der Lehrgang dauert ein Jahr. Anmeldungen hierzu werden in Krippe I, Lange Str. 25, Krippe II, Leutzscher Str. 74, Krippe III, Fröbelstr. 6 und Krippe IV, Bleichertstraße 5, sowie im Jugendamt, Stadthaus, Hauptgeschoß, Z. 767/768, angenommen, wo auch die näheren Aufnahmebedingungen und jede weitere Auskunft zu erhalten sind. Dem Gesuch um Aufnahme sind Lebenslauf, Schulzeugnisse und ärztliches Zeugnis über den Gesundheitszustand beizufügen. Die Schülerinnen müssen das 18. Lebensjahr vollendet haben. Die staatliche Anerkennung als Säuglingspflegerin wird durch die Teilnahme an dem Lehrgang nicht erlangt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19260326/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Wo ruft die Pflicht?

Maikomitee.

Sonnabend, den 27. März, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Kolonnade: 1. Sitzung des Maikomitees. Bestimmt und pünktlich erscheinen. J. A.: Schröts.

Funktionäre.

Sellerhausen. Morgen Sonnabend, ½8 Uhr, Sitzung in der Krone. Listen mitbringen.

Mockau. Montag, 29. März, abends 8 Uhr, im Ratskeller. Erscheinen aller Funktionärgenossinnen und -genossen ist notwendig.

Kleinzschocher. Beikassierer. Montag, den 29. März, letzter Tag der Abrechnung.

Leutzsch. Mittwoch fällt Funktionärsitzung aus, dafür Frauenabend.

Großzschocher. Die Funktionäre treffen sich morgen abend ½8 Uhr mit dem Landtagsabgeordneten Genossen Weckel aus Dresden im Goldenen Krug.

Sozialistische Vorkampfgestellte. Montag, 29. März, ½8 Uhr, Volkshaus, Zimmer 2.

Schule.

Elternräte. Am Sonntag zur Jugendweihe hat jede Schule zwei Helfer zu der Feier seiner Schule zu stellen. Diese Helfer melden sich 1 Stunde vor Beginn in der Alberthalle beim Gen. Setzpfand, im Palmengarten beim Gen. Göpfert und im Kaufhaus beim Gen. Peter. Abrechnung nicht vergessen!

Elternratszentrale.

Paunsdorf. Die Jugendweihe findet Sonntag, den 28. März, ½10 Uhr vormittags, im Alten Gasthof statt.

Jugendweihe Zweenfau findet Sonntag, früh 9 Uhr, im Gasthof Kronprinz statt. Hierzu sind alle Eltern und Gönner der weltlichen Schule eingeladen.

Jugendweihe Liebertwolkwitz findet Sonntag, den 28. März, vormittags 9 Uhr, in der Schulaula statt. Die Kinder treffen sich bis spätestens ¾9 Uhr im Zimmer Nummer 7.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Süd-Ost. Die Tanzgruppe trifft sich Sonnabend, ½8 Uhr abends, beim Karl-Moritzstr. 19 III, zur Probe im Park.

Kinderchor trifft sich am Sonntagfrüh ½9 Uhr vor der Alberthalle zur Mitwirkung bei der Jugendweihe.

ABJ.

Funktionärschule. Kursus Winkler heute 7 bis 10 Kartellsaal. Kursus Pahl: Philosophie. Beginn heute 7 Uhr im ABJ.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Ortsgruppe Leipzig. Radfahrerabteilung: Alle radfahrenden Kameraden stellen Sonntag, den 28. März, früh ½8 Uhr, Johannisplatz zur Uebungsfahrt durch die Parthendörfer. Rückkehr 12 Uhr.

Kursus H. 3: Am 3. Osterfeiertag beginnt der Kursus H. 3 im Volkshaus, Nebensaal rechts. Jede Abteilung (mit Ausnahme der Abteilung 5) stellt eine Gruppe = 9 Mann. Abteilungen 1 und 2 je 12 Mann.

Mitglieder-Veranstaltungen.

Böhlen. Morgen Sonnabend, abends 8 Uhr, im Gasthof Friedel, Vortrag des Gen. Wildeis über: Warum Kinderfreunde-Bewegung?

Kleinzschocher. Morgen Sonnabend, abends 8 Uhr, in der Terrasse, Mitgliederversammlung. Stadtrat Genosse Heyer spricht über: Der gewesene Großmarkt und seine Feinde Parteiangelegenheiten. Parteigenossinnen, Parteigenossen, die Tagesordnung erfordert zahlreichen Besuch.

Löbnig. Sonnabend, den 27. März, abends 8 Uhr, im Kinderheim, Vortrag des Stadtverordneten Genossen Paul Wolfe: Kommunalpolitische Streifzüge in Paris. Um 7 Uhr wichtige Vorstandssitzung.

Bösdorf. Morgen Sonnabend, 8 Uhr, im Gasthof Mitgliederversammlung.

Schönefeld. Montag, den 29. März, abends 8 Uhr, im Gesellschaftshaus, Mitgliederversammlung mit Vortrag der Genossin Hammermeister: „Die kommunale Totenbestattung."

Holzhausen. Morgen Sonnabend, ½9 Uhr, im Bahnhofsrestaurant, Mitgliederversammlung.

Rötha. Sonnabend, den 27. März, abends 8 Uhr, in „Stadt Leipzig", Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Volkshochschule und Arbeitslosenschule. Konzert. Am Sonntag, 28. März, vormittags ½11 Uhr, findet im Festsaal des Neuen Rathauses eine Kammermusikveranstaltung unter Leitung von Hans Mlynarczyk statt. Es kommen Werke von Händel und E. Müller (für zwei Violinen und Klavier) sowie Gesänge von Händel u. a. zum Vortrag. Mitwirkende: Frau Else Titscher-Schirmer (Sopran), Grete Schaarschmidt (Violine), Fritz Spiest (Klavier). Der Eintritt ist kostenlos.

Arbeitserholung. Für Jugendliche, die bei der Schulentlassung noch berufsunfähig sind, verlangt Dr. M. Rothfeld in der Zeitschrift für Tuberkulose die Verbindung einer Vorbereitung für den Lebensberuf mit der Erziehung zur körperlichen Reife. Zu diesem Zwecke seien besondere Gelegenheiten zur „Arbeitserholung für Schulentlassene" zu schaffen, und zwar in Einzelfürsorgestellen oder noch besser in Erholungskolonien. In Auerswalde besteht eine derartige Einrichtung, die sich gut bewährt hat.

Platz an der Leine- und Burchardstraße. Zur gärtnerischen Ausgestaltung des Platzes an der Leine- und Burchardstraße in Leipzig-Dölitz werden vom Rate der Stadt 2160 Mark verlangt. Es ist beabsichtigt, den Platz, dessen Herrichtung schon 1915 beschlossen worden, aber nicht ausgeführt war, durch Anpflanzung von Bäumen, Aufstellung von Bänken und eines Spieltisches, sowie Herstellung einer befestigten Spielfläche vorzurichten. Die Arbeiten sollen baldigst begonnen werden.

ABJ. Für die Vorstellung „Die Zeit wird kommen" von Romain Rolland heute abend 8 Uhr im Alten Theater sind noch Karten am Eingang zu haben.

Eine öffentliche Protestversammlung der jüdischen Arbeitslosen findet Sonnabend, den 27. März, 8 Uhr abends, im Kaufmännischen Vereinshaus, Schulstr. 5, statt.

Fleischverkauf an der Freibank. Freibank I Nr. 151 bis 1950. Freibank II Nr. 3951 bis 4250 und Nr. 1 bis 1200. Von 11 Uhr an freier Verkauf.

Polizeinachrichten.

Unfall. Am 20. März, vormittags gegen 8 Uhr, ist auf der Kreuzung Täubchenweg und Gerichtsweg eine 60jährige Marktbesitzerfrau von einem nach dem Stadtinnern zu fahrenden Radfahrer umgerissen worden. Dabei erlitt sie Verletzungen am rechten Oberschenkel und am rechten Oberarm, die ärztliche Behandlung nötig machte. Die Kriminalabteilung bittet um Angaben, die zur Ermittlung des Radfahrers dienen können, ihr recht bald mitzuteilen.

Vermißt wird seit dem 16. März der 15jährige Schneiderlehrling Alois Breitkopf Leipzig-Probstheida, Preußenstraße 21 e, wohnhaft. Der Vermißte ist etwa 1,60 m groß, von kräftiger Gestalt, hat dunkelbraunes Haar, vollständige Zähne, breites, gesundfarbiges Gesicht. Bekleidet ist er mit grünlichgrauem Sakkomantel mit Quetschfalte, Manchesteranzug, hellgelber Sportmütze, graugrünen Stutzen, schwarzen Schnürschuhen.

Vermißt wird seit dem 19. März der Arbeiter Johannes Cienskp, 19 Jahre alt, L.-Schönefeld, Dimpfelstraße 11. Er ist 1,60 m groß, kräftig von Gestalt, hat dunkelblondes, lockiges Haar, dunkelbraune Augen, starke Augenbrauen, niedrige Stirn, breites, gesundfarbiges Gesicht, das linke Bein schleift er etwas nach. Bekleidet ist er mit grauem Militärmantel, blauem Jackett, dunkelbrauner Hose, braunen Halbschuhen mit Grau, weißer Normalwäsche und schwarzer Tuchmütze. Bei seinem Betreffen übergebe man ihn der Polizei.

Eltern, warnt eure Kinder! Seit einiger Zeit gehen bei der Kriminalpolizei in Zwischenräumen Anzeigen darüber ein, daß ein unbekannter Mann kleine, noch nicht schulpflichtige Kinder, meist Mädchen, in ekelhafter Weise unsittlich belästigt. Am 19. d. M. und am 23. trat er in der Kolonnaden- und Frankfurter Straße auf, beide Male in der Zeit zwischen 3 und 4 Uhr nachmittags. Die Tat verübte er im Grundstück Kolonnadenstraße 22 und Frankfurter Straße 24, wohin er die kleinen Mädchen gelockt hatte. Der Beschreibung nach scheint als Täter stets ein und dieselbe Person in Frage zu kommen. Beschrieben wird der Mensch einmal als 1,70 m groß, hartlos und bekleidet mit grauem Mantel, ebensolchem Hut und das andere Mal als etwa 30 Jahre alt, 1,65 bis 1,68 m groß und als bekleidet mit hellgrauem Mantel mit Opossumschweifkragen. Stets hatte er eine braune Aktentasche bei sich. Einmal trug er am linken Handgelenk einen bis zur Mitte der Hand reichenden Verband und das andere Mal eine gelbe Hornbrille. Es besteht aber die Möglichkeit, daß von ihm die Brille wie der Verband nur zur Irreführung getragen wurde. Die Kriminalabteilung bittet jeden, der über diesen Unhold Angaben zu machen vermag, sich bei ihr zu melden. Im übrigen ist hier die Kriminalpolizei ganz besonders auf die Mitwirkung des Publikums angewiesen. Sie bittet deshalb jeden, der irgendwelche Beobachtungen über eine verdächtige Annäherung Unbekannter an Kinder macht, den Verdächtigen nicht aus dem Auge zu lassen, eventuell seine Festnahme zu veranlassen.

Sächsische Angelegenheiten.

Kommunistische Einheitstaktik.

Er hatte Knochen wie ein Gaul
und eine freche Stirn,
dazu ein unverschämtes Maul,
jedoch ein klein Gehirn.

Im Landtage wurde am Donnerstag bei der Beratung des sozialdemokratischen Auflösungsantrages und der Anträge für die Erwerbslosen und die Notleidenden von den Kommunisten wieder einmal nach altem Muster ein Spektakelstück aufgeführt, das besser als alles andere zeigt, wie die Kommunisten ihre Einheitsfrontparole praktisch betätigen. Die Auflösung liegt im Interesse des gesamten sächsischen Proletariats, die Kommunisten schreiben sich die Finger wund, um den Arbeitern die Notwendigkeit der Auflösung zu beweisen. Am Donnerstag zeigte sich aber, daß die Kommunisten auch die Auflösung nur als passende Gelegenheit für die Verfolgung ihrer kleinlichen Parteiinteressen benutzen. Paul Böttcher sprach zu dem Antrag. Seine Rede war eine wüßte Hetze gegen die Sozialdemokratische Partei, gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, gegen die Sozialdemokraten im Landtage im allgemeinen und gegen die Fraktionsminderheit im besonderen. Das ist an sich nicht neu, es war ja immer so, aber es war nicht immer so gemein und niederträchtig verlogen wie gerade in diesem Falle. Böttcher bewies damit erneut, wie sehr auf ihn die oben zitierte Charakteristik zutrifft, sein politisches Spatzengehirn begreift nicht, daß man den Arbeitern nicht die Einheitsfront zur Erreichung eines proletarischen Zieles predigen kann, wenn man die Arbeiter, die man für diese Einheitsfront gewinnen will, im gleichem Atemzuge in der gemeinsten Weise beschimpft. Böttchers Auftreten zeigt der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Sachsens wieder, wie mißtrauisch sie den Kommunisten gegenüber sein muß. Derselbe Böttcher, der noch vor kurzem im Landtage erklärte:

„Die Kommunisten werden nach einer Neuwahl des Landtages eine sozialistische Minderheitsregierung unterstützen,"

beschimpft dieselbe Sozialdemokratie, die er in der Regierung unterstützen will, beim ersten Vorstoß für die Schaffung einer solchen Regierung in der ordinärsten Weise. Dabei hat Böttcher an den gegenwärtigen Verhältnissen im sächsischen Landtage sein vollgerüttelt Maß Schuld, war er es doch, der 1923 erklärte:

„Die Kommunisten werden keine sozialistische Minderheitsregierung unterstützen."

Mit dieser Erklärung schuf Böttcher erst die Voraussetzungen für die sächsische Koalition, die sich nachher so verhängnisvoll gegen die Arbeiter auswirkte. Am Donnerstag erlaubte sich Böttcher, wegwerfend und höhnisch über die Zustände in der sozialdemokratischen Partei zu reden, und das angesichts der Tatsache, daß es in keiner Partei so durcheinandergeht wie bei den Kommunisten angesichts der Massenflucht aus der kommunistischen Partei. Dabei ist bekannt, daß Böttcher alles macht, was ihm von seinen Parteibonzen von oben befohlen wird. Er fuhrwegte 1923 die sächsische KPD. in den Dreck, fiel in schwerste Ungnade bei seiner Leitung, wurde vor der gesamten kommunistischen Internationale als unfähiger Trottel übers Knie gelegt und öffentlich nach allen Regeln der Kunst verohlt, mußte wegen seiner Unfähigkeit einen Ausschlußantrag aus der KPD. über sich ergehen lassen, tat in Sack und Asche Buße, bis er wieder in Gnaden aufgenommen wurde. Er schrie jede Parole der KPD. nach, dann schrie er mit der großen Ruth Fischer über die Mondkälber in der KPD., die jede Parole nachschreien, dann schrie er gegen die große Ruth und jetzt reißt er das Maul bis hinter die Ohren auf, um den anderen Schreiern den Rang abzulaufen. Daß er mit diesen Methoden der Einheitsfront der Arbeiter den schlechtesten Dienst erweist, begreift sein Spatzengehirn nicht, das ist ihm auch egal, die Hauptsache ist ihm, daß er in seiner Korona obenauf schwimmt.

Wenn Böttcher solche Lorbeeren erntet, kann Lieberasch nicht zurückstehen. Lieberasch versuchte Böttcher möglichst noch zu übertreffen.

Das sind die Führer der KPD. im sächsischen Landtage, die den Arbeitern praktischen Anschauungsunterricht geben, wie die Aktionen, die im Interesse des gesamten sächsischen Proletariats liegen, von den Kommunisten mißbraucht werden. Wenn es wahr ist, was wir nicht bezweifeln, daß auch unter den Anhängern der kommunistischen Partei das Streben zur ehrlichen Zusammenarbeit aller proletarischen Elemente lebt, dann müssen diese Kommunisten dem Böttcher und Konsorten erst einmal einen Maulkorb anlegen, denn von sich aus können diese politischen Tolpatsche ihr loses Maul doch nicht im Zaume halten.

Was von der Fraktionsmehrheit alles gedeckt wird.

Der Genosse Dr. Max Sachs nimmt in der Dresdner Volkszeitung Stellung gegen einen Bericht über die letzte Fraktionssitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, der von der reaktionären Telunion verbreitet worden ist. Wir haben nämlich die bemerkenswerte Tatsache zu verzeichnen, daß der Dresdner Anzeiger zum Publikationsorgan der Dreiundzwanzig avanciert ist, denn der Bericht der Telunion kann doch nur von einem Fraktionsmitglied inspiriert sein.

Nach diesen Feststellungen wendet sich Genosse Dr. Sachs der durchsichtigen Methode zu, den Parteivorstand nach allen Regeln der Kunst herabzureißen, weil er nicht mehr den Standpunkt der Dreiundzwanzig vertritt, nachdem er eingesehen hat, wohin die Koalitionspolitik in Sachsen die Partei führt. Zum Schluß bemerkt Genosse Dr. Sachs, daß der Bericht der Telunion unvollständig ist, und ergänzt ihn deshalb durch folgende Feststellungen:

„In dem Bericht ist nicht erwähnt, daß der Fraktion außer der Frage der Landtagsauflösung noch eine andre Angelegenheit vorlag, nämlich eine Beschwerde eines Fraktionsmitgliedes über den Abgeordneten Schnirch. Besagtes Fraktionsmitglied hatte die Kühnheit, eine Rüge gegen den Genossen Schnirch zu verlangen, weil Schnirch in einer Sitzung der Ausschüsse A und B, die er als Vorsitzender zu leiten hatte, in etwas stark alkoholisiertem Zustande erschienen war, einem Zustande, der so offenbar zutage trat, daß er auch den bürgerlichen Abgeordneten unangenehm auffallen mußte.

Die Mehrheit der Fraktion hat es abgelehnt, sich mit dieser Angelegenheit auch nur zu beschäftigen. Man darf also im Punkte Alkohol des Guten zu viel getan haben, wenn man im Parlament als Ausschußvorsitzender seine Partei zu vertreten hat. Die Mehrheit der Fraktion hat dagegen nichts einzuwenden. Auch ein Beitrag zur Charakteristik dieser Fraktionsmehrheit. Vor einiger Zeit wurde gemeldet, daß der Abgeordnete Schnirch Amtshauptmann von Stollberg werden solle. Er wird eine gute Figur am Stammtisch der Honoratioren machen."

Zu diesem Vorgange, den die Mehrheit der Fraktion durch Uebergehen zur Tagesordnung deckte, wollen wir noch erläuternd bemerken, daß Schnirch in der erwähnten Sitzung der Ausschüsse A und B den unglaublichen Takt besessen hatte, den Genossen Dr. Sachs zu Angehör bürgerlicher Abgeordneter als „Haderlump" zu bezeichnen.

Wieviel ein Parteigenosse in seinem privaten Leben Alkohol vertilgt, geht uns gar nichts an, wenn er aber als Abgeordneter und damit als Repräsentant der Partei zu parlamentarischer Arbeit betrunken erscheint und sich dabei Flegeleien gegenüber Fraktionskollegen herausnimmt, dann ist das ein Verhalten, das gerügt werden muß. Da die Fraktionsmehrheit die Rüge ausdrücklich abgelehnt hat, ist sie auch in dieser Frage vor den Augen aller anständigen Parteigenossen gerichtet.

Die staatlichen Kraftwagenlinien.

	Januar 1926	Januar 1925
Zahl der Linien	54*	24
Kilometrische Länge der Linien	912 km	466 km
Beförderte Personen	595 744	209 936
Gefahrene Kilometer	241 881	108 139

* Gegen den Vormonat: Abgang 6 Sommerlinien.

Der Haushalt der Landwirtschaftskammer für 1926 ist mit der Summe von 2 193 708 Mk. zum Ausgleich gebracht. Unter den Einnahmen entfallen 355 500 Mk. auf Staatsbeihilfen, 1 395 200 Mark auf Landwirtschaftskammerbeiträge und 330 000 Mk. auf Schulgelder. Bei den Ausgaben werden 177 000 Mk. für Dienstbezüge, 904 500 Mk. für das Unterrichtswesen und weitere Summen für die Förderung der Landwirtschaft in Anspruch genommen.

Das tapfere Schneiderlein. Vom Amtsgericht Dresden wurde gegen den 32jährigen früheren Schneidergehilfen Eulenberger ein Haftbefehl erlassen. Eulenberger ist geflüchtet vor Antritt einer Gefängnisstrafe von drei Monaten, die er wegen Beleidigung des früheren sächsischen Ministers Genossen Schwarz verbüßen sollte, dem er in einem Dresdner Skandalblatt, das den Eulenberger als „Schriftsteller" angestellt hatte, in unverschämter und verleumderischer Weise Dinge unterschoben hatte, für die er auch nicht den Schatten eines Beweises erbringen konnte.

* * *

Dresden. Selbstmordepidemie. 20 Selbstmorde und 37 Selbstmordversuche sind von der Dresdner Polizei im Monat Januar im Stadtgebiet Dresden gezählt worden.

Chemnitz. Erwerbslosendemonstration. Gestern demonstrierten etwa 800 Erwerbslose, von denen ein Teil ins Rathaus einzudringen versuchte, was aber durch die Polizei verhindert wurde.

Plauen. Stürmische Stadtverordnetensitzung. Die gestrige Stadtverordnetensitzung stand im Zeichen des Sturmes. Zur Beratung standen Forderungen der Erwerbslosen dahingehend, daß jedem Unterstützungsberechtigten eine Sonderzuweisung gewährt und die Kosten für eine nach Dresden zu entsendende Abordnung durch die Stadt getragen werden sollten. Während der Verhandlungen mußten die Zuschauertribünen geräumt werden; auch wurde eine ganze Anzahl Ordnungsrufe erteilt. Die Forderungen der Erwerbslosen wurden abgelehnt.

Plauen i. V. Ein Heiratsschwindler. Eine Kassiererin wurde von einem Heiratsschwindler um Bargeld und Schmucksachen im Werte von etwa 1000 Mark betrogen. Als nichts mehr zu erbeuten war, verschwand der Betrüger, ein 22jähriger Reisender aus Nürnberg. Er hat auch anderwärts solche Betrügereien begangen.

Für das Gemeindebestimmungsrecht.

Der Ortsausschuß alkoholgegnerischer Vereine schreibt uns: Zu der Eingabe gegen das Gemeindebestimmungsrecht (GBR.), die vor kurzem die Spitzenverbände von Leipzigs Handel und Industrie an die Reichsregierung und an den Reichstag gerichtet haben und die auszugsweise auch in einigen Tageszeitungen Leipzigs veröffentlicht worden ist, erklären wir, daß wir uns keinen Augenblick im Zweifel darüber gewesen sind, daß sowohl das Gemeindebestimmungsrecht selbst, als auch die seine Einführung vorbereitenden Probeabstimmungen auf Beifall und Zustimmung der Alkoholinteressenten nicht rechnen dürfen und daß wir uns vollständig daran genügen lassen müssen, durch die nach bestem Wissen und Gewissen vorgenommenen Probeabstimmungen unvoreingenommenen, wohlwollenden und geschäftlich an dem Alkoholkonsum nicht interessierten Behörden und Volksvertretern einen Anhalt für die Stimmung der Bevölkerung über das Gemeindebestimmungsrecht zu vermitteln. Wir führen unsren auf die Ernüchterung und Ertüchtigung unseres Volkes abzielenden Kampf mit den Waffen der Wissenschaft und des gesunden, durch eigennützige Interessen nicht getrübten Menschenverstandes ausschließlich im Dienste des Volkswohles und haben es wahrlich nicht nötig, zu Kampfmitteln unsere Zuflucht zu nehmen, die das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen haben. Wir verwahren uns deshalb auf das Entschiedenste gegen die in der Erklärung der Spitzenverbände eingangs ausgesprochenen Verdächtigungen, zu denen zu allerletzt Interessentengruppen ein Recht haben, die laut bisher nicht widerlegten Berichten über ihre hinter verschlossenen Türen stattgefundenen Verhandlungen „gegen die Uebergriffe der Abstinenzbewegung" den Volksbetrug und die Irreführung der öffentlichen Meinung planmäßig betreiben. Was das Gemeindebestimmungsrecht selbst anlangt, weisen wir darauf hin, daß sich die weitesten Kreise unseres Volkes darüber klar sind, daß zur Hebung der geistigen, körperlichen und sittlichen Gesundheit unseres Volkes die Zurückdrängung des neuerdings wieder bedrohlich überhandnehmenden Alkoholismus unerläßlich ist. Dazu ist nötig, daß eine Vermeh-

Kivak
Bohnerwachs
Das anerkannte Mittel für hygienische Fussboden- und Möbelpflege.
Qualitätserzeugnis der Erdalfabrik

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19260326/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

rung wenigstens seiner öffentlichen Quellen verhindert wird. Die bisherige Praxis hat gezeigt, daß — vor allem in der Inflationszeit — in unseren Städten die dafür verantwortlichen Behörden trotz der Not der Zeit der Errichtung zahlreicher Likör- und Weinstuben zugestimmt haben.

Da mit dem Anwachsen des Alkoholismus die sozialen Lasten, die die Allgemeinheit zu tragen hat, in bedenklicher Weise steigen — vermehrte Ausgaben für Armenunterstützung, Unterhaltung von Schulen für Schwachsinnige, von Idiotenanstalten und — infolge gesteigerter Kriminalität — von Gefängnissen und Zuchthäusern — und da auf die Ausbreitung des Alkoholismus die Zahl der Schankstätten von größtem Einflusse ist, verlangen wir, daß über die Entstehung neuer Schankstellen die abstimmungsberechtigte Bevölkerung selbst zu entscheiden hat, daß also das Gemeindebestimmungsrecht eingeführt wird.

Wir fordern dieses Recht auch deshalb, weil wir verarmt sind und es auf die Dauer nicht ertragen können, daß wir für Lebensmittel ungeheure Summen an das Ausland zahlen, während eine Fläche unseres heimischen Bodens, so groß, wie die Ackerbaufläche von Württemberg und Hessen zusammengenommen, der Rohstofferzeugung für die Alkoholindustrie dient. Die Ausgaben für Alkohol betrugen im Jahre 1924, niedrig gerechnet, 2160 Millionen Mark. Ein Teil dieser riesigen Summe könnte wertvolle Zweige der Volkswirtschaft (Baugewerbe, Buchhandel usw.) befruchten und Werte von ungeheurer kultureller Bedeutung schaffen, wenn es gelänge, den Alkoholismus so zurückzudrängen, wie es unserer Armut und unserer Würde entspricht. Das Gemeindebestimmungsrecht soll ein Mittel dazu sein. Zu den Dingen, nach deren Verbrauch auf Grund des Londoner Abkommens (Dawes-Abkommen) vom 9. April 1924 der Wohlstand des deutschen Volkes festgestellt und nach deren Verbrauchszu- oder abnahme die Höhe des an die Gläubigerstaaten zu zahlenden Betrages errechnet werden soll, gehören Bier, Branntwein und Tabak. Für jeden Verantwortungsbewußten sollte es deshalb eine der wichtigsten Aufgaben sein, mit allen erlaubten Mitteln auf eine Einschränkung des Konsums dieser Genußmittel hinzuwirken. Dieses Verantwortungsgefühl lassen die Spitzenverbände von Leipzigs Handel und Industrie vermissen, wenn sie sich — wie geschehen — mit ganz unstichhaltigen Gründen gegen die Einführung eines Rechtes wehren, das der Bevölkerung unmittelbar die Gestaltung dieses Teiles des öffentlichen Lebens und damit auch die Verantwortung dafür in die Hand geben will. Wir sind der Meinung, daß alle Arbeit zur Gesundung des deutschen Volkes die energische Bekämpfung des Alkoholismus mit einschließen muß. Dazu ist unerläßlich eine unermüdliche Aufklärung, namentlich der Jugend, über die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sittlichen Gefahren des Alkoholismus und — in unserer heutigen Lage von ausschlaggebender Bedeutung — über die Notwendigkeit seiner Zurückdrängung zwecks Verminderung der außenpolitischen Lasten des deutschen Volkes. Ebenso unerläßlich erscheint es uns aber auch, daß durch das Gemeindebestimmungsrecht dieser Arbeit die gesetzliche Grundlage gegeben wird, auf der ein Damm gegen die Alkoholflut errichtet werden kann, die wertvollstes Menschen- und Kulturgut unsres Volkes unwiderbringlich zu vernichten droht.

Mehr als 70000 Familien
genießen nur das gute Konsumbrot!

Zum Osterfeste
empfehle
Poetzsch-Kaffee
in täglich frischer Röstung
RICHARD POETZSCH
Kaffee-Großrösterei ◇ Königsplatz ◇ Grimmaischer Steinweg ◇ Hainstraße

Amtliche Bekanntmachungen.

In der Privatklagesache

des Pferdehändlers **Johann Friedrich Emil Bock in Leipzig,** Südstraße 55 — vertreten durch Rechtsanwalt Max Unger in Leipzig — Privatklägers gegen den Händler Kurt Steinbach in Leipzig, Südstraße 38, Angeklagten, wegen öffentlicher Beleidigung hat das Amtsgericht zu Leipzig am 12. März 1926 für Recht erkannt:

Im Namen des Volkes!

Der Angeklagte Kurt Steinbach wird wegen öffentlicher Beleidigung zu **dreißig** RM. **Geldstrafe,** — hilfsweise 3 Tagen Gefängnis — verurteilt. Er hat die Kosten des Verfahrens zu tragen und die dem Privatkläger erwachsenen notwendigen Auslagen zu erstatten pp

Das Straßen- und Wasserbauamt ist vom Finanzministerium mit der Planung einer Umgehungsstraße bei Magdeborn beauftragt worden. Bei den Vorarbeiten hierfür ist das Betreten fremder Grundstücke zur Vornahme von Vermessungsarbeiten erforderlich. Es werden die Fluren **Güldengossa, Gröbern, Göhren, Seifertshain, Dechwitz, Magdeborn, Gruna und Gölsichen** berührt.

Auf Grund von § 14 Abs. 1 des Enteignungsgesetzes vom 24. Juni 1902 wird das Straßen- und Wasserbauamt Leipzig zur Vornahme der Vorarbeiten und zwar auf die Zeit bis Ende 1926 ermächtigt.

Nach § 14 Abs. 2 wird Vorstehendes hiermit öffentlich bekanntgemacht und auf die sonstigen Bestimmungen des § 14 des Enteignungsgesetzes hingewiesen, von denen die für die Grundstücksbesitzer besonders in Betracht kommenden nachstehend unter O abgedruckt sind.

Leipzig, am 24. März 1926.

Die Amtshauptmannschaft.

O.

§ 14 Abs 3, 8 und 9 des Enteignungsgesetzes

3 Die Eigentümer und die Besitzer der betroffenen Grundstücke sind verpflichtet, die Vorarbeiten zu dulden und die vom Unternehmer aus diesem Anlasse angebrachten festen Markzeichen bis zum Beginne der Ausführung des Unternehmens, jedoch nicht länger als 2 Jahre stehen zu lassen. Die Verwaltungsbehörde kann zur Durchführung dieser Vorschrift die ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Zwangsmittel anwenden.

8 Der Unternehmer hat die durch die Vorarbeiten betroffenen Eigentümer und Besitzer zu entschädigen. Kommt hierüber eine Einigung zwischen den Beteiligten nicht zustande, so hat die Verwaltungsbehörde auf Antrag eines der Beteiligten den Schaden nach Gehör eines verpflichteten sachkundigen Schätzers festzustellen. Der Unternehmer hat die festgestellten Entschädigungen den Berechtigten sofort zu bezahlen. Im übrigen gelten für die Entschädigungen die Vorschriften dieses Gesetzes; insbesondere finden die § 32 und 33 Anwendung.

9 Der Anspruch auf Entschädigung erlischt, wenn er nicht innerhalb eines Jahres nach Beendigung der in Abs. 1 bezeichneten Frist bei der Verwaltungsbehörde erhoben wird. Wird für die Anlage das Enteignungsverfahren eingeleitet, so kann der Anspruch innerhalb der angegebenen Zeit auch bei der Enteignungsbehörde angemeldet und von dieser festgestellt werden.

Unter dem Rinderbestande des Gutsbesitzers **Jahn in Großmiltitz** ist die **Maul- und Klauenseuche** ausgebrochen.

Gemäß § 161 flg. der Ausführungsvorschriften des Bundesrats zum Reichsviehseuchengesetz vom 7. Dezember 1911 (RGBl. vom Jahre 1912, Seite 41 flg.) wird bestimmt, daß die Gemeinde Großmiltitz zum Sperrbezirk gehört.

Leipzig, den 25. März 1926.

Die Amtshauptmannschaft.

Wegesperrung.

Wegen Unterspülung der Luppenbrücke im Zuge des Gundorf—Lützschenaer Weges im Revierteil „Forst" wird diese Brücke bis auf weiteres für jeglichen Verkehr gesperrt. Der Verkehr wird auf die Gundorf—Hänichener Straße verwiesen.

Staatliches Forstamt Naunhof
am 25. März 1926.

Max Zöllner
Herr.-, Bursch.-, u. Knab.-Anzüge
Mäntel, Joppen, Hosen
Arbeits- u. Berufskleidung
Billigste Preise
Stötteritz Papiermühlstr., Ecke Schwarzackerstr.

Zu Fest- und Feiertagen empfehle:
ff. Aufschnitt und Fleischsalat
Auf Wunsch jederzeit tafelfertig
Emil Wehner
Schweineschlächterei und Wurstfabrik
Eisenbahnstraße 46.

Augen auf:
Unerhört billiges Osterangebot!
Hojda, Emilienstraße 52 Ecke Windmstr
Sport-Stutzen . . . . . 75 ₰
Barchent- und Zephir-Blusen . . . 95 ₰
Prinzeß-Röcke, prima Qualität 1.50
Einsatz-Hemden, Größe 4 . . . . 1.75
½ Dutzend Taschentücher . . . . 75 ₰
Herren-Socken . . . . . Paar 20 ₰
Echte Gummi-Hosenträger m. Led. 75 ₰
Wischtücher . . . . . 3 Stück 95 ₰
Untertaillen, Hohls., garniert 18 ₰
Wollene Strickjachen 2.50
Scheuer-Schürzen, unzerreißb 85 ₰
Barchent-Hemden, feste Ware 1.95
Mädchenschürzen, reiz. Verarb 95 ₰
Theater- und Apachen-Schals, nur 75 ₰
Jumper, moderne Dessins . . 1.95
Wollene Bettücher 2.50
Extra billiger **Schürzenverkauf!**
Restposten, auch in **Strümpfen,** bis 50% herabgesetzt.
Frottier-Handtücher, gute Ware 95 ₰
Babywäsche, Kunstseid. Röcke u. Hosen, alles gut und spottbillig!
Strick- und Sportwolle, große Auswahl.
Kleider, in groß Ausw., von 2.95 an.
Kostüm-Röcke, feste Ware . 2.50

Leser der Volkszeitung
berücksichtigt euch bei Einkäufen an die Inserate in eurer Zeitung

Preisausschreiben

1. Preis	RM	5000.—
2. „	„	4000.—
3. „	„	3000.—
4. „	„	2000.—
5. „	„	1000.—

Zahlreiche weitere namhafte Beträge von **RM 500.—** bis **50.—**

Näheres im
Reichardt-Ruf.
Die Reichardt-Filialen und alle durch das Plakat „Preisausschreiben" kenntlich gemachten Verkaufsstellen der Reichardt-Kakaos, -Schokoladen und -Pralinen händigen dieses Blatt unentgeltlich aus.
Reichardtwerk, Hamburg-Wandsbek

Gewerkschafts-Kartell Leipzig
Volkshaus, Zeitzer Str. 32 Ruf 34021

Gewerkschaftliche Anzeigen

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Leipzig Tel 34021 u 34011. Geschäftsz. vorm. v 9-12 Uhr, nachm. ½5-½7 Uhr, Sonnabends vorm. 9—12 Uhr

Achtung, Betriebsräte! Sämtliche Betriebe müssen sofort nach dem Bureau melden
1. Zahl der Gesamtbeschäftigten im Betriebe.
2. Zahl der Organisierten.
3. Der zurzeit bestehenden wöchentlichen Arbeitszeit.

Zöpfe
4.- 6.50 9.-
12.50 14.- 18.-
22.- 27.-
graue: 7.- 10.-
14.- 19.-
Friseur Schneider
Ecke Frankfurter u. Leibnizstraße

Bill. Bezugsquelle
solider Möbel
Teilzahlg. gestattet.
Alsch., Klingerstr. 35.

Herren-Konfektion

Herren-Anzüge vornehme Sakkoform, in großer Auswahl, modernste Stoffe, vorzügliche Ausführung, erprobte Qualitäten — Ersatz für Maßarbeit
83.— 81.— 78.— 75.— 72.— 69.—
65.— 62.— 60.— 56.— 54.— 50.—

Sport-Anzüge zwei- und dreiteilig, in Homespun und modern gemusterten Sportstoffen — Gute Verarbeitung
70.— 66.— 60.— 55.— 52.—
45.— 39.— 24.—

Herren-Paletots in Marengo und Covercoat
Elegante Verarbeitung und prima Qualitäten
84.— 81.— 73.— 65.— 50.—

Anfertigung nach Maß im eigenen Atelier
Elegante, sauberste Ausführung
Billigste Preisberechnung

Konsumverein
Leipzig-Plagwitz und Umgegend

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19260326/11
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Stellenangebote

Dachshaar-Zurichterei sucht **jüngere Arbeiterin,** die in allen vorkommenden Arbeiten bewandert ist. Off. u. **D. 25** an die Exp. d. Bl., Taubaer Str. 19/21

Kräftiger
Schmiedelehrling
sofort gesucht.
Schirmer
Lindenthal.

Verkäufe

Auf Teilzahlung
Anzüge, Hosen
Mäntel, Kleider
auch für Kinder
Karl Hertlein
Eisenbahnstr. 33, II. *

Anzüge
ab **20** Mk.
Paletots
Covercoats
und alle
Hrn.-Garderobe
Damen - Mäntel
ab **10** Mk.
Kleider ab **10** Mk.
bar und eventuell
Teilzahlung.
Hahn
jetzt Johannisplatz 6
neuer Laden
Ansehen ohne Kaufzwang.

Auf Teilzahlung
v. wöch. Raten
v. 1.— ℳ erhalt.
Sie **Eleg. Kleider, Mäntel, Sportwest., Gummimäntel, Anzüge, Schuhwaren, Bettwäsche, Inlette · Gardinen**
S. Rachwalski
Täubchenweg 64 *

Neue Plüschsofas
von 85 Mk. an
Stoff- u. Gobelin-Sofa billiger
Chaiselongues
35-50 Mk., auch gebr.
Fischer *
Ranst. Steinweg 41.

Gebr. Sofa billig
Sternwartenst. 28, II

Glitterbett, 73/145, bill.
Go. Blumenst. 62 I. r.

Zahlungserleichterung

**Bettfedern, Bettstellen
Matr., Chaiselongues,
Decken, Schränke,
Schlafzimmer
kauft man bei größter
Auswahl, reell, solid
und preiswert im
Betten-Spezialhaus**

ALPSIA

**Gerberstraße 56
Albertstraße 31
Pfaffendlst 20 ptr.**

Reformbetten
Holzbetten
Kinderbetten
Chaiselongues
Auflegematratz.
Anzahlung 10 Mk
Abzahlung 5 Mk.
Sofortige Lieferung
Kein Aufschlag!
Hofmann
Leipzig-Reudnitz
Kapellenstraße 9 a.

Kinderbetten, Holz
u. Eisen, v. 17.- ℳ an
Teilzlg. Sof. Mitn.
Elsterstr. 46, I. *

Colombus, 4takt
Einbaumot., sf. bill.
Kühn, Friesenstr. 5.

Erstklassige Fahrräder
auf Teilzahlung zu
konkurrenzl. Preisen
Zeitzer Str. 6 b. *

Fahrräder
saubere, sol. Handarbeit unt. Garantie
85—140 Mk.
Emaillieren, vernickeln von Fahr- u. Motorrädern, Reparaturen aller Art, schnell, gut u. billig
Albert Jacob
Siemensstraße 27. *

Fahrräder
spottbillig. **Hanisch,**
Calvisiusstr. 3, III, l. *

Promenad.-Wagen
v. 45 ℳ an, Klappwag., Puppenwag.
Teilzlg. Sof. Mitn.
Elsterstr. 46, I. *

Guterh. Promenad.-Wag. a. Gu., bill. Li.,
Demmeringst. 19 II l.

Zigaretten Bekannte Sorten ::::
100 Stück 1.00 u. 1.50
Zigarren Große Formate **4 Pf.**
Rauchtabak staunend billig!
Tabakhaus Zentrum Reichsstraße 40
Telephon 22473 gegenüber Hallenkamp

sind Sie, wenn Sie unsere bestens bekannten Qualitäts-Schuhwaren und unsere äußerst billigen Preise beachten. — Unsere Schaufenster sagen Ihnen alles

Leipziger Schuhhaus
Gustav Richter
Katharinenstraße 12
vis-à-vis Meßamt.

Reformbetten
Patent- und Auflegematratzen
Ref.-Unterbetten, Chaiselongues *
Steppdecken, Diwandecken
Kleiderschränke u. Küchen
Teilzahlung o. Aufschl., sof. Liefg.
F. Enke, Elsterstr. 46, I.

So lange Vorrat reicht!

Bunte Reisfinken
Stück 1.45 Mk.
Chines. Nachtigallen
Stück 8.50 Mk.
Nonnen-Vögel
Stück 1.50 Mk.
dazu spottbillige Käfige (Meßmuster).
J. Gräbner, Leipzig
Altes Rathaus 3. Tel. 29704.

Anläßlich unseres Geschäfts-Jubiläums

30 Jahre

Diese Sonderpreise

Jumperschürzen aus mod. türkischen Stoffen, mit Rollpaspel und 2 Taschen **1.25**	**Damen-Lagermantel** mit Schalkragen, offenes Fasson mit Gürtel, guter Nessel **5.90**
Mädchen-Hänger solider Water, helle Streifen, farbig gepaspelt Länge 40—65 . . . . . . **95 ₰**	**Haarschleifen** m. Halter aus reinseidenem 11 cm breitem Taffetband in leuchtenden Farben Stück **48 ₰**
Damen-Schlupfhosen Baumwolle, in vielen Farben . . . . **68 ₰**	**Kunstseidener Schal** in verschiedenen Farben . . Stück **95 ₰**
Herren-Einsatz-Hemden mit Perkal- und Zephireinsätzen . . . **1.45**	**Stahlstecknadeln** . . . . 50-Gramm-Dose **15 ₰**
Damen-Strümpfe Baumwolle, Ferse und Spitze verstärkt . . . . **20 ₰**	**Damen-Strumpfhalter** aus kunstseidenem Rüschen-Gummiband . . . . Paar **25 ₰**
Damen-Strümpfe Seidenflor, feinfädig, II. Wahl, vorzügliche Qualität . . . . . . **95 ₰**	**Frühstückstaschen** mit Riemen zum Umhängen, aus gutem Leder . . . . **75 ₰**
Sportwesten reine Wolle, mit Nadelstreifen **4.25**	**Schüler-Etui** mit Einteilung aus starkem Leder **75 ₰**
Sportwesten reine Wolle, einfarbig, mit farbiger Blende **5.25**	**1 Strazze** 120 Seiten stark, sehr gutes Papier **25 ₰**
Kieler Mützen mit Schriftband, in weiß, beige und farbig . . . **1.65**	**1 Postkarten-Album** 800-1000 Karten fassend, schön gebund. **1.75**
Herren- u. Damenschirm kräftige Qualität, mit Futteral und gutem Naturgriff **3.45**	**Maschinentöpfe** Aluminium . . . . 14 cm **95 ₰**
Perkal-Oberhemd mit Kragen, Sportform, schöne helle Streifen **3.90**	**1 Kleiderbürste** 1 Wichsbürste, 1 Auftragbürste, 1 Schmutzbürste . . . . zusammen **75 ₰**
Eleg. D.-Spangenschuh mit Durchbruch in guter Ausführung **6.90**	**Moosröschen-Seife** 5 Stück, ca. 500 Gramm . . Karton **95 ₰**
Herren-Agraffen-Stiefel Rindbox, breit und bequem **7.90**	**Reine Kernseife** 5teilig, gepr. Riegel, ca. 800 Gramm **70 ₰**

Lebensmittel

Landbutter . . . . ½ Pfund	94 ₰	**Kaffee** gebrannt . . . . Pfund 2.85 2.60	2.30
Kalbs-Pfefferfleisch . . . . . Pfund	80 ₰	**Margarine** . . . . Pfund	54 ₰
Grobe Mettwurst halbhart, Pfund nur	1.20	**Schnittbohnen** . . . 2-Pfund-Dose 56	45 ₰
Leipziger Allerlei m. Morch. u. Sparg. . . . 2-Pfund-Dose	88 ₰	**Pfifferlinge** bayrische . 2-Pfund-Dose	95 ₰
Tomaten-Püree . . . 2-Pfund-Dose	28 ₰	**Erbsen m. Karotten** 2-Pfund-Dose	45 ₰
Himbeersaft . . . . Pfund nur	55 ₰	**Feinste bayr. Heidelbeeren** 2-Pfd.-Dose	75 ₰

Schnelläufer lackiert, mit Holzrädern ca. 80 cm hoch . . . . Mk. **2.75** — **Puppe** niedlich gekleidet, im Karton, 17 cm groß . . . . Mk. **1.25**

Sandformen aus Blech, bunt lackiert, 7 Teile, im Karton . . . Mk. **95 ₰** — **Papp-Ostereier** in den Preislagen 25 28 35 48 55 85 **95 ₰**

Uri

Gebr. Uri A.-G.

Gr. Fleisch- u. Wurst-Zentrale
Hainstraße 17/19. Durchgang UT.
Inhaber: **M. Ufer.**

Achtung, diese Woche
ff. fr. gehackt. Rindfleisch . . . Pfd. **85 ₰**
ff. Rindfleisch zu Gulasch . . . . . . Pfd. **85 ₰**
ff. fr. Gehacktes halb und halb . . Pfd. **95 ₰**
Pa. fr. Schweinebauch . . . . . . Pfd. **1.00**

H. BAUMGÄRTEL

Heute bis Ostern

besonders billige Verkaufstage
Zahlung bequem nach **Vereinbarung**
trotz Mitnahme der Ware
Frühjahrs- u. Sommer-Moden
für
Herren — Damen
Knaben — Mädchen
Wäsche, Schuhe aller Art
in riesiger Auswahl
nur beste Qualitäten und Verarbeitung
Baumgärtel
Kein Laden **Königsplatz 9, I** neben Grassi-museum

Edeldahlien
Obstbäume
Obststräucher
Hochstammrosen
Blütenstauden
Erdbeerpflanzen
empfiehlt in reicher Sortenwahl
Otto Thalacker
Leipzig-Wahren, Fernspr. 50276. *

Anerkannt. Saatkartoffeln
aus Sandboden, gangbare Sorten,
offeriert billigst in Ladungen,
Fuhren und zentnerweise
Rich. Jausch Dresdn. Bahnh., Ladest 5 u. Zentralmarkthalle. *

Ihr Anzug *
wird „wie neu“ gereinigt u. gebügelt f. ℳ 5.50, Abhol. u. Zust. frei. Postk. genügt an **Reinigung „Undine“**
L. Dö.itz. Burcherdstr. 5

Bubikopf
Spezial - Schnitt
Verschneiden Mk. 1.-
mit Frisur „ 2.-
inkl. Kopfwäsche 3.-
Friseur Schönbrodt
Querstraße 33, I. *

Einstellraum
für Motorräder frei
pro Tag 50 Pfg. bei
A. Kühn, Friesenstr. 5.

Gute Drucksachen

von der einfachsten bis zur geschmackvollsten, modernsten Ausführung in ein- und mehrfarbigem Druck liefert pünktlich für Gewerbe, Handel, Behörden und Private, auch in Massenauflagen (hergestellt im Flachdruck sowie im Rotationsbetrieb) bei billigster Preisberechnung

Leipziger Buchdruckerei A.G.
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 — Fernsprecher Nr. 72206

Promenadenwag.
Klappwagen
Zahlungserleichtg.
Nürnberger Str. 6, Hof. *

Kinderwagen
jeder Art
Reisekörbe
Teilzahlung
Sofort. Mitnahme!
Peter & Co., G. m. b. H.
Brüderstr. 4. Mab. *

Guterhalt. dunkler
Klappwagen
billig zu verkaufen.
Neu-Paunsdorf
General-Bülowstr. 6, p.

Kaufgesuche

Kaufe per Kasse:
1 Damenrad, gebr.,
1 Hrn.- u. Kinderrad
Hübner, Vo. Kirchst. 24 *

Diverses

Elegante Frack- und Gehrock-anzüge verleiht
Schaul
Gr. Fleischerg. 10, I. *

Gute Reklame
durch das Inserieren in der Leipziger Volkszeitung bringen
Gute Geschäfte

Inserate sind nicht zu adressieren an die Redakt., sondern an d. Exped.

Achtung, Radfahrer!
Rahmen- u. Gabel-Emaillieren 7.50 Mk.
Vernickeln, Reparaturen sauber, preisw.
bei **A. Kühn, Merseburger Str. 83 u. Friesenstr. 5**

„Das Stuvkamp-Gefühl“
Rheumatismus, Ischias, Gicht, allgemeine Abgespanntheit u. frühzeitiges Altern sind meistens die Folgen unreinen Blutes.

Stuvkamp-Salz
hilft auf natürliche Weise das Blut von Schlacken und Ablagerungen reinigen und leistet somit dem gesunden Menschen hervorragende Dienste als vorbeugendes Mittel.

Stuvkamp-Salz
Orig.-Pckg. z. RM 3.— u. RM 2.— überall zu haben.
Generalvertrieb für Deutschland: Phönix-Handels-Gesellschaft m. b. H., Berlin SW 68, Ritterstraße 48, Telephon: Dönhoff 8244.
Vertreter und Auslieferungslager: Gustav Fichtler, Leipzig, König-Johann-Str. 5, Fernspr. 25085.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19260326/12 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Wirtschaft

Die Bilanz der Adca.

I.

Die Allgemeine Deutsche Creditanstalt in Leipzig verbindet die Feier ihres siebzigjährigen Bestehens mit der Veröffentlichung der Bilanz für das Jahr 1925. Ein Vergleich dieser Bilanz mit der letzten Vorkriegsbilanz ist kaum angängig, da die Adca von heute eine ganz andre ist, als die von 1913. Schon vor dem Kriege hat sie, wie die übrigen Großbanken, eine Politik der Expansion getrieben; sie war bestrebt, ihren Geschäftskreis durch Angliederung andrer Bankfirmen auszudehnen. Die Angliederung der Vorkriegszeit hielt sich aber, verglichen mit denen der Nachkriegszeit, in bescheidenen Grenzen. Allein in den Jahren 1917 und 1918 hat sich die Adca folgende sächsische Bankfirmen einverleibt: Oberlausitzer Bank in Zittau, Geringswalder Bank, Vogtländische Bank in Plauen, Bergmännische Bank in Freiberg, die Bankfirmen Gustav Grimm in Treuen i. V. und Chr. Fr. Seyfert in Olbernhau, Vereinsbank in Sebnitz, Firmen Ernst Börner in Marienberg und R. Halbenz in Schwarzenberg, Vereinsbank in Zittau und Bitterfelder Bankvereins-Genossenschaft m. b. H. in Bitterfeld. Nach dem Kriege ist der Angliederungsprozeß fortgesetzt worden. Die Angliederungspolitik, die zur Folge hatte, daß in den wichtigsten Städten Sachsens Niederlassungen errichtet wurden, zeigt, daß die Adca bestrebt war, in Sachsen eine Monopolstellung einzunehmen. Allerdings ist ihr das nicht ganz gelungen, denn sie hat Mühe, dem Vordringen der Berliner Großbanken standzuhalten.

Außer durch Angliederungen hat die Adca von einer Reihe in- und ausländischer Bankunternehmungen durch Aktienkäufe Einfluß genommen. Sie ist u. a. maßgebend beteiligt an der Amsterdamschen Kredietmaatschappij in Amsterdam, an dem Wiener Bankhause Johann Liebig u. Co. und an dem Bankhaus Altenburg u. Lindemann in Naumburg. Noch in der letzten Zeit hat sie ihre Beteiligung vermehrt durch Verstärkung des Besitzes von Aktien der Anhalt-Dessauischen Landesbank in Dessau. Seit 1901 besteht eine Interessengemeinschaft mit der Diskontogesellschaft in Berlin, durch die also eine Verbindung mit dem Kartell der Berliner D.-Banken hergestellt ist. Eine sehr enge Verbindung besteht außerdem noch mit dem Barmer Bankverein und der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank in München, seit 1922 ferner ein Interessengemeinschaftsvertrag mit der Braunschweigischen Bank- und Kreditanstalt-A.-G., Braunschweig. Die Adca hat ihr Filialennetz in der Nachkriegszeit außerordentlich ausgedehnt. Die inzwischen stark verminderte Höchstzahl der Niederlassungen betrug 130. Ende 1925 bestanden nur noch Niederlassungen an 80 Plätzen. Die Verwaltung glaubt, daß ihr beim Filialabbau gerade als Provinzbank gewisse Grenzen gesetzt sind, weil für sie die Durchsetzung ihres Arbeitsgebietes mit zahlreichen Filialen von besonderer Bedeutung ist. Die Aufrechterhaltung des Filialnetzes braucht die Adca, um sich den Berliner Großbanken gegenüber zu behaupten und ihre Selbständigkeit zu bewahren. Die Diskontogesellschaft, mit der sie durch Interessengemeinschaft liiert ist, hat wiederholt schon das Ansinnen an sie gestellt, die lose Verbindung der Interessengemeinschaft durch vollständigen Zusammenschluß zu ersetzen. Die Adca hat aber bisher solchen Versuchen Widerstand entgegengesetzt.

Wie im vorigen Jahr, so werden auch diesmal wieder acht Prozent Dividende verteilt. Die Adca verfährt also ebenso wie die übrigen Großbanken, die alle die gleiche Dividende wie im Vorjahre verteilen. Diese Gleichartigkeit der Dividendenpolitik läßt auf ein mehr oder weniger stillschweigendes Uebereinkommen schließen. Daß ein solches Uebereinkommen überhaupt zustandekommen kann, daß trotz der Verschiedenartigkeit des Geschäftsumfanges und der geschäftlichen Betätigung bei allen Großbanken die gleiche Dividendenpolitik durchgeführt wird, läßt allein schon darauf schließen, daß die Ziffern der Bilanzen sehr unzuverlässig sind und nur ein getrübtes Bild von der wirklichen Lage der Banken geben. Der naive Betrachter müßte annehmen, daß die Höhe der Dividende festgesetzt wird, nachdem die Bewertung von Vermögen und Schulden die Höhe des Reingewinns ergeben hat. Tatsächlich verhält es sich umgekehrt: Man kommt zunächst überein, wieviel Dividende man ausschütten will, wie hoch der Reingewinn sein soll, den man der Außenwelt zeigen will, und danach wird dann die Bewertung von Vermögen und Schulden eingerichtet. Die Bilanzziffern haben also einen sehr zweifelhaften Wert, und ebenso zweifelhaft sind natürlich auch alle Schlußfolgerungen, die man aus ihnen zieht.

Daß die Bilanz keineswegs ein getreues Spiegelbild der wirklichen Lage der Bank ist, gibt die Verwaltung selbst zu; sie schreibt in ihrem Geschäftsbericht, daß sie selbstverständlich von Verlusten nicht verschont geblieben sei. Die zahlreichen Zusammenbrüche und Zahlungseinstellungen hätten zu Abschreibungen und Rückstellungen Anlaß gegeben. Man könne aber sagen, daß die Rückstellungen so reichlich erfolgt sind, daß allen zu erwartenden Verlusten voll Rechnung getragen ist. Die Gewinne aus den übrigen Geschäften waren also so groß, daß nicht nur die bereits entstandenen Verluste ausgeglichen werden konnten, sondern daß man sich außerdem noch durch entsprechende Rückstellungen vor künftig etwa entstehenden Verlusten sichern konnte. Wie groß aber diese Rückstellungen sind, bei welchen Bilanzposten Verluste entstanden sind bzw. erwartet werden und wo Rückstellungen vorgenommen worden sind, wird nicht gesagt. Diese Methode der Ausgleichung bereits eingetretener und die Vorwegnahme künftiger Verluste durch versteckte Abschreibungen ist natürlich geeignet, die Bilanzziffern noch unzuverlässiger erscheinen zu lassen.

Die deutschen Sparkassen in der Wirtschaftskrise.

Das Reichsstatistische Amt macht über die Entwicklung des deutschen Spar- und Giroverkehrs folgende Angaben:

	Spareinlagen		Giroeinlagen	
	Bestand Ende des Vormonats	Bestand Ende des Vormonats	Guthaben	Schulden
	(in Millionen Mark)			
September 1925	1 315,0	1 386,7	873,0	1 225,2
Oktober 1925	1 780,8	1 478,3	848,8	1 271,6
November 1925	1 468,0	1 551,9	866,5	1 303,2
Dezember 1925	1 550,9	1 620,1	871,1	1 294,2
Januar 1926	1 615,0	1 780,2	911,0	1 318,2

Der Spareinlagenüberschuß im Monat Januar beträgt rund 165,2 Millionen Mark gegenüber 69,2 Millionen Mark im Dezember 1925 und 83,9 Millionen Mark im November. Dadurch steigert sich die Gesamtsumme der Spargelder im Deutschen Reich auf 1 780,2 Millionen Mark.

In der Entwicklung geht Preußen mit rund 1,2 Milliarden voran. Ihm folgen Bayern mit 130 Millionen, Sachsen mit 82, Württemberg mit 78, Baden mit 67, Hessen mit 42, Mecklenburg-Schwerin mit 7, Thüringen mit 35, Mecklenburg-Strelitz mit 0,5, Oldenburg mit 14,2, Braunschweig mit 6,7, Anhalt mit 11,6, Waldeck mit 2,4, Schaumburg-Lippe mit 2,6, Lippe-Detmold mit 7,3, Hamburg mit 55,8, Bremen mit 30,3 und Lübeck mit 1,3 Millionen.

14 Prozent Dividende bei der Papierfabrik Sebnitz.

SNR. 14 Prozent Dividende hat der Aufsichtsrat der Papierfabrik Sebnitz, A.-G., zur Verteilung in Vorschlag gebracht gegen 10 Prozent im vergangenen Jahre.

Der Großhandelsindex wieder gestiegen. Die auf den Stichtag des 24. März berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts hat sich gegenüber dem Stande vom 17. März (117,8) infolge der Steigerung der Getreidepreise um 1 v. H. auf 119,0 erhöht. Die Preissteigerungen für Zucker, Fleisch, Aluminium und Kupferbleche wurden durch die Preisrückgänge für Schmalz, Hopfen, einige Textilrohstoffe und -halbwaren sowie die meisten Nichteisenmetalle etwa ausgeglichen. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse von 112,3 auf 114,4 oder um 1,9 v. H. angezogen, während die Industriestoffe von 128,1 auf 127,6 oder um 0,4 v. H. weiter nachgegeben haben.

Eine 100-Millionen-Anleihe der Reichsbahn. Die Deutsche Reichsbahn steht mit den D.-Banken in Verhandlung, um eine Investitionsanleihe, die wahrscheinlich rund 100 Millionen Mark betragen wird. Die Einzelheiten des zu erwartenden Abschlusses sind noch unbekannt. Die Reichsbahn hat statutarisch das Recht, einen Betriebsmittelkredit in Höhe von 250 Mill. Mark aufzunehmen. Von diesem Recht hat sie bisher keinen Gebrauch gemacht. Darüber hinaus stehen ihr 1,4 Milliarden Vorzugsaktien zur Verfügung, die sie für den gewünschten Kredit, der besonders für Bauten aufgebraucht werden soll, verwenden kann. Sehr wahrscheinlich werden die Vorzugsaktien als Unterlage für den neuen Reichsbahnkredit dienen.

Wachsende Gewinne des Alkoholkapitals. Der soeben veröffentlichte Bericht der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein für das 6. Geschäftsjahr (1. Oktober 1924 bis 30. September 1925) zeigt wesentlich günstigere Ergebnisse als das Vorjahr. Die Bilanz ergibt eine Reinüberschuß von 163 616 013,84 Mk. Branntweinerzeugung und Branntweinabsatz haben sich ganz erheblich gesteigert. Die gegenteiligen Behauptungen, die das Alkoholkapital verbreitet, sind also falsch. Die Monopolverwaltung hat im Berichtsjahre ihre von den verschiedenen Arten Brennereien übernommen 1 765 039 Hektoliter gegen 1 523 069 Hektoliter im Vorjahre, also 242 000 Hektoliter Schnaps mehr. Die Steigerung ist zwar besonders groß bei dem Branntwein, der nicht zu Trinkzwecken, sondern zu technischen und pharmazeutischen Zwecken abgegeben wird, aber auch der Absatz von Trinkbranntwein ist stark gestiegen: von 315 905 Hektoliter auf 551 871 Hektoliter. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in diesen Zahlen weder die großen schwarzgebrannten Mengen noch die nicht unbedeutenden Mengen enthalten sind, die aus dem vergällten Branntwein durch verbotswidrige Reinigung gewonnen werden.

40 Prozent Dividende. Die Internationale Schlafwagengesellschaft (Wagons-Lits) wird für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 40 Prozent verteilen. Die Dividende für das Jahr 1924 betrug 32 und die für das Jahr 1923 23 Prozent.

Leipziger Schlachtviehmarkt vom 25. März.

Auftrieb: 159 Rinder (davon 6 Ochsen, 48 Bullen, 30 Kalben, 75 Kühe), 912 Kälber, 254 Schafe, 1475 Schweine, zusammen (2800). Außerdem von Fleischern direkt zugeführt 6 Rinder, 46 Kälber. — Schafe, 15 Schweine. — Preise für 50 kg Lebendgewicht (in Reichsmark): Ochsen: 1. Kl. —, 2. Kl. —, 3. Kl. —, 4. Kl. —. Bullen: 1. Kl. 49–51, 2. Kl. 43–48, 3. Kl. 36–42, 4. Kl. —. Kühe: 1. Kl. —, 2. Kl. 42–45, 3. Kl. 30–41, 4. Kl. 20–29, 5. Kl. —. Färsen: 1. Kl. —, 2. Kl. 42–49. Kälber: 1. Kl. —, 2. Kl. 78–82, 3. Kl. 75–77, 4. Kl. 65–74, 5. Kl. 51–61. Schafe: 1. Kl. —, 2. Kl. 52–54, 3. Kl. 48–51, 4. Kl. 42–47, 5. Kl. 35–41. Schweine: 1. Kl. 80–81, 2. Kl. 78–79, 3. Kl. 76–77, 4. Kl. 74–75, 5. Kl. 72–73, 6. Kl. 69–71, 7. Kl. 69–75.

Amtliche Preise der Produktenbörse.

Berlin.

Getreide per 1000 Kilo sonst per 100 Kilo, alles ab Station; Weizenmehl per 100 Kilo brutto (Roggenmehl per 100 Kilo) einschl. Sack frei Berlin. Preise in Reichsmark.

Produkte	25. März	24. März
Weizen, märkischer	261–265	261–265
Roggen, märkischer	156–161	159–164
Gerste, Sommer-	170–193	170–193
„ Futter-	—	—
„ Winter-	139–153	139–153
Hafer, märkischer	165–177	164–176
Mais	—	—
Weizenmehl	33,25–36,50	33,25–36,50
Roggenmehl	23,00–25,00	23,00–25,25

Handelsrechtliches Lieferungsgeschäft (Berlin).

Mit Normalgewicht für Weizen 755 Gr. pro L., für Roggen 712 Gr. pro L., für Hafer 450 Gr. pro L., für Mais, gut, gesund, ohne Angabe der Provenienz, alles vom Kahn oder vom Speicher Berlin. Getreide per 1000 Kilo, Mehl per 100 Kilo einschl. Sack frei Berlin.

Weizen. März 278, Mai 274–274,50, Juli 273–273,50 G.
Roggen. März —, Mai 181–180,25, Juli 185,50 B.
Hafer. März —, Mai 180, Juli 182.
Mais. Mai —, Juli —.
Roggenmehl. März —, Mai —, Juli —.

Metalle. Berlin, 25. März. Kupfer (Elektrolyt) 133,50 (133,75) Mark für 100 kg.

Baumwolle. Bremen, 25. März. 20,39 (20,45) Dollarcents per engl. Pfd.

Rundfunkprogramm.

Leipzig.

Sonnabend, den 27. März. Wirtschaftsrundfunk: 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Woll- und Baumwollpreise; amerik. Metallmeldungen des Vorabends. 2,45 Uhr: Devisen, Baumwolle, Landwirtschaft, Berliner Oel Notiz. 3,30 Uhr: Berliner Produktenbörse. 4,45–5 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen fürs Haus. 5,30 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Wiederholung von 2,45 und 3,30 Uhr und Berliner Metalle amtlich. 6–6,15 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen fürs Haus. 6,15 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Fortsetzung für Baumwolle, Londoner Metalle amtlich und Landwirtschaft und Mitteilungen des Leipziger Messamts für Handel und Industrie. Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung: 10,10–10,15 Uhr: Winterwetterberichte des Sächs. Verkehrsverbands. 10,15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11,45 Uhr: Wetterdienst und -Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12,55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3–4 Uhr: Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstituts (Deutsche Welle) 3–3,30 Uhr: Prof. Dr. Amsel und Oberschulrat Westermann: Einheitskurzschrift. 3,30–4 Uhr: K. Dellus, Referentin im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten: „Das ländliche hauswirtschaftliche Lehrlingswesen als Grundlage für die fachlich hauswirtschaftliche Ausbildung, seine Bedeutung in wirtschaftlicher und erziehlicher Hinsicht.“ 4–4,45 und 5–5,30 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdner Rundfunkhauskapelle. 6,30–6,45 Uhr: Funkbastelstunde. 7–7,30 Uhr: Vorlesung aus englischer Prosadichtung: Miß Elizabeth Harper: Elsie and the Child and other Stories by Arnold Bennet (Tauchnitz Edition vol. 4663). 7,30–8 Uhr: Funkschach: Schachmeister R. Max Blümich: „Erläuterung einiger Glanzpartien.“ 8,15 Uhr: Hörspiel: „Gyges und sein Ring.“ Tragödie in 5 Akten von Friedrich Hebbel. Einführende Worte und Spielleitung: Julius Witte. Anschließend (etwa 9,45 Uhr): Pressebericht und Sportfunkdienst. Schluß etwa 10,15 Uhr, doch ohne Gewähr. Danach: Freizeit für Funkfreunde, die auswärtige Sender hören wollen.

Der denkende Verbraucher ist Mitglied des Konsum-Vereins!

Die Metropole.

Von Upton Sinclair.

33] Nachdruck verboten.

Sechzehntes Kapitel.

Allan vergrub sich von neuem in seine Akten, und Alice verbrachte ihre ganze Zeit mit Vorbereitungen für den Ball der Frau Devon. Allan staunte noch immer über das gesellschaftliche Phänomen, das sich Frau Devon nannte. Bei dem großen Ball erging es ihm ganz gut; er verfiel nur in einen einzigen Fehler: er hielt nämlich die für den Abend angestellten Detektive für Gäste und ließ sich, da sie ihm intelligenter und unterhaltender erschienen als die andern Leute, mit ihnen in ein längeres Gespräch ein. Mit staunenden Augen betrachtete er die Blumenpracht. (Es hieß, alle Handelsgärten bis Atlanta seien für diesen Ball ausgeplündert worden.) Im Empfangssaal stand die kleine, alte Dame in einem Orchideenhain; sie trug ein purpurnes, ganz mit Edelsteinen besetztes Gewand. Der Kotillon wurde von zweihundert Leuten getanzt; Kunstgegenstände und Schmuck wurden als Geschenke verteilt. Frau Devon selbst zog sich bald zurück, aber die Gäste blieben bis zum Morgen. Daheim angelangt, dachte Allan darüber nach, daß die ganze Pracht und die menschliche Arbeit und Anstrengung, die durch sie verkörpert worden waren, nicht mehr bedeuteten, als eine Erinnerung. Der Ball war gleichsam eine Signalglocke gewesen, er verkündete, daß nun die „Saison“ beginne. Er öffnete die Schleusen der Vergeudung, und die Ströme des Leichtsinns und der Verschwendung fluteten über. Von nun an füllten Tees, musikalische Empfänge, Diners und Soupers die Tage und Nächte der Gesellschaft aus. Die Bedeutung der Saison beschränkte sich nicht allein auf die vornehme Welt, sondern berührte auch die Händler und Fabrikanten, die jene Ware herstellten und lieferten, die von der Gesellschaft gekauft wurde. Selbstverständlich lag es im Interesse dieser Leute, so viel wie möglich zu verkaufen; deshalb erfanden sie die „Moden“, kleine Exzentrizitäten in Material und Schnitt. Die gelbe Presse brachte Spalte um Spalte: „Was von den Vierhundert getragen wird!“; es gab zahllose Magazine mit Millionen Lesern, die einzig und allein Moden und derartige Dinge propagierten. Männer und Frauen spannten alle Kräfte an, um dem Phantom der Mode folgen zu können, die Massen gingen um seinetwillen in Not und Elend zugrunde, um seinetwillen wurde die Jugend, die Hoffnung der Welt, verkauft und verraten.

Die Metropole kannte einen einzigen Prüfstein: das Geld. Freude an Schönheit, Gastfreundschaft, Musik, Tanz, Liebe, alles diente nur dazu, um den Besitz des Geldes zur Schau zu stellen. Die Männer waren damit beschäftigt, immer mehr und mehr Geld zusammenzuraffen, die müßigen Frauen jedoch hatten nichts andres zu tun, als einen wahnsinnigen Luxus zu treiben. Jene Frau, deren Verschwendung am meisten Werte und Menschenleben vernichtete, war die berühmteste und gefeiertste.

Am meisten aber erschütterte Allan der Anblick der „zweiten Generation“, der jungen Menschen, die, obgleich sie eben erst die Bühne betraten, bereits vergiftet waren. Die Welt hatte ihnen ein großes Unrecht angetan, indem sie gestattete, daß sie Geld ausgaben, das sie nicht selbst erworben hatten. Sie waren gleichsam abgeschnitten von der Wirklichkeit, von jeder Möglichkeit, den Sinn des Lebens zu begreifen. Ihre starken, gesunden, jungen Körper verlangten nach Betätigung und — es gab für sie nichts zu tun. Deshalb stürzten sie sich in einen Strudel der Lustbarkeiten, deshalb jagten sie ruhelos neuen Gefühlen, Erlebnissen und Sensationen nach, erbauten Paläste, warfen für Bälle und Festlichkeiten Geld hinaus, rasten im Automobil durchs Land, bereisten die Welt in Jachten und Privatzügen. Vergeblich; nichts vermochte die übersättigten Nerven zu erregen. Eine ungeheure Langeweile beherrschte die Gesellschaft, die Frauen gähnten hinter den juwelengeschmückten Fächern. Frau Billy Alden fuhr mit einer Gesellschaft nach Aegypten und gähnte der Sphinx ins Gesicht; auf der Fahrt den Nil hinunter spielten die Gäste Bridge.

Die jungen Millionäre versuchten alles, um der Langeweile zu entgehen. Der eine unterrichtete, von Reportern umgeben, an einer Sonntagsschule, ein zweiter kaufte im ganzen Land Zeitungen auf und führte einen erbitterten Kampf gegen die eigene Klasse. Einige interessierten sich für die Slums und russischen Revolutionäre, ja, es gab sogar welche, die sich „Sozialisten“ nannten. Dies erschien Allan am allermerkwürdigsten; er betrachtete voller Erstaunen einen derartigen Sozialisten und gedachte des Mannes, der auf der Straße eine Rede gehalten hatte. Es war ein erschreckender Gedanke, daß neben dieser zweiten Generation eine dritte heranwuchs. Was konnte aus ihr werden? Diese Kinder der Reichen erbten schon in der Wiege Millionen; manche erhielten als Geburtstagsgeschenk ein Millionendollarhaus. Die Babys trugen Hundertdollarkleider, schneuzten die kleinen Nasen in mit echten Spitzen besetzte Taschentücher, besaßen winzige goldene Bürsten, Kämme und Puderdosen. Diese Kinder wuchsen in einer Atmosphäre des Luxus und der Selbstsucht heran; mit sechs Jahren tyrannisierten sie die Dienerschaft und hörten Klatschgeschichten, mit zwölf rauchten sie Zigaretten. Snobismus und Gemeinheit vergifteten die von ihnen eingeatmete Luft. Winzige Geschöpfchen sprachen bereits darüber, was die verschiedenen Dinge gekostet hatten. Nichts auf der Welt war für sie zu gut. Sie hatten ihre eigenen kleinen Autos, ihre Vollblutponys; Puppenhäuser in echtem Louis XIV., mit Teppichen und elektrischer Beleuchtung, dienten ihnen zum Spiel. Sie taten, was ihnen beliebte und ließen sich daran von niemand hindern. Allan fragte sich schaudernd, was aus der Welt würde, wenn sie unter die Herrschaft dieser verwöhnten Kinder gelangte?

Siebzehntes Kapitel.

Etwa ein Monat verging; Allan lebte so zurückgezogen, wie sein Bruder es zuließ; Alice hingegen war Tag und Nacht unterwegs, machte alles mit, Charlie Carter umwarb sie eifriger denn je.

Allan war nun bereits mit allen Einzelheiten des großen Prozesses vertraut. Je tiefer er grub, desto mehr Dinge entdeckte er bei der Fidelitas sowie beim ganzen Versicherungswesen, die ihn zutiefst empörten. Er begriff nicht, wie derartige Zustände vor der Oeffentlichkeit verborgen bleiben konnten; um so mehr, da alle in der Wall Street um sie zu wissen und sie für selbstverständlich zu halten schienen. Allan hatte die trockenen Tatsachen mit Leben erfüllt. Der Protest, den er vor der Welt hinausschreien würde, war ihm eine ernste Sache; war nicht nur der Kampf eines einzelnen um einige tausend Dollars, sondern ein Appell zugunsten Millionen hilfloser Menschen, deren Vertrauen betrogen wurde; der erste Schuß in einer großen Schlacht, die der junge Rechtsanwalt gegen die Uebel des Tages ausfechten wollte. Er übergab Herrn Hasbrook die Anklage und freute sich über den Eindruck, den sie bei ihm hervorrief. Freilich fand sein Klient, daß etliche der Argumente allzu radikal klangen, von streng legalem Standpunkt gesehen. Aber Allan beruhigte ihn darüber.

Und nun kam der Tag, da das Schiff von Stapel laufen konnte. Die Nachricht mußte sich rasch verbreitet haben. Wenige Stunden nach Einreichung der Klage wurde Allan von einem Reporter aufgesucht, der ihm berichtete, die Kunde sei wie eine Bombe in den Finanzkreisen explodiert. Allan erklärte dem Reporter den Fall und teilte ihm Einzelheiten mit, die der Aufmerksamkeit des Publikums unterbreitet werden sollten. Als er jedoch am nächsten Morgen die Zeitung las, sah er voller Erstaunen, daß der ganze Fall mit wenigen Zeilen abgetan wurde; hingegen füllte ein Interview mit einem Angestellten der Fidelitas, der behauptete, es handle sich hier um eine Erpressung, einige Spalten.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19260326/13 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Volkszeitung.

Feuilleton

Freitag, 26. März 1926

Diamanten und Sklaven.

Von Hans Otto Henel.

Wenn der angehende Neuyorker Millionär seinen nichtgeschäftlichen Gefühlen einen Sehnsuchtswunsch erlaubt, so geht der in neunundneunzig von hundert Fällen um einen vornehmen Platz in der Metropolitan-Oper. Nicht etwa, weil er dort die teuersten Dirigenten, die beseeltesten Musiker, die goldhaltigsten Kehlen, die rassigsten Tänzer und die prunkvollste Ausstattung der ganzen Welt bewundern möchte — nein, diese unwägbaren Schätze verursachen ihm kein Herzklopfen. Aber die Metropolitan-Oper bietet allabendlich ein anderes Schauspiel, das nicht seinesgleichen auf dem Erdball hat und den Dollarjäger, der über das erste Hunderttausend hinaus ist, mit magischer Gewalt anzieht: Das diamantene Hufeisen. Die Sehnsucht nach ihm ist beim amerikanischen Geldbürger so stark, wie beim deutschen Spießer der Wunsch, einmal einem leibhaftigen Fürsten ins Angesicht blicken oder gar mit ihm in demselben Raume weilen zu dürfen. Und wie es dem deutschen Spießer nur um den Hauch von Selbstbewußtheit und Knechtsverachtung geht, die vom Fürsten ausstrahlen, also Gefühle, die dem geistigen Eunuchen fehlen, so läßt sich der amerikanische Bürger von den Glitzerstrahlen des diamantenen Hufeisens elektrisieren, weil sie jenes märchenhafte Vermögen repräsentieren, das er nicht hat. Ein Unterschied zwischen beiden besteht insofern, als der deutsche Bürger seine Begeisterung darin erschöpft, Schuhputzer und Dreckhudel seines Abgottes zu sein, während der amerikanische sich selbst an dessen Stelle zu bringen versucht.

Die Logen, die das Parkett der Metropolitan-Oper im Hufeisenrund umsäumen, sind bei Beginn der Vorstellung noch gähnend leer. Ihre Inhaber legen keinen Wert darauf, ein Kunstwerk vom Anfang bis zu Ende aufzunehmen. Wenn es ihnen überhaupt um die Kunst ginge, würden sie sich vielleicht das Orchester für lumpige paar tausend Dollar nach ihrem Palast bestellen, wo sie genießen könnten, ohne von den Leutchen des ersten und zweiten Ranges bespitzt zu werden, denen ihr ärmlicher Besitz von ein oder zwei Millionen im neidischen Gesicht geschrieben steht. Natürlich haben es auch die Hufeisenleute ganz gern, wenn ihre mit den erlesensten Speisen genährten Körper durch die wehmutsvollen Melodien von Tristan und Isoldes Liebestod ein bißchen wollüstig angeregt werden, aber in erster Linie kommen sie doch hin, um sich zu zeigen, um gesehen zu werden. Deshalb auch erscheinen sie erst gegen Ende des zweiten Aktes. Wenn dann Tristan verwundet in Kurwenals Arme sinkt und der Vorhang das helle Bild der Szene dunkel abschließt, dann strahlt plötzlich das Hufeisen der Parkett- und Balkonlogen die Beleuchtung des Riesenraumes in tausendfältigem Gefunkel zurück. Und auf den oberen Rängen zücken jetzt die ärmeren Leute die Operngläser, um die fabelhaften Millionen zu bepaffen und zu beneiden, die als Diamanten die Stirnen, Hälse, Schultern, Brüste und Arme jener Goldfürstinnen schmücken, die auf den privilegierten Plätzen des Hufeisens sitzen.

Die jungen Mädchen, die ihre schönen und raffiniert gepflegten Glieder von den geschliffenen Steinen überblitzen lassen, die Frauen, deren reife Schönheit im Diamantengefunkel gleich einer Krämerware ausgeboten wird, die Matronen, die ihre fragmentarischen Reize schamlos in Gold und Edelsteine fassen — keine denkt dabei an eine Verschönerung im ästhetischen oder künstlerischen Sinne. Das natürlich Schöne, also Jugendanmut und frauliche Reife und Matronenwürde, sind kaum beachtete Werte in einer Gesellschaft, die ihren Rang nach dem Kapitalbesitz mißt. Die Größe ihres Kapitals ist der eigentliche Schmuck, der die Damen des diamantenen Hufeisens ziert, und diese Schönheit wollen sie zeigen. Mit Säcken Goldes oder Banknoten und Schatzanweisungen mögen sie sich nicht behängen, denn am wohlgepflegten Körper stinkt das aus dem Schweiße der Sklaven gemünzte Geld doch, trotz aller gegenteiligen Sprichwörter. Man tauscht das stinkende Geld gegen ein Ding, das seinen Wert bei diesem Tausche voll behält, das wenig umfänglich ist und doch den Kapitalbesitz seines Trägers weitleuchtend verkündet, ein Dingchen, das zu den kostbarsten Erdengütern gehört, weil es selten ist: den Diamanten. Diamanten sind der augenfälligste Wertmesser des Besitzes.

Wissen in Neuyork und anderswo die Weibsbilder, die ihren persönlichen Wert durch die mehr oder mindere Fülle ihrer Diamanten bestimmen, daß kaum ein anderes Mineral soviel Blut und Tränen unzähliger Menschen, ja Untergang und Aufstieg ganzer Völker verursacht hat wie der Diamant? Sie sollten es wissen, denn seinen hohen Preis verdankt dieser Edelstein nicht nur seiner Seltenheit, sondern hauptsächlich der Mühseligkeit seiner Gewinnung. Aber das wäre ja für jene entartete Gesellschaft nur ein Grund mehr, sich mit dem Werte ihres Besitzes zu brüsten. Ob der Mensch, der als erster den glitzernden Steinchen die Bedeutung des Schmuckes beilegte, geahnt hat, welchen Fluch er damit über seine Menschenbrüder brachte?

Wo der Diamant auch gefunden wird, in Vorderindien, Borneo, Brasilien, Südafrika, Südwestafrika, Nordamerika, im Ural, ist er zur Ursache furchtbaren Unrechts der habgierigen Eroberer gegen die Urbevölkerung geworden. Nur um kostbaren „Schmuck" für reiche Leute zu beschaffen, sind viele Tausende friedfertiger Menschen unterdrückt, geknechtet, vertrieben, getötet worden. Gewiß, der Diamant wird auch als Nutzmineral verwendet, zum Glasschneiden, Gravieren, als Kopf für Härtebohrer, aber dieser Verbrauch kommt quantitativ gar nicht in Frage gegenüber seiner Verwendung als Schmuckstein. Das Land mit dem reichsten Diamantenvorkommen ist heute Südafrika, wo die ersten Funde 1867 bei Kimberley gemacht wurden. Die politische Geschichte Südafrikas ist seit 75 Jahren durch den Diamanten entscheidend beeinflußt worden, und Kenner der dortigen Verhältnisse behaupten, daß dadurch sehr bald das Geschick des englischen Imperiums entschieden werden wird, vielleicht überhaupt das des ganzen europäischen Kolonialsystems.

Die Kolonisierungsmethoden der Buren und Engländer gegen die südafrikanischen Eingeborenenstämme, die aus friedlichen Ackerbauern und Viehzüchtern bestanden, nahmen erst wirklich barbarische Formen an, als die Eindringlinge neben Gold auch Diamanten entdeckten. Beide waren Diebe an der Urbevölkerung und zwangen die Bestohlenen noch, ihnen bei der Bergung des Raubes behilflich zu sein, indem sie in den Diamantwäschereien ein kärgliches Brot verdienen mußten. Nachdem sich Buren und Engländer 1899 im sogenannten Burenkriege über die Beute auseinandergesetzt hatten und das mächtige England ganz Südafrika schluckte, beginnt mit dem Anfange des 20. Jahrhunderts die schamloseste und unverhülltste Sklaventragödie unserer Zeit. Bisher hatte es den Schwarzen immer noch freigestanden, in den Diamantenminen zu arbeiten. Die an ein ungebundenes Leben gewohnten Menschen hielten das aber meist nicht lange aus, sondern kehrten bald zu ihren Herden und Feldern zurück. Jetzt aber wurden sie systematisch um ihre ursprünglichen Existenzmittel gebracht, Herden und Weideplätze um billiges Geld in europäischen Besitz übergeführt, und damit mußten sie wohl oder übel zu Proletariern und Arbeitssklaven in unserm Sinne werden. Anfänglich taten sie das Selbstverständlichste und ließen manchen Diamanten mitgehen. Aber die britische Regie merkte das natürlich und führte strenge Kontrolle ein. Wenn die farbigen Arbeiter nach Arbeitsschluß die Mine verließen, wurde jede Falte ihrer Kleidung und alle Ritzen, Spalten und natürlichen Löcher des Körpers untersucht. Trotzdem wurden nach wie vor Diamanten ausgeschmuggelt. In hohlen Zähnen wurden sie versteckt, in selbst zugefügten Wunden eingeheilt oder verschluckt, um außerhalb der Mine auf natürlichem Wege dem Körper wieder entzogen zu werden. Die Engländer zeterten über diebische Veranlagung der Schwarzen und verschwiegen nach Art aller Kolonisatoren, daß sie diese Naturmenschen erst durch ihr schlechtes Beispiel verdorben hatten. Vorher war es den Negern nie eingefallen, den Glitzersteinen einen Wert beizumessen.

Die europäischen „Kulturmenschen" haben nun heute ein System ausgeklügelt, das dem schwarzen Arbeiter — es gibt nur schwarze Arbeiter in den Diamantenminen — das Entwenden von Steinen praktisch bedeutungslos, ja geradezu unmöglich macht. Man hat die vielen tausend Neger, die in den Minen arbeiten, in Reservaten zusammengetrieben, in denen sie eingeschlossen sind und von regulärem Militär scharf bewacht werden. Zwischen Arbeitsplatz und Wohnung kommt der Neger mit niemanden als den Schergen der Grubenbesitzer zusammen. Und wenn er den größten Diamanten der Welt in seine Hosentasche steckt, er nützt ihm nichts, es sei denn, daß er ihn an einen weißen Besucher um wenige Schillinge verkaufen könnte. Aber es ist selbstverständlich, daß sich die Minenbesitzer auch dagegen schützen. Nur sehr selten und schwierig bekommt ein Neger Urlaub, und dann muß er die kniffligsten wissenschaftlichen Untersuchungsmethoden (Röntgenstrahlen usw.) über sich ergehen lassen. Entdeckt man einen Stein bei ihm, wandert er auf lange Jahre in das Separat-Zuchthaus der Diamantenminen.

Die vollkommene Versklavung der schwarzen Volksstämme wird damit beschlossen, daß die Neger dem Weißen gegenüber faktisch rechtlos sind. Der Europäer darf sich gegen den Minensklaven alles erlauben, nur eines nicht: er verfällt schwerster Strafe, wenn er dem Neger eine Waffe zukommen läßt. Die englische Regierung weiß, daß auch der schwarze Proletarier sich die Sklaverei nicht mehr gefallen läßt, wenn er erst einmal im Besitz ausreichender Waffen ist.

Vorläufig aber gibt es noch viele tausende wehrloser Sklaven in der Sonnenglut Südafrikas, damit die Misses allabendlich in der Metropolitan-Oper zu Neuyork mit Diamanten prahlen können. Zu Neuyork — und auch anderswo.

Alibi am Flusse Alibe.

In Dresden hat es in dieser Woche einen kleinen überaus komischen Theaterskandal gegeben, mit dem wir uns als einer geringfügigen Lokalangelegenheit überhaupt nicht zu befassen brauchten und auch nicht befaßt haben würden, wenn die Behandlung der Sensation in der sächsischen Presse nicht wieder einmal die Reputation unsres guten Sachsenlandes gefährden und die in der Reichshauptstadt verbreitete Auffassung fördern würde, daß man alles Sächsische nur unter den Gesichtspunkten des Bliemchen-Kaffees und von „Mei Gudester" betrachten könne.

Also die Dresdner hatten eine Matinée, Morgenfeier sagt der Deutsche, bei der, musikalisch eingewickelt, die Berliner Schriftsteller Brecht, Bronnen und Döblin je eine Viertelstunde aus ihren Werken vorlesen sollten. Von Bert Brecht weiß man im literarischen Deutschland, daß er „Trommeln in der Nacht" und „Baal" geschrieben hat. Von Arnolt Bronnen kennt man meistens den „Vatermord" (drei Stücke, die auch in Leipzig gespielt wurden), Alfred Döblin, wesentlich älter als die beiden andern, hat bedeutende Romane wie „Die drei Sprünge des Wang-Lun" oder „Berge, Meere und Giganten" geschrieben. Die bewußte Morgenfeier hieß die „Kämpfe der Gegenwart". Man schien also in den Kreisen der Dresdner Intendanz die drei Autoren für belangvolle Vertreter heutiger Dichtung zu halten. Was denn auch bei allerhand weitgehenden Meinungsverschiedenheiten über den Wert ihrer einzelnen Werke oder die Dauer ihrer Geltung sich objektiv gar nicht bestreiten läßt.

Im Vollgefühl also, würdige Repräsentanten der Gegenwart zu sein, und als solche auch von der einladenden Intendanz ästimiert zu werden, fuhren die drei schon Sonnabends nach Dresden. Man hatte sie ja auch zur Teilnahme an einer großen Verdi-Premiere eingeladen, die der „Macht des Schicksals", von dem Wiener Dichter Franz Werfel textlich erneuert, die Opernbühne erobern sollte und anscheinend auch erobert hat.

Nun aber beginnt sich etwas wahrhaft Schauerliches, was man nur ungern und erschüttert ausspricht: Man hatte den drei Poeten Plätze im zweiten Rang (!?!) an der Kasse zurückgelegt. Ja, ein den Autoren befreundetes Berliner Blatt versichert sogar, daß es schlechte Plätze gewesen sind. Vor allem weiteren gähnen düstere Klüfte voll unlösbarer Widersprüche. Daß man ihnen nachher, fragt sich nur wann, andre Plätze angeboten hatte, die zufällig noch vorhanden waren, aber nicht beieinander lagen; daß sie diese verschmäht, daß sie geklimpft, abermals geschimpft, niemanden vorgelassen haben und zu einem kleinen Abendessen mit einigen Schauspielern nicht erschienen sind; anderseits aber zu dem großen Bankett, das gleichzeitig für Werfel, einen Autor, der Kasse macht, raschend gefeiert wurde, keineswegs eingeladen, sondern eben nur, wenn man den verworrenen Meldungen von etwa 10 großen Tageszeitungen aus allerhand deutschen Städten über diese Katastrophe unsrer Literatur trauen darf, an einer Art von Trompetertischchen für Autoren, die nicht soviel Kasse machen, und nur 15 Minuten vorlesen dürfen, abgespeist werden sollten.

Jene aber ließen sich so nicht abspeisen, sondern verfaßten eine schwermütig-schöne Ballade, die in der Morgenfeier von dem Dichter Brecht vorgetragen wurde, und hier nachher folgen soll, und die das beste an dem ganzen Rummel ist, ein kleines Kunststück der Ironie, der Selbstverspottung und der versteckten Wortspielerei. Wegen dieses Meisterwerkchens von literarischer Satire in eigener Sache hätten die guten Dresdner und ihre biederen Pressevertreter, wohl eigentlich die kleinen Exzesse nachsehen müssen, die sich von dreien einer, der junge Arnolt Bronnen, überhaupt ein recht hemmungsloser Spaßvogel, zuschulden kommen ließ. Der war am Sonntagmorgen, o Graus, nicht ganz in feierlichem Schwarz vor dem erhabenen Dresdner Publikum erschienen, er sprach von einem schamlosen Empfang durch die Staatstheater (womit er die schlechten Plätze und das Trompetertischchen meinte) und wollte — in seinen 15 Minuten — keinen Vortrag halten, sondern lieber nur etwas vorlesen, womit er ja eigentlich recht hatte. Den andern beiden hat man überhaupt nichts vorzuwerfen und kann höchstens behaupten, sie hätten nicht gut vorgetragen, was bei Dichtern bekanntlich nicht immer böser Wille zu sein pflegt.

Aber man höre nur, wie ein offizieller Biedermann aus Dresden die drei geladenen Vertreter der Gegenwart apostrophiert:

„Wir möchten den für ihre Mitwirkung bezahlten Gästen recht nachdrücklich sagen: Wer die Ehre hat, vor das Dresdner Publikum zu treten und auf der Dresdner Schauspielbühne zu erscheinen, hat wirkliche oder eingebildete Empfindlichkeiten beiseitezustellen und nur das Künstlerische walten zu lassen."

Das ist anmaßendes Spießbürgergerede in einem jämmerlichen Stil, der nur die Zeitungsphrase walten läßt und vor seinem Dresdner Publikum, das doch mindestens nicht feiner als irgendein andres ist, auf dem abonnentenwerbenden Bauch liegt.

Ein paar erfolgverwöhnte Schriftsteller, die ihrer Eitelkeit einen fetten Bissen vorwerfen und sich lieber auf das hohe Pferd einer satirischen Ballade setzen, als auf die allzu hoch gelegenen Plätze in der Oper, sind denn doch weit sympathischere Zeitgenossen. Zumal wenn sie sich über den tantiementrächtigen Dichter des „Weltfreunds", den wohlbeleibten Werfel, den sie auf lateinisch Alea nennen, und über ihren mißglückten Besuch in der Stadt Dresden lustig machen, die sie ebenfalls lateinisch mit Alibi titulieren, was anderswo, sonstwo, irgendwo bedeutet, und außerdem den Vorzug hat, an der Alibe zu liegen, was exotisch klingt, und natürlich die Elbe bedeutet. Erfährt man dazu noch, daß sich der Leiter des Dresdner Sibyllenverlags der Drei Poeten, die sich in dieser sonderbaren Stadt schon als gekränkte Halbgötter zu fühlen anfingen, freundschaftlich angenommen hat, so errät man leicht, wer Sibillus ist und wird auch anerkennen, daß die ganze Geschichte, wie sie nachher im Berliner Börsenkurier veröffentlicht wurde, einen einheitlichen exotisch-mythologischen Anstrich bekommen hat:

1. Sie luden aber ein drei Götter
   Zu Alibi am Flusse Alibe,
   Und machten eine große Versprechung
   Von 150 Hekatomben für einen jeden von ihnen
   Und Ehrung, so vieler sie bedürften.

2. Als sie aber ankamen, war nur der Regen da
   Sie zu empfangen.
   Und als sie kamen zu dem Festhause der Stadt Alibi,
   Hörten sie mächtig Getöse aus seinem Innern.
   Denn sie feierten ein Fest zu Ehren des großen Alea.
   Und kamen hinein und sahen ihre Stühle stehen,
   Wo die Mäntel hingen und die faulen Eier gekocht wurden.
   Da weinten die Gottheiten zwischen den Mänteln,
   Die der Regen empfangen hatte.

3. Es trat aber zu ihnen Sibillus, ein Mann aus der Stadt,
   Der kannte sie von früher her und tröstete sie:
   Und ging umher, Leute zu sammeln, die guten Willens wären,
   Die guten Götter zu verehren zu Alibi, der Stadt an dem Fluß Alibe.
   Er fand aber da niemand.

4. Sprach Sibillus, Mann aus der Stadt Alibi:
   Laßt uns hingehen zum Tische des dicken Alea,
   Welcher ein Weltfreund ist, daß wir aufsammeln die Brosamen,
   Die von seinem reichen Tische fallen.
   Und sie gingen und kamen an vor den Tischen.
   Es fiel aber da kein Brosamen.

5. Da verzagte Sibillus und sagte zu den drei Gottheiten:
   Wollet nicht verzweifeln und euch nicht stürzen
   In den Fluß Alibe wegen mangelnder Ehrung,
   Daß nicht überschwelle der Fluß und
   Wegschwemme unsre Stadt Alibi!

Also sie wollen die Stadt Dresden doch stehen lassen. Trotzdem werden sie wohl an der Alibe nicht so bald wieder eine gute Presse finden und ihre Premieren lieber alibi, nämlich anderswo unterbringen nach den Erfahrungen, die Dresden mit ihnen und die sie mit Dresden gemacht haben.

Bei dem ganzen Fall ist das bißchen übertriebene Autoreneitelkeit, die man doch zuerst selber herausgefordert hatte, die Nebensache und wird infolgedessen von allen Spießbürgern und ihren berufenen Vertretern als die Hauptsache betrachtet. Das eigentliche Motiv, das es reizvoll machte, sich mit dieser kindischen Angelegenheit zu beschäftigen, ist neben der beinahe genialen und jedenfalls äußerst komischen Allegorie des kleinen Gedichts die Enthüllung der schrecklichen Humorlosigkeit und banausischen Wichtigtuerei eines offiziellen Kunstbetriebes, der sich drei in ganz Deutschland einigermaßen bekannte Dichter als Fünfzehn-Minutenbrenner bestellt, der Kämpfe der Gegenwart plakatiert, aber nachher ein heiteres Spottgedicht nicht vertragen kann, der über seiner großen Opernkasse ganz die kleine Morgenfeierei vergißt und daher in die peinliche Lage kommt, seinem selbstbewußten Stammpublikum an Stelle von drei wohlfrisierten Vertretern einer Fünfzehn-Minuten-Gegenwart nur drei verärgerte Schriftsteller bieten zu können, von denen der eine sogar ausfällig wird.

Wo er doch die Ehre hat, für ein Viertelstündchen in das hinein oder jedenfalls vor das hinzutreten, was Schmock mit frommem Schauer als sein Publikum zu verehren gelernt hat. hgr.

Kleine Chronik.

Bedingte „Begnadigung" des Schauspielers Gärtner. Der im vorigen Jahre zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und drei Monaten verurteilte Schauspieler Joseph Gärtner ist nach langen Verhandlungen nun doch begnadigt worden. Der Oberreichsanwalt teilt dem Gnadengesuchsteller in folgendem Schreiben die Freilassung Joseph Gärtners mit: „Auf das Gnadengesuch vom 7. Dezember 1925 für den Rezitator und Schriftsteller Joseph Gärtner hat der Herr Reichspräsident dem Strafgefangenen Joseph Gärtner mit Erlaß vom 19. März 1926 den noch nicht verbüßten Teil der Freiheitsstrafe aus dem Urteil des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik vom 21. Juni 1925 unter der Bedingung erlassen, daß nicht wegen eines innerhalb von drei Jahren nach der Entlassung aus der Strafhaft begangenen Verbrechens oder vorsätzlichen Vergehens Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Monat erfolgt. gez. Ebermeyer."

Das Berliner Tageblatt, dem wir diese Meldung entnehmen, faßt sein Urteil dahin zusammen: „Gärtner selbst hat die Einreichung eines Gnadengesuchs standhaft abgelehnt; die bedingte Begnadigung, die ihm nun auf fremde Intervention hin zuteil wird, ist keine Wiedergutmachung des Justizirrtums, dem er zum Opfer fiel!" — Sagen wir ruhig: sie ist das Gegenteil davon. Erfreulich ist weiter nichts, als daß ein Unschuldiger ein halbes Jahr früher als sonst in die Freiheit zurückkehrt.

Die Intendantengeschäfte am Zwickauer Stadttheater wurden an Stelle des ausscheidenden Intendanten Grelle dem Stadtverordneten Wolfgang Poppe vom 1. April an übertragen. Fast 24 Jahre lang hat Grelle das Stadttheater geleitet. Poppe entstammt einer Leipziger Journalistenfamilie.

Mitteilungen der Städtischen Theater-Intendanz. Dienstag, den 30. März, im Alten Theater zu kleinen Preisen „Minna von Barnhelm". Anfang 8 Uhr. Vorverkauf beginnt am 26. März, ohne Vorverkaufsgebühr.

Operetten-Theater. Die unter Otto Findeisens Leitung Freitag, den 26. März, stattfindende Uraufführung des Singspiels „Der arme Poet" von Hermann Engelmann weist folgende Besetzung auf: Anneliese Riedner, Thea Tizlani, Lia Stadtegger, Phily Einicke und die Herren Wiesendanger, Gfaller, Westerholt, Bergmann und Tobien.

Wer ist eigentlich Lessing? Von Lessing erzählt Dusch den folgenden bezeichnenden Charakterzug: Als der Dichter einstmals in einem neuen Anzug in Braunschweig ausging, glaubte er zu bemerken, daß er von vielen Personen mit größerer Höflichkeit als gewöhnlich gegrüßt würde. Als er nach Hause kam, zog er den Rock aus, warf ihn mitten ins Zimmer und rief ihm lachend zu: Wer von uns beiden ist denn nun eigentlich Lessing, ich oder du?

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19260326/14 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Neues Theater.

Augustusplatz [illegible] Fernruf 21415

Freitag, den 26. März 1926
Oeffentliche Vorstellung
zugleich Anrechts-Vorstellung für den Wirtschaftsverein Deutscher Lehrer

Undine.

Romantische Oper in 4 Akten, nach Fouqués Erzählung von A. Lortzing.
Musikalische Leitung: Albert Conrad.
Bühnenleitung: Heinz Hofmann

Personen: Kühleborn, ein mächtiger Wasserfürst (H. Fleischer-Janczak); Berthalda, Tochter d. Herzogs Heinrich (G. Merbach); Ritter Hugo von Ringstetten (A. Balve); Tobias, ein Fischer (M. Rothharpell); Martha, seine Frau (Ebba Mossalenko); Undine, ihre Pflegetochter (E. Hoegel); Pater Heilmann, aus dem Kloster Maria-Gruß (Fritz Gabriel); Veit, Hugos Schildknappe (Alb. Petrey); Hans, Kellermeister (E. Herdelung); Der Kanzler (P. Beit) Edle, Frauen, Herolde, Gefolge, Fischer, Landleute, Erscheinungen.

Der 1. Akt spielt in einem Fischerdorfe, der 2. in der Reichsstadt im herzoglichen Schlosse, der 3. u. 4. Akt in der Nähe u. auf der Burg Ringstetten. Festlicher Reigen im 2. Akt, angeordnet von Erna Abendroth, ausgeführt von den Tänzerinnen
Pause nach dem 1. und 3. Akt.
Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende nach 10¼ Uhr

Sonnabend, den 27. März 62. Anrechts-Vorstellung 2. Folge rot: Neu inszeniert: **Samson und Dalila.** Anfang 7½ Uhr

Sonntag, den 28. März 61. Anrechts-Vorstellung (. Folge weiß) **Orpheus in der Unterwelt.** Anfang 7½ Uhr

Schauspielhaus.

Sophienstr. [illegible] Tel. [illegible]

Freitag, den 26. März 1926, abends 8 Uhr
Stürmischer Heiterkeitserfolg
Zum 14. Male:

Die leichtbekleidete Adele

Schwank in 3 Akten von Walter Hein
In Szene gesetzt von Reinhold Lalaud

Personen: Gottfried Göpel, Sprungfedern en gros und en detail (P. Wildenhain); Rosa Monica, seine Gattin (M. Kröger-Michaelis) Margarete gen. Gritli, beider Tochter (S. Weichert). Adele Flamberg (G. Doerpelkus); Toniek, ein smarter Jüngling (L. Kondziella); Moritz, auch ein smarter Jüngling (E. Schafsoong); Lene, die Köchin (A. Zeitler). Zwei Herren mit Amtsmiene (P. P. Lenz u. E. Paulus); Ein Kellner, Ein Hausdiener, Ein Piccolo des Hotels Grüne Amsel in Leipzig an der Pleiße (S. Strauß, G. Bankwart, E. Bischoff)

Der erste Akt spielt in Leipzig zur Frühjahrsmesse, der zweite und dritte in einer kleinen Stadt
Pause nach dem 1. und 2. Akt
Einlaß 7½ Uhr Anfang 8 Uhr. Ende 9¾ Uhr

Sonnabend den 27. März abends 8 Uhr: Erstaufführung **Die Durchgängerin**

Sonntag, den 28. März nachm. 3½ Uhr: Vorstellung für den Verein Klopsholz Rota. Abends 8 Uhr: **Die Durchgängerin**

Der 11. Spielabschnitt läuft vom 11. März bis 30. März 1926. Bis zu diesem Tage muß die elfte Marke der Jahreskarte an der Tageskasse eingelöst sein

Alberthalle
Montag, den 29. März, abends 7½ Uhr:
11. Philharmon. Konzert
Leitung: Generalmusikdirektor
Dr. Rudolf Siegel
Solist
Prof. Carl Flesch
Näheres siehe Plakate!
Karten b. Althoff, Jost, Meßamt

Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut.

Altes Theater. Freitag, 26. März wird statt: „Der fröhliche Weinberg" „Die Zeit wird kommen" von Romain Rolland gegeben Einzelplatz 1.50 Mk., III. Rang 50 Pfg.

Dienstag, den 30. März, abends 7 Uhr in der Thomaskirche

Matthäus-Passion
von Johann Sebastian Bach.
Ausgeführt vom Stadt- und Gewandhaus-Orchester und namhaften Solisten.
Leitung: Professor Dr. Karl Straube.
Anrechtler 1.25 Mk., Nichtanrechtler 2 Mk.

3 Linden
Täglich 8 Uhr:
Labéro
Witaly & Oriwe
The 6 Dountons
Heinz Comp.
Diese Namen
von großem Klang sind in
einem
Programm zu sehen!
Außerdem
die übrigen Attraktionen
Telephon 43543 / 43856.

Kaffeehaus Küster
Plauensche Str. 13
Täglich nachmittags u. abends
Künstlerkonzerte
Salon-Musik mit Jazz-Einlagen

In Geschmack, Aroma und Ergiebigkeit unübertrefflich ist der nur aus feinsten Sorten sehr sorgfältig zusammengestellte

Konsum-Verein Röst-Kaffee Leipzig-Plagwitz u. U.

Stets frisch geröstet ist er nur in den 95 Lebensmittelläden des Konsum-Vereins L.-Plagwitz u. Umgeg. erhältlich.

Bufetts
Nußb. v. 320.– ℳ an
Schlafzimmer
Eiche v. 980.– ℳ an
Bücherschränke
Schreibtische
Küchen
Einzelmöbel
staunend billig
Möbel-Schumann
Goethestr. 1, Corso
Fahrst., kein Laden

Inserate sind nicht a. die Redaktion, sondern an die Expedition der Volksztg. zu richten

Neu ist die Abteilung für Gelegenheitskäufe im Hause August Polich

Außerordentlich vorteilhafte Gelegenheitskäufe.

Wir benachrichtigen hiermit unsere verehrte Kundschaft ergebenst, daß wir unseren sämtlichen Verkaufs-Abteilungen Damen-, Herren- und Kinderkonfektion, Herrenartikel, Damenwäsche, Stoffe, Möbelstoffe und Gardinen, Kurzwaren und Trikotagen spezielle Verkaufsstände angegliedert haben, in welchen ständig Gelegenheit geboten ist, besonders vorteilhafte Käufe zu tätigen. Wir empfehlen unserer verehrten Kundschaft, von dieser neuen Einrichtung ausgiebigen Gebrauch zu machen.

AUGUST POLICH

Film-Palast
Ll., Gundorfer Str. 31

Luna-Lichtspiele
Eutritzsch, Schiebestraße

Bis Montag.
Werkt. ½7, Sonntag 5 Uhr. Letzte Vorst. ½9 Uhr. Werkt. ½7 Uhr, Sonnt. ½6 Uhr

Henny Porten
in dem köstlichen 6-Akter
Das Abenteuer der Sybille Brant
Hout Gibson
in dem ungeheuer spannenden Sensations-Schlager
Zirkus Wild-West
Deulig-Woche.

Wieder eines der herrlichsten u. erfolgreichsten Filmwerke.
Gräfin Mariza
nach der berühmten Operette in 6 Akten mit
Harry Liedtke.
Das 6aktige Drama
Wenn die Liebe stirbt..

Sonntag 3 Uhr: Kinder-Vorstellung: Zirkus Wild-West. Beiprogramm.

Echter Gebirgs-
Wacholderbeer-Saft
Jahn, Schützenstraße 21.

Weinbrandverschnitt 38% Mk. 2.50
Liköre Mk. 3.– per ¾-Ltr.-Fl. einschl. Flasche u. Steuer
In Sprit 95%, Mk. 5.– per Liter.
Essenzen zur Selbstherstellung von Likören in grosser Auswahl empfiehlt
Drogerie Seifert
Plagwitz, Zschochersche Str. 30

Lindenauer Lichtspiele
Lützner Straße 19
Heute: Eddi Polo — Albertini die Meister d. Sensationen werden von dem Film
Der weiße Panther
weit übertroffen. Ein Mädchenraub aus dem Harem. Atemberaubende Kämpfe, unübertroffene Reiterkunststückchen zeigt dieses einzig dastehende Filmwerk
Onkel Bräsig
Nach dem berühmten Roman: Ut mine Stromtid d. großen deutschen Meistererzählers Fritz Reuter
Dieses Programm übertrifft alles bisher Dagewesene!
Sonntag ½3 Uhr Kinderv. mit Onkel Bräsig

Central-Lichtspiele
Lindenau, Gundorfer Straße 11
Der Mitternachts-Expreß
Der größte und spannend. amerik. Sensations-Film in 9 Akten.
Warum sich scheiden lassen?
Lustspiel in 6 Akten mit Marg. Kupfer, Colette Brettel, Max Landa, Herm. Picha.

Altes Theater.

Richard-Wagner-Platz [illegible] Fernruf [illegible]

Freitag, den 26. März 1926
Oeffentliche Vorstellung
zugleich Anrechts-Vorstellung [illegible]

Die Zeit wird kommen

Drama in 3 Akten von Romain Rolland
[illegible]

Personen: [illegible]

[illegible]
Pause nach dem 2. Akt.
Einlaß 7½ Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr
Preise der Plätze [illegible]

Sonnabend den 27. März: Außer Anrecht: **Der fröhliche Weinberg.** Anfang 8 Uhr

Sonntag den 28. März: **Die Zeit wird kommen.** Anfang 8 Uhr

Neues Operetten-Theater
Tel. 22481

Heute Freitag, 7½ Uhr:
Uraufführung:
Der arme Poet
Singspiel in 3 Akten von
Hermann Engelmann.
Musik nach Schumann-Motiven von Otto Findeisen.
Gastdirigent: **Otto Findeisen.**
Hauptdarsteller:
Anneliese Riedner, Thea Tiziani, Philly Einicke, Lia Stadtegger, Rudi Gfaller, Edgar Wiesendanger, Hans Bergmann, Werner Westerholt, Max Toblen.
Sonnabend und Sonntag 7½ Uhr:
Der arme Poet
Sonntag, den 28. März nachm. 3 Uhr:
zu ganz kleinen Preisen
Mk. 0.75 bis 4.00
Ein Walzertraum
Operette in 3 Akten von Oskar Straus

Battenberg-Theater
Direktion: Paul Baumgarten.
Heute abend 8 Uhr
Neu für Leipzig!
Die ewige Lampe
Ein urkomisches Stück in 3 Akten von Otto Härting
Vorverkauf: Tageskasse 10–2 Uhr. Fernspr. 23247, Zig.-Gesch. Markt 10 u. Katharinenstraße 6

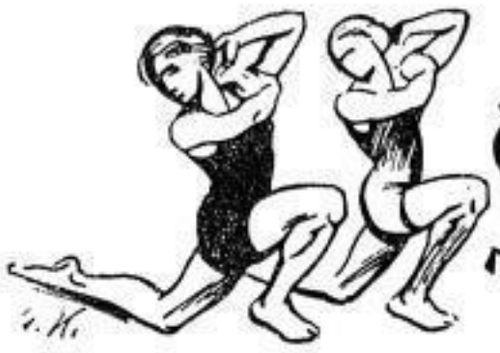
41. Ausstellung
Lehrlingsarbeiten Gesellenstücken
23.–31. März 1926
Leipziger Handwerker Schau
Untergrundmeßhaus
Geöffnet 9–7 Uhr
Eintritt 30 Pfg.

Wein Weiss-, Rotwein 0.75 an Tarragona süss, 1.10 an Blutrot, Süssw. 1.25 an
Wermut 0.75 an. Malaga dunkel voll 1.35 an Tokayer süss 2.50 an Samos, Muskateller 1.35 an Sekt 3.25 an, Portwein 2.5 an, Madeira, Sherry Obstschaumw. 1.50 an. Preise o. St. u. Fl. Erstkl. Spirituosen in großer Auswahl zu billigen Preisen. Ferner v. Fass: Rheinwein, vorzügl. sehr preisw. Tisch- und Bowlenwein, Ltr. 85 ₰, versch. Süssweine v. 1.20 an pro Ltr. Trotz der bill. Preise alles nur gute, reelle Qualitäten.
A. Friese, Grimm. Steinweg 11
Kellerei Hof, kein Laden. Fernspr. 26387.

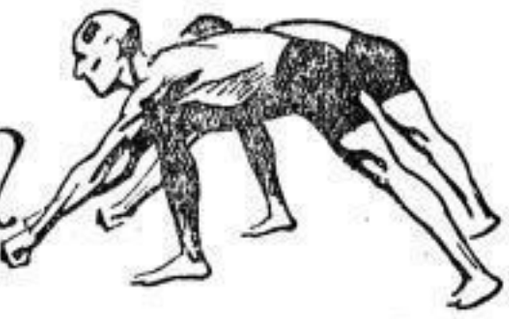
23 Jahre litt ich an

Hautflechte

Durch Schmierkur heilte mir Obermeyer's Original **Herba-Seife** [illegible]



Sport-Spiel Körperpflege



2. Jahrgang / Beilage zur Leipziger Volkszeitung / Nummer 44

Auf nach Wien!

Das Internationale Arbeiter-Sportfest in Wien wird nach dem jetzt vorliegenden Programm ein Kulturfest der österreichischen Arbeiterschaft werden. Am Abend des 3. Juli werden mächtige Feuer ringsum auf den Bergen die Gäste begrüßen. Ein Volksfest am Kahlenberg soll den ausländischen Genossen einen Einblick in den österreichischen Volkscharakter gewähren.

Am 4. Juli findet vormittags ein Stafettenlauf „Quer durch Wien" statt. Nachmittags wird in der Festhalle des Rathauses der Bürgermeister von Wien die Delegierten der Sportorganisationen empfangen. Auf der Hohen Warte leuchtet am Abend ein Riesenfeuerwerk auf. Der 5. und 6. Juli ist der Besichtigung Wiens, seiner reichen Kunstschätze und der vorbildlichen Wohnbauten der roten Gemeindeverwaltung vorbehalten. Ausflüge in die Umgebung Wiens füllen die beiden Tage aus. Die Radfahrer beginnen mit ihren Wettkämpfen schon am 6. Juli. Ein Tag der Kinder ist der 7. Juli. Tausende und aber Tausende frohe, kleine Turnersleute marschieren durch die Ringstraßen zum Festplatz, um dort zu zeigen, daß es uns um unsre Zukunft nicht bange zu sein braucht. Abgeschlossen wird der Tag der Kinder mit einem Riesenkonzert auf dem Platz vor der früheren Hofburg. Von den Balkonen, von denen in vergangenen Zeiten die Habsburger hochmütig über ihre „Untertanen" hinwegblickten, wird ein Bläserchor das Fest der Arbeit grüßen und das Konzert eröffnen. Dann formiert sich ein Fackelzug nach dem Platz vor der Karlskirche, wo Führer der Arbeitersportbewegung und der Arbeiterschaft zu den Versammelten sprechen. Während des Konzerts und des Fackelzugs flammen die Türme des Rathauses bis hinauf zum Mann in Eisen in festlicher Beleuchtung auf und verkünden, daß Wien als sozialistische Großstadt das sozialistische Internationale Sportfest feiert.

Am 8. Juli, um Uhr nachmittags, ist der festliche Einzug der Nationen und Wettkämpfer auf dem Trabrennplatz. Anschließend beginnen die Wettkämpfe aller Sparten. In dem prachtvollen, neuerbauten städtischen Amalienbad wird das internationale Wettschwimmen und Wettspringen durchgeführt. Die Wettkämpfe nehmen den ganzen 9. und 10. Juli in Anspruch. Am 9. Juli, abends, finden in den großen Sälen Wiens Festabende statt. Die Bundesschule Leipzig, die mit 48 Schülerinnen und Schülern zum Fest nach Wien kommt, zeigt im Deutschen Volkstheater Ausschnitte aus ihrem Arbeitsgebiet. Am 10. Juli, nachmittags 3 Uhr, wird die Hauptprobe der Freiübungen abgehalten. Um 4 Uhr wird die Strommeisterschaft von Oesterreich ausgetragen; ein Werbeschwimmen „Quer durch Wien" schließt sich an. Sondervorführungen der Gäste und Kreise, über den ganzen Tag verteilt, zeigen das weite Gebiet und die Vielseitigkeit der Leibesübungen.

Der 11. Juli ist der Hauptfesttag. In der Frühe sammeln sich die Festteilnehmer zum Festzug durch die Ringstraßen nach dem Festplatz. Der Zug soll das starke, wehrhafte Proletariat versinnbildlichen, und so werden mit den Turnern und Sportlern auch tausende Mitglieder des Republikanischen Schutzbundes marschieren und mit ihnen vereinigt die Reichsbannerleute aus Deutschland, die in einer Stärke von mindestens zehntausend am 11. Juli nach Wien kommen, um praktisch den Anschlußwillen, sowie die feste Entschlossenheit zu bekunden, den republikanischen Gedanken bis aufs äußerste zu verteidigen. Zehntausend Turner, viertausend Turnerinnen marschieren dann auf dem Festplatz zu den allgemeinen Freiübungen auf.

Für jeden Festbesucher wird eine Festkarte (Festausweis) ausgestellt, die jeden Einzelfahrer zu einer 25prozentigen Fahrpreisermäßigung auf den österreichischen Bundesbahnen ermächtigen wird. Bei Gesellschaftsreisen, von 30 Personen angefangen, bis zum Sonderzug, werden Ermäßigungen von 30 bis 40 Prozent erreicht werden. Das Visum für Deutsche ist aufgehoben, jeder aus Deutschland Einreisende braucht aber einen Paß. Der Festbeitrag wurde für Teilnehmer, die auf kein Quartier reflektieren, mit 4 Schilling angesetzt, für solche, die Massen- oder Privatquartier in Anspruch nehmen, auf 6 Schilling. An alle, die den Festbeitrag bezahlen, wird das Festabzeichen, das Festbuch mit dem Führer und Plan von Wien verabfolgt; außerdem haben sie freien Eintritt auf dem Trabrennplatz und den Spielplätzen.

Das große Handballtreffen.

Die Freunde aus der Schweiz treffen am 1. April, nachmittags 3 Uhr, Hauptbahnhof, ein. Der Kinderspielmannszug vom Bezirk hat seine Zusage zur Mitwirkung gegeben und 200 Jungen werden uns vom Bahnhof bis zum Bundeshaus und auf dem Rückmarsche bis zum Volkshause mit ihren flotten Spielweisen begleiten. An der Bundesschule wird der Bundesvorsitzende begrüßende Worte an die Schweizer Genossen richten. Abends ½8 Uhr, Begrüßungsfeier im großen Volkshaussaale. Die Bundesschule wird für bühnensportliche Unterhaltung Sorge tragen.

Karfreitag, den 2. April, vormittags 9 Uhr, stellen sich in den verschiedensten Stadtbezirken die Turnspieler und Leichtathleten, um pünktlich ½10 Uhr mit dem Sternlauf zu beginnen. Um 10 Uhr treffen die einzelnen Züge auf dem Augustusplatz ein, um nach kurzer Ansprache wieder in ihre Stellbezirke zurückzulaufen. Wenn sich alle daran beteiligen, verspricht der Propagandalauf sehr Großes. Nachmittags 3 Uhr werden auf dem Sportplatz des Turn- und Sportvereins L.-Kleinzschocher beide Ländermannschaften in folgender Aufstellung spielen:

Schweiz:

Spielkleidung: Schwarze Hose, weißes Hemd.

Wieser (Wiedikon)

Bauer I (Industrie) — Spinelli II (Zürich)

Hiestand (Industrie) — Bauer II (Zürich) — Saxer (Industrie)

Eichin (Zürich) — Berli (Zürich) — Buillemier (Grenchen) — Spinelli (Zürich) — Vogt (Neumünster)

Ersatz: Plueß (Altstadt), Abank (Zürich).

Löchner (Halle) — Brückner (Jena) — Schellenbeck (Halle) — Bobbe* (Leipzig) — Schroth (Leipzig)

Schuchardt (Jena) — Hummisch (Leipzig) — Gröber* (Leipzig)

Starosta (Leipzig) — Fischer* (Leipzig)

Bertram (Leipzig)

Ersatz: Mailand (Jena); Reich (Leipzig).

Deutschland.

Spielkleidung: Weiße Hose, rotes Hemd.

Die mit einem * versehenen Spieler haben am Schlußspiel zur Olympiameisterschaft teilgenommen und eine mehrwöchentliche Auswahl beider Mannschaften (hüben und drüben) haben zur Ergänzung beigetragen und wir werden wohl das beste Spielermaterial zu sehen bekommen. Das Länderspiel wird umrahmt durch Hockey- und Rasselballwerbespiele. Abends 7 Uhr zwangloses Beisammensein im Volkshaus in eigens hierfür bestellten Räumen.

Sonnabend, den 3. April werden unsere Schweizer Genossen das Bundeshaus und die Bundesschule besichtigen. Nachmittags 5 Uhr Weiterfahrt der Schweizer nach Magdeburg und Halle, um am 1. und 2. Osterfeiertag gegen dortige Bezirksmannschaften zu spielen.

Erwerbslose erhalten Einlaßkarten an der Kasse zu billigerem Eintrittspreise unter Vorzeigen ihrer Stempelkarte. Der Platzverein ist bemüht, auch den körperlich Schwachen entgegenzukommen, für ein geringes Entgeld werden Sitzplätze verausgabt.

Sportkartell.

An alle Mitglieder der Turnsparte des Leipziger Bezirks.

Genossinnen und Genossen! Am Freitag, dem 2. April (Karfreitag), nachmittags 3 Uhr, findet im Sportpark des Arbeiter-Turn- und Sportvereines Leipzig-Kleinzschocher ein Wettspiel statt, welches unser ganzes Interesse in Anspruch nehmen muß. Die besten Handballspieler des Arbeiter-Turn- und Sportbundes Deutschlands und der Schweiz werden sich dort einfinden, um in friedlichem Wettkampf ihre Kräfte zu messen. Wir bitten, für diese Veranstaltung zu werben.

Für die Bezirksturnersparte: Leppert. Für die Stadtgruppenleitung: Wuttke.

Arbeiter-Turn- und Sportschule. Klasse für Turnspiele. Die Uebungsstunde am 29. März in der Schleußiger Schule findet bestimmt statt. Alle müssen pünktlich erscheinen.

Bezirk Sportler. Der Frühjahrswaldlauf findet Sonntag, den 28. März, statt. Start Punkt 2 Uhr nachmittags. Jeder Verein muß einen Mann zum Ordnungsdienst stellen. Alle müssen zur Kontrolle mitgebracht werden, sonst Startverbot. Umkleidelokal: Schule, Lochmühlstraße, am Fleischerplatz.

Stadtgruppe. Sonntag, den 28. März, vorm. 8 Uhr, Gruppenvorturnerlehrstunde in der 30. Volksschule, Leipzig-Stötteritz, Liebertwolkwitzer Straße.

Gruppe 3. Weibliche Körperpflege. Am 2. April (Karfreitag), morgens 9 Uhr, findet in der Schulturnhalle Liebertwolkwitz eine Lehrstunde für Turnerinnen statt. Die Leitung übernimmt Genosse Engst vom Bezirk. Jeder Verein muß seinen Frauenturnwart und alle Turnerinnen entsenden, da das Material für das Bezirksfest durchgenommen wird.

Ausschreibung zum Sternlauf am 2. April. Achtung, Spieler und Sportler! Anläßlich des handballspiels Schweiz—Deutschland findet ein Werbelauf nach dem Augustusplatz statt. Daran müssen alle Spieler und Spielerinnen, sowie Sportler und Sportlerinnen der Stadtgruppe in ihrer Sportkleidung teilnehmen. Folgendes ist zu beachten: ½9 Uhr Eintreffen in den Umkleidelokalen. Westen: Sportplatz Fr. Turnerschaft, Leipzig-Lindenau. Süden: Vorwärtsplatz. Osten: Sportplatz VfL.-Südost. Norden: Restaurant „Zum kleinen Volkshaus", Delitzscher Str., Punkt ½10 Uhr Ablauf der 4 Gruppen. Westen vom Lindenauer Markt, Süden vom Kreuz, Osten von der Papiermühle Ecke Oststraße, Norden vom Eutritzscher Markt. Die Laufstrecke nimmt folgenden Weg: Westen belegt folgende Strecke: Lindenauer Markt, Kuhturmstraße, Frankfurter Straße, Ranstädter Steinweg, Brühl, Goethestraße. Süden: Kreuz, Süd-, Zeitzer Straße, Peterssteinweg, Wächterstraße, Neumarkt, Schillerstraße. Osten: Papiermühlstraße, Stötteritzer, Reitzenhainer Straße, Hospitalstraße, Grimmaischer Steinweg. Norden: Delitzscher, Eutritzscher, Gerberstraße, Hauptbahnhof, Georgring. Die Führung haben folgende Sportgenossen: Weißflog, Fischer, Ulrich, Hanke. Die Aufstellung der Gruppen ist: Spielerinnen, Sportlerinnen, Sportler, Spieler. Die bestimmten Gruppen haben 10 Radfahrer zu stellen. Plakate werden noch zugestellt. Seid pünktlich, daß keine Gruppe auf die andere warten muß.

Für die J. G. f. Leichtathletik, 4. Kr., 1. Bez. Weißflog, Stadtgruppensportwart.

Für die Turnspiele, 4. Kr., 1. Bez. Clauß, Hauschild, Bezirksspielausschuß.

Turn- und Sportverein „Eiche", Leipzig E. V. Ausschreibung zum Werbelauf Zöbigker—Leipzig, am 30. Mai 1926. Einzelläufe: a) Männer über 18 Jahre 7,5 Km.; b) Männer über 30 Jahre 1,5 Km. — Gehen: Männer über 18 Jahre 7,5 Km. — Stafetten: a) Klasse A, 7,5 Km., 10 Läufer; b) Klasse B, 7,5 Km., 11 Läufer; c) Jugend, Jahrgang 08/09, 3 Km., 10 Läufer, Klasse A; d) Jugend, Jahrgang 08/09, 3 Km., 11 Läufer, Klasse B; e) Sportlerinnen, 2 Km., 10 Läuferinnen, Klasse A; f) Sportlerinnen, 2 Km., 11 Läuferinnen, Klasse B. In der B-Klasse starten alle Turner, Schwimmer, Turnspieler, Athleten und Fußballer. Startgeld: für Einzelkämpfer 10 Pfg., für Mannschaften 1 Mk. (pro Mannschaft). — Meldeschluß: am 10. Mai. Nachmeldungen können nicht berücksichtigt werden. — Stafettenwechsel: Erfolgt in allen Klassen und bei allen Geschlechtern beliebig.

Fußball.

Sächsische Spielvereinigung. Bezirk Leipzig.

Amtliche Bekanntmachungen Nr. 14.

Achtung! Nochmals Telephone! Durch die Inbetriebnahme des Fernsprechamtes Leipzig-Süd ändern sich unsere Telephonnummern. Für die Geschäftsleitung: 36 317. Für Resultatmeldungen: 32 476. Für Berichte und andere Bezirke: 32 218. Bei Meldungen von Resultaten ist die Spielnummer vom Serienheft mit anzugeben.

Neue Abteilungen und Vereine. Quaonitz, Fußballabteilung. Grimma, Fußballabteilung. VfR.-Podelwitz. Diese drei Vereine erhalten ab heute Spielgenehmigung. Zuschriften usw. folgen.

Berichterstatter. Berichterstatterversammlung am 27. März, abends ½8 Uhr, im Volkshaus.

Handball-Länderspiel. Alle Fußballer, welche Interesse an internationalem Handballspiel haben, versäumen nicht am Freitag, dem 2. April, nach dem Sportpark Kleinzschocher zu gehen. Fußballer, bedenkt, welche Bedeutung internationale Spiele für die gesamte Arbeiterschaft besitzen.

Neue Mannschaften. Schönefeld 2. Jgd., Sachsen-Gautzsch Knabenmannschaft. Viktoria 06 4. Vollmannschaft.

Zurückgezogene Mannschaften. Rückmarsdorf 1; Pegau A.-M.; Paunsdorf A.-M.; Dölzig Jgd. Alle angesetzten Spiele fallen aus.

Adressenänderung. Rückmarsdorf: Kurt Schütze, Rückmarsdorf.

Neue Telephone. Sportlust 02: Hermann Kegler, 31 157; Vereinslokal 33 415.

Turnspiele.

Amtliche Bekanntmachungen.

Hockeyspieler. Sämtliche Spieler müssen sich am Frühjahrswaldlauf beteiligen.

Vereinsspielleiter, Achtung! Die Vorverkaufskarten zum Länderhandballspiel müssen bis Donnerstag, den 1. April, mittags 12 Uhr, im Bundeshaus abgerechnet werden. Nachzügler haben Gelegenheit, abends 7 Uhr im Volkshaus abzurechnen.

Achtung, Turnspieler! Am 28. März, ab 12 Uhr mittags, besteht für die Stadtgruppe Spielverbot. Turnspieler und Spielerinnen beteiligen sich restlos am Frühjahrswaldlauf. Es finden nur die Spiele statt, die in der Zeitung veröffentlicht sind, alle andern Spiele fallen aus. Hauschild.

Berichtigung. An Stelle Engelsdorf 1 ist Engelsdorf 2 zurückgezogen. Ersteres war ein Irrtum.

Rasselball. Großzschocher 1—Gautzsch 1 1:2. Gautzsch hat Anwurf und verliert den Ball an Großzschocher. Der schwere Boden läßt beide Mannschaften nicht recht zur Entfaltung kommen. Kurz vor Halbzeit 1:0. Nach der Pause gelingt es Gautzsch durch unverhofften Wurf, den zweiten Erfolg zu buchen. Großzschocher setzt jetzt alles daran, den Ausgleich zu erzielen, doch vergebens. Beim Stande von 1:2 für Gautzsch wurde das Spiel abgepfiffen.

Lößnig 1—Wahren 1 8:2. Lößnig hat Anwurf und kommt durch gute Kombinationen vor das gegnerische Tor. Doch der Ball geht ins Aus. In der fünften Minute kommt Lößnig durch scharfen Schuß zum ersten Erfolg. Wahren arbeitet sich gut durch, doch wird der Ball vom Torwart gehalten. In der 15. Minute fällt durch zu weites Aufrücken der Lößniger Verteidigung das erste Tor für Wahren. Lößnig kann bis zur Halbzeit noch dreimal einsenden. Halbzeit 6:1 für Lößnig. Nach Halbzeit leitet Wahren gute Angriffe ein, die aber von der sicheren Verteidigung abgestoppt werden. Trotzdem Wahren nur noch mit neun Mann vertreten ist, können sie das Resultat auf 8:2 erhöhen.

Handball, Börsenspiele am 27. März 1926. 5,30 Uhr: VfL.-Südost 1—Ostvorstadt 1 (Großzschocher), findet auf dem Ostsportpark statt.

Börsenspiele am 28. März 1926. 11 Uhr: Kleinzschocher 1—Vorwärts-Süd 1 (Wurzen); 5,30 Uhr: Großzschocher 1—Friesen-Altenburg 1 (VfL.-Südost); 9 Uhr: VfL.-Südost 2—Ostvorstadt 2 (Großzschocher); 10 Uhr: Kleinzschocher 2—Schkeuditz 1 (Vorwärts-Süd); 9,30 Uhr: Vorwärts-Süd 2—Wiederitzsch 1 (Gohlis). — Jugend. 11 Uhr: Paunsdorf 2—Vorwärts-Süd 3 (Ostvorstadt); 3 Uhr: Eutritzsch 1—F. T. Grimma 1 (Paunsdorf). — Turnerinnen. 9,15 Uhr: Kleinzschocher 1—Vorwärts-Wurzen 1 (Vorwärts-Süd); 10 Uhr: Vorwärts-Süd 1—Schkeuditz 1 (Gohlis); Eythra 1—Viktoria 06 1 (Großzschocher).

Schiedsrichterprüfung für Handball in Eutritzsch, Taucharer Weg, am 28. März 1926. 9 Uhr: Eutritzsch 1—Gohlis 1 (Regel, Großzschocher, Müller, Vorwärts-Süd); 10 Uhr: Eutritzsch 2—ASV.-Grimma 1 (Senfarth, Uhlich, Viktoria 06); 11 Uhr: Eutritzsch 1. Turn.—ASV.-Grimma 1. Turn. (Thorandt, West 03, Kündtzger, Gohlis).

Neuangemeldete Mannschaften. VfL.-Südost 1. Jgd.

Rasselball, Serienspiele am 28. März 1926. 1. Klasse. 3 Uhr: Markkleeberg—Großzschocher (Lößnig); 11 Uhr: Lößnig—Liebertwolkwitz (Markkleeberg); 11 Uhr: Wahren—Engelsdorf (Lindenau); 11 Uhr: Belgershain—Südost (Lindenau); 3 Uhr: Taucha—Schkeuditz (Wahren); 10 Uhr: Kleinzschocher—Radefeld (Lößnig); 3 Uhr: Holzhausen—Lindenau (Südost); 4 Uhr: Gautzsch—Crostewitz (Engelsdorf); 11 Uhr: Schleußig—Altranstädt (Gautzsch); 4 Uhr: Gleisen—Torgau (Kleinzschocher), in Kleinzschocher. — 2. Klasse: 9 Uhr: Lindenau 3—Altranstädt 2 (Schleußig); 1 Uhr: Oetzsch 1—Göhren 1 (Altranstädt); 3 Uhr: Ermlitz 1—Dahlen 1 (Engelsdorf), in Engelsdorf; 2 Uhr: Taucha 2—Leutzsch 1 (Eilenburg); 10 Uhr: Belgershain 2—Steinbach 1 (Südost); 12 Uhr: Kleinzschocher 2—Löpitz 1 (Großzschocher); 3 Uhr: Zschochen 1—Teutzitz 1 (Schleußig); 3,15 Uhr: Groitzsch 1—Schkeuditz 2 (Markkleeberg), in Pegau. — 3. Klasse. 10 Uhr: Schleußig 3—Taucha 3 (Altranstädt); 3 Uhr: Eilenburg 1—Liebertwolkwitz 2 (Schönefeld).

Neuangesetzte Serienspiele. Am 28. März 1926. 2 Uhr: Eilenburg 1. Jgd.—Taucha 1. Jgd. (Liebertwolkwitz); 10 Uhr: Altranstädt 1. Jgd.—Lößnig 1. Jgd. (Teutzitz); 10 Uhr: Teutzitz 1. Jgd.—Radefeld 2. Jgd. (Oetzsch); 10 Uhr: Lindenau Turnerinnen—Plagwitz Turnerinnen (Kleinzschocher); 11 Uhr: Großzschocher 1—Torgau 1 (Kleinzschocher), in Kleinzschocher; 3 Uhr: Zöbigker 1. Jgd.—Wahren 1. Jgd. (Gautzsch); 4 Uhr: Lindenau 1. Jgd.—Engelsdorf 1. Jgd. (Altranstädt).

Gesellschaftsspiele am 28. März 1926. 11 Uhr: Groitzsch 2—Zöbigker 2 (Zwenkau); 2 Uhr: Zschochen 2—Teutzitz 2 (Altranstädt); 9 Uhr: Kleinzschocher 3—Schönefeld 4 (Großzschocher). — Turnerinnen. 10 Uhr: Großdeuben 1—Holzhausen 1 (Zöbigker). — Jugend. 9,30 Uhr: Gautzsch 1—Vorwärts-Süd 1 (Großdeuben); 10 Uhr: Wahren 2—Leutzsch 2 (Lindenau); 10,30 Uhr: Gautzsch 2—Taucha 2 (Großdeuben); 2 Uhr: Zwenkau 1—Kleinzschocher 1 (Groitzsch). — Schüler. 9,15 Uhr: Wahren 1—Lindenau 1; 10 Uhr: Rückmarsdorf 1—Lindenau 2.

Ausfallende Spiele. Spiel Nr. 748, 752, 756, 761, 764, 766, 768, 773, 758, 559, 757.

Fehlende Formulare! Spiel Nr. 481, 491, 518, 528, 623, 555, 577, 582, 607, 631, 637, 638, 653, 658, 663, 667, 675, 680, 687, 689.

Wassersport.

Freie Wassersportvereinigung. 1. Bezirk. Alle Schwimmlehrer am Dienstag, dem 30. März, abends ½8 Uhr im Ostbad, Konradstraße 25. Kinderturnwarte, am Sonntag, dem 28. März, nachmittags ½2 Uhr, im Ostbad, Konradstraße 25. Unsere Mitglieder der Schwimmersparte können ebenfalls teilnehmen. Wasser ist frisch gefüllt.

Athleten.

Resultate vom Gesellschaftskampf Heukendorf—Einigkeit Leipzig 13:11; Saxonia-Nossbach—Othello 11:13. Zum Varietee-Abend am 28. d. M. tritt Achilles-Halle als Gast mit seiner 1. Ringermannschaft Adler-Wahren gegenüber.

Naturfreunde.

Sonntag, 28. März: Tour in die nördliche Elsteraue. Treffen 7 Uhr Rote Schule in Gohlis, Breitenfelder Straße. — Die Abfahrtszeiten für die Osterfahrten sind folgende: Am 1. April 3.41 Uhr nachm. mit S.-K. Aue (0,50 Mk.) nach Blauenthal—Oberwildenthal usw. 4½-Tage-Wanderung. — Am 2. April 6.55 Uhr vorm. in die Annaburger Heide. Fahrgeld etwa 2,50 Mk. Nachzügler Sonnabend 4 Uhr. Decken mitbringen. — Am 2. April 6.50 Uhr vorm. nach der Rauschenbachmühle mit S.-K. Chemnitz (3,00 Mk.); daselbst nachlösen S.-K. Wolkenstein (2 Mk.). Decken mitbringen. — Am 3. April 4.40 Uhr vorm. mit S.-K. Schandau (6,40 Mk.) zur Kletterfahrt in die Sächsische Schweiz. — Am 3. April 3.41 Uhr nachm. mit S.-K. Plauen (etwa 8 Mk.) nach Mylau—Greiz—Elstertal. — Am 4. April 4.40 Uhr vorm. in die Dahlener Heide. S.-K. Dahlen (2,20 Mk.). (Nachmeldungen können evtl. nach am Montag, 29. März in der Führergruppe berücksichtigt werden.) Treffen je eine halbe Stunde vor Abfahrt in der Halle. — Jugendwanderung zu Ostern: Am 1. April 5.10 Uhr nachm. Abfahrt nach Großsteinberg (Heim); Heim—Hohnstädt—Wermsdorf nach Deutsch-Luppa; Frauenheide (Dahlener Heide) nach Thammenhain; Mittelheide—Torgau; Taberschütz—Eilenburg. Die Wanderung erstreckt sich auf 4 Tage. Nachzügler: Sonnabend, 3 April, 5.20 Uhr nachm. nach Wurzen; Marsch Hohburg—Thammenhain. S.-K. Wurzen (Eilenburg) 1,20 Mk. Melden bis zum 26. Mai im Volkshaus bei der Jugendgruppen-Zusammenkunft. — Sonnabend, 27. März, Besichtigung der Konsumbäckerei in Plockau. Treffen ½5 und ½6 Uhr am Eingang. Es können alle teilnehmen. — Montag, 29. März, ½8 Uhr, im Volkshaus: Führerversammlung. Jeder Führer hat den Führerausweis unterschrieben und die Mitgliedskarte vorzuzeigen. Mai-Programm ist mitzubringen. — Bezirk Westen 1: Dienstag, 30. März, ½8 Uhr, in der Schule in Großzschocher: Heinrich-Heine-Abend. 2. Teil. Gen. Schmidt. — Bezirk Norden: Dienstag, 30. März, ½8 Uhr, im S.-A.-J.-Heim (neben Plaußig): Unter Abend. — Bezirk Osten: Mittwoch, 31. März, ½8 Uhr, in der Schule, Konradstraße: Musikabend. — Bezirk Zentrum: Am 1. April fällt der Vereinsabend aus. — Wir empfehlen den Besuch der Waldvogel-Ausstellung des Vereins für Waldvogelkunde, Schutz und Liebhaberei zu Leipzig vom 2. bis 9. April im Heimatmuseum. — Sonnabend, 10. April, in Schleußig, Werbeabend der dortigen Ortsgruppe. — Hausdienst für 28. März: Puse, Kolisch, Werner, Heinicke; Sanitätsdienst: Hagemeister. Hausdienst für 1. bis 5. April: Burmeister, Schulz, Babe, Reinhardt. — Wir weisen unsere Mitglieder darauf hin, daß bei Uebernachtungen im Großsteinberger Heim neben der Mitgliedskarte auch die Ausweiskarte als Ausweise vorgezeigt werden muß. Alle Anfragen wegen Uebernachtungen im Großsteinberger Heim (auch Nichtmitglieder) an Gen. Fr. Schmidt, Bo., Ewaldstr. 15, III (Rückporto beilegen!).

Alle Bundesgenossinnen und Genossen kaufen ihre
Turn- und Sportkleidungen, auch Ausrüstungen
im **Stadtgeschäft des A.-T.-V.** (Filiale des Bundesgeschäfts).
Zeitzer Straße 5 (Sport-Zentrale). Tel. 32344

L.-Gohlis. Turnverein Leipzig-Nord. E. V.
Morgen Sonnabend, den 27 März im Schillerschlößchen, Menckestr. 43 Bühnenschau. Einlaß 6 Uhr Anfang 7 Uhr
Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein **Der Turnrat.**

L.-Kleinzschocher. Turn- und Sportverein.
Sonnabend, 27. März, abends 8 Uhr, im Vereinshaus **Mitgliederversammlung.** — Freitag, den 2. April (Karfreitag), abends 7 Uhr **Turnsportliche Werbeschau** im Reichsverweser. Programm-Vorverkauf 40 Pfg., an der Kasse 50 Pfg. Schulentlassene in Begleitung der Eltern **freien Eintritt.**

Turn-u.Sportverein Vorwärts
Leipzig-Eutritzsch. E. V.
Sonntag, den 28. März 1926
im Konzerthaus Gosenschlößchen. Eutritzsch
Großer Unterhaltungs-Abend
bestehend aus Theater-Aufführungen.
Einlaß ½7 Uhr. Anfang ½8 Uhr.
Eintritt im Vorverkauf 40 Pfg., an der Kasse 50 Pfg.
Hierzu ladet ein mit Frei Heil! Der Vorstand.

Turn- und Sportgemeinde L.-Plagwitz.
Sonnabend, den 27. März, Anfang 7 Uhr, im Felsenkeller
Großes Frühjahrs-Vergnügen.
Es ladet dazu ein **Der Vorstand**

Freie Turnerschaft Groitzsch
Sonntag, 28. März, Palmarum, abends 8 Uhr, im Saale der Wipprechtsburg
Familienabend
mit Aufführungen der Kinderabteilung
Alle Schulentlassenen und deren Angehörige, sowie Freunde und Gönner der freien Sportbewegung ladet freundlichst ein D. V.

Sonntag, 28. März, nachm. ½2 Uhr, Lordplatz, Serienspiel
Viktoria 1912 I — Lindenau I

Sonntag, den 28. März 1926, nachmittags ¼4 Uhr auf dem Sportplatz an der verlängerten Oststraße
Stötteritz I — Taucha I

Spielabteilung Taucha u. Umg **Der Kommers** zum Internationalen Turnspielwerbefest findet erst am **1. Osterfeiertag im Goldenen Löwen** statt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19260326/16 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG